

AntragstellerInnen: BeVo

A 1: „Mit uns zieht die neue Zeit“-Bezirksarbeitsprogramm 2014/2015

Zum Geleit

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden diskutiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“

5

(Karl Marx)

Wir schreiben dieses Bezirksarbeitsprogramm mit der festen Überzeugung, dass eine bessere und gerechte Gesellschaft möglich ist und dass wir in einer Zeit des Wandels leben. Gerade da wir in einem Fenster für Veränderungen leben, ist es unklar, wohin die Gesellschaft sich entwickelt. Nach dem weltpolitischen Umbruch 1989/1990 prägte der Neoliberalismus das menschliche Handeln. Sozialabbau, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, Steuersenkungen und der Ausverkauf der öffentlichen Hand waren unter anderem die Folge. In den letzten Jahren wird die wirtschaftsliberale Vorstellung immer mehr in Frage gestellt und Alternativen werden eingefordert. Dennoch ist neoliberale Politik keineswegs gestoppt. Deshalb ist es wichtig, nun entschlossen für einen gesellschaftlichen Wandel zu kämpfen und politische Alternativen zu entwickeln, die sich an den 15Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Wir Jusos wollen verändern und gestalten: wir wollen eine gerechtere Weltordnung, mehr Demokratie und Teilhabe, die Gleichstellung von Männer und Frauen, mehr Verteilungsgerechtigkeit, die Regulierung der Finanzwirtschaft und eine Politik, die eine Vision verfolgt, die über die Tagespolitik hinausgeht. Unser Ziel ist ein Leben ohne Ausbeutung und 20Entfremdung, eine andere Art des Zusammenlebens, eine neue Gesellschaftsordnung- der demokratische Sozialismus.

Dieses Bezirksarbeitsprogramm ist die **Grundlage der Arbeit** der Jusos in der Region Braunschweig. Es kann nur von den Arbeitsgemeinschaften, den Unterbezirken und der Bezirksebene gemeinsam umgesetzt werden, wenn alle Gliederungen sich an der Umsetzung des 25organisatorischen Gerüsts beteiligen und sich über die gemeinsame Arbeit austauschen.

Das erste Kapitel analysiert, wie wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten unsere Gesellschaft erleben. Hierbei legen wir als politischer Jugendverband den Schwerpunkt auf **die Ungerechtigkeiten und Probleme, die junge Menschen** (alltäglich) in Schule, Beruf, Studium, Arbeit, Umwelt und in ihrer Freizeit erleben. Die Gesellschaftsanalyse basiert, neben unserem 30marxistischen Gesellschaftsbild, auf folgenden weiteren Bruchlinien sowie Ungerechtigkeiten, die wir während unseres Bezirksseminars „Morgen links leben“ im Juni 2014 im FBZ Freundschaft herausgestellt haben: ungerechte Verteilung von Vermögen und Lebenschancen, gesellschaftliche Diskriminierungen, Arbeit und menschliche Würde, ungerechte Bildungszugänge, dem kapitalistischen Glücksversprechen, der gesellschaftlichen Diskriminierung sowie die 35grundsätzliche Kapitalismuskritik.

Das zweite Kapitel fasst **unsere Grundüberzeugungen als linker Jugendverband**, der sich an den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen orientiert, zusammen. Es orientiert sich dabei an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus und an den Inhalten, die wir erforderlich sehen, um unsere Gesellschaft gerechter zu gestalten.

40Der Organisationsteil fasst unsere Gesellschaftsanalyse sowie Grundwerte in konkrete politische Projekte und Kampagnen für das nächste Jahr.

I. „Wessen Welt ist die Welt?“ - Die Welt, in der wir leben

5 „Unsere Gesellschaft spaltet sich immer deutlicher. Viele werden ausgegrenzt. Viele haben sich auch zurückgezogen und innerlich Abschied von der Demokratie und der Politik genommen. Einige, weil sie es nicht leisten können, andere, weil die den Glauben an die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse verloren haben. [...] Die Gesellschaft lässt viele junge Menschen auf der Strecke zurück. Und die, die von Haus aus reich an Chancen sind, gehen häufig lieber ihren eigenen Weg anstatt andere mitzunehmen.“ (Beschluss des Juso-Bundeskongresses 2011 in Lübeck)

Die Verteilungsfrage – Wer bestimmt was, wo und wann passiert?

Die Verteilungsfrage teilt sich in 2 Kernkomponenten. Zum einen die klassische Einkommens- und 10 Vermögensverteilung, die sich an der Lorenzkurve ablesen lässt und zum anderen an den vielen Komponenten, die sich von dieser ökonomischen Verteilung ableiten, allen voran die gesellschaftliche Machtfrage.

In Deutschland bekommen die 20% bestentlohten 43,5% des gesamten Einkommens. Die ärmsten 20% müssen sich mit 7,4% des Gesamteinkommens begnügen. Seit Gründung der Bundesrepublik 15 ist diese jährliche Verteilung strukturell stabil. Es ändert sich also seit Jahrzehnten nichts daran, dass wesentliche Teile des Gesamteinkommens der Gesellschaft vergleichsweise wenigen Personen zugeteilt werden.

Wenn man sich vor Augen hält, dass Einkommen jährlich auf diese Art und Weise verteilt werden ist es logisch, dass dies einen Einfluss auf die Vermögensverteilung hat. Logischerweise muss 20 Vermögen in den reicheren Teilen der Gesellschaft angehäuft werden, während große Teile der Gesellschaft überhaupt kein Vermögen von ihrem Einkommen aufbauen können. Außerdem ist es logisch, dass die Verteilung von Jahr zu Jahr ungleicher werden muss, wenn die Einkommen immer wieder ungerecht verteilt werden.

So besaßen 1970 die reichsten 10% der Deutschen 44% des Vermögens innerhalb der BRD. Bereits 25 2010 besaßen die 10% reichsten schon 66% des gesamten Vermögens, obwohl das Gesamtvermögen wesentlich größer geworden ist und somit theoretisch die Möglichkeit zur Umverteilung gegeben gewesen wäre. Noch krasser zeigt sich die Vermögensungleichheit, wenn man auf das reichste Prozent schaut. 800.000 Deutsche besitzen 35,8 % während 72.200.000 mit dem Rest begnügen müssen. 50% der Gesellschaft, also 40.000.000 Deutsche besitzen hingegen 30 301% des Gesamtvermögens.

„Das verfügen über Einkommen schafft spezifische Lebenschancen“ (Max Weber)

Mit diesem lapidaren Satz drückt Max Weber schon vor 100 Jahren aus, was bis heute gilt; Einkommen bringt nicht nur die Möglichkeit auf materiellen Wohlstand mit sich, sondern eröffnet auch Lebenschancen, die ohne nicht zur Verfügung stünden. Einkommen ist somit die wichtigste 35 Ungleichheitsdimension, weil alle anderen direkt von ihr abhängen.

In diesem Wirtschaftssystem durchdringt das Marktprinzip das gesamte Leben. Von dem zur Verfügung stehenden Kapital leitet sich auch die soziale Klasse ab, in der sich ein jeder befindet. In einem System der immer ungleicher werdenden Verteilung von Kapital ist auch die Durchlässigkeit durch diese Klassen immer weniger gegeben. So hängen nicht nur berufliche Zukunftschancen von 40 den monetären Startbedingungen ab, sondern auch der zu erreichende Bildungsabschluss, die Gesundheit, das Lebensalter und die Teilhabemöglichkeiten innerhalb des demokratischen Systems. Ungleichheiten werden also nicht über die Zeit abgebaut, sondern werden von Generation zu Generation weitergegeben.

Ziel von uns Jusos muss es sein, eine gerechtere Einkommensverteilung und vor allem auch eine 45 gerechtere Vermögensverteilung zu erreichen. Diese Aspekte sind unabhängig voneinander zu

betrachten. Es reicht eben nicht aus einen Mindestlohn zu verabschieden, Leih- und Zeitarbeit zu regulieren und zu glauben deswegen würde sich an der Vermögensverteilung etwas ändern. Diese Maßnahmen können zwar die aller schlimmsten Exzesse des Kapitalismus abfedern, an der grundsätzlichen Problematik der auseinander driftenden Vermögen ändern sie aber nichts. Für uns Jusos ist klar, Ziel jungsozialistischer Politik müssen gleichwertige Lebensbedingungen für jeden und jede sein.

Der schleichende Entpolitisierungsprozess

„Diese transnationale Demokratie kann in der Tat nur gelingen, wenn der in den Akten des Westfälischen Friedens festgeschriebene nationalstaatliche Souveränitätsansatz endgültig verabschiedet wird. (Oskar Negt, Gesellschaftsentwurf Europa, 2012)

10

Wir leben in einer Zeit, in der Wahlbeteiligungen, (politische) Bindungen an Parteien, Vereine sowie Verbände nachlassen und in der politische Grundsatzdiskussionen offenbar kaum noch geführt werden. Politik und Gesellschaft werden häufig unter das Primat der Ökonomie gestellt. Die Regierung Merkel personifiziert mit ihrer Strategie des Aussitzens die Entpolitisierung, indem sie versucht, es allen Recht zu machen und signifikante gesellschaftliche Probleme in Deutschland und Europa (wie z.B. soziale Spaltung, Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, Massenarbeitslosigkeit in Europa) aussitzt. In den nationalen Parlamenten wird oft darauf verwiesen, dass relevante Entscheidungen im europäischen Rahmen getroffen werden, obgleich vielen Menschen die Gremien, die politische Entscheidungen treffen, zu unbekannt sind. Immer mehr Menschen zweifeln auf nationaler sowie europäischer Ebene die Beteiligungen an Wahlen an und auch die Demokratie als Lebensform.

Merkels Politikstil basiert auf Einzelfall Entscheidungen, der durch ruhige Stärke sowie forcierte Passivität geprägt ist. Die Kanzlerin wirkt auf parteipolitische ungebundene Menschen präsidial, überparteilich, pragmatisch, leidenschaftslos, integrativ sowie zuhörend. Das ruft bei vielen Menschen das Gefühl hervor, sie würden mitgenommen sowie an den wesentlichen Entscheidungen direkt beteiligt. Viele Wählerinnen und Wähler haben diesen Politikstil bei der Bundestagswahl 2013 honoriert, da die Rhetorik des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Steinbrück dozierend und belehrend wirkte.

Durch den Regierungsstil Merkels wird der Demokratie ihre soziale Basis wie beispielsweise die Humanisierung der Erwerbsarbeit, Verlängerung der Lebenszeit, soziale Leistungen, Gesundheitsversorgungen und Renten entzogen. Gerade diese Faktoren haben in einem entscheidenden Maße dazu beigetragen, dass die Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust der europäischen Demokratie ihre Stabilität verliehen haben. Nicht die „marktkonforme Demokratie“ der Kanzlerin Merkel ohne soziale Basis, sondern sozialstaatliche Errungenschaften sichern die Demokratie als Lebensform. In diesem Zusammenhang fehlt ein Gesellschaftsentwurf Europa, der Leitlinien über ein solidarisches Zusammenleben auf europäischer Ebene entwickelt, vollständig.

Es gilt Europa von links zu gestalten

Schaut man sich die EU einmal genauer an, ist sie eher eine Handelsunion als eine Solidargemeinschaft. Unserer Meinung nach ist es aber wichtig, Europa zu einer Solidargemeinschaft weiter zu entwickeln. Wir wollen weg von einem Europa der Märkte, wir wollen ein Europa der Menschen. Kurzfristig muss das Europäische Parlament gestärkt und die Kommission muss entmachtet

werden. Trotz der Stärkung des Parlamentes reduziert sich der Wirkungsgrad der europäischen Union größtenteils auf die Wirtschaft, da das EU-Parlament kaum Handlungsspielraum und Souveränität besitzt und ihre Legitimation und Repräsentation der europäischen Bevölkerung durch ihre komplizierte Sitzverteilung in Frage gestellt werden kann. Zudem ist durch die 5 Wirkungslosigkeit der europäischen Legislative und das Fehlen einer Regierung eine Identifikation der BürgerInnen mit Europa nicht gegeben. So fühlen sich noch immer fast alle BürgerInnen als Briten, Franzosen, Spanier oder Deutsche- nicht aber als Europäer. Durch die aktuelle Eurokrise gerät nun die wirtschaftliche Einheit ins Wanken und verstärkt diesen Nationalgedanken.

Langfristig muss mit der europäischen Zivilgesellschaft eine Diskussion über die Zukunft Europas 10 sowie die Finalität der EU geführt werden. Zunächst sollen Kompetenzen des Nationalstaates wie das Steuerrecht (z.B. Unternehmenssteuer) an Europa abgetreten werden, um somit einheitliche Regelungen für ganz Europa zu schaffen. Nach und nach können dann weitere Kompetenzen, die momentan noch bei den Regierungen der einzelnen Staaten liegen, ebenfalls nach Europa überführt werden.

15 Weiterhin müssen wir verstärkt daran arbeiten, eine "Europäische Identität" zu schaffen und Nationalismus und Patriotismus zu bekämpfen. Dazu müssen wir vor allem die Vorteile eines gemeinsamen Europas weiter herausstellen und der Gesellschaft die vorhandenen Ängste nehmen. Wir müssen außerdem weiter für eine humane Flüchtlingspolitik kämpfen. Europa darf keine Festung sein! Wir brauchen deshalb dringend eine Reform der europäischen Asylpolitik.

20 Letztendlich wollen wir durch einen gemeinsamen Dialog mit der europäischen Zivilgesellschaft zu einem gemeinsamen Europa kommen und keine „Germanisierung“ Europas erreichen. Ein Europa, in dem sich alle wohl fühlen, kann nur ein Europa sein, was von allen mitgestaltet wird. Dafür müssen wir grenzenüberschreitend arbeiten, gemeinsam statt gegeneinander. Ziel muss es also sein, eine Identifikation der BürgerInnen mit der EU zu schaffen, um auch langfristig den Frieden in 25 Europa zu sichern und die Grenzen in den Köpfen der Menschen einzureißen, so dass sie voller Stolz sagen können "Ich bin Europäer". Zur konkreten Ausgestaltung des Europaentwurfes begleiten wir die Diskussion des Bundesverbandes. Dennoch muss auch festgestellt werden, dass auch ein weiter entwickeltes Europa aufgrund seiner wirtschaftlichen Macht auf globaler Ebene Verantwortung trägt für beispielsweise ungleiche 30 Handelsstrukturen, den Nord-Süd-Konflikt, Hunger und globale Ungerechtigkeiten.

Die unendliche Geschichte: Quo vadis, SPD?

Wir Jusos haben bei der Bundestagswahl, der Europawahl sowie bei den kommunalen Wahlen einen engagierten Jugendwahlkampf geführt, bei dem wir zahlreiche jugendspezifische Themen wie beispielsweise Arbeit, Ausbildung, Bildung akzentuiert haben. Jedoch bleibt festzustellen, dass die 35 Wahlergebnisse insgesamt jedoch enttäuschend sind, da es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, den 30 % Turm zu überschreiten. Und die Unionsparteien konnten ihren Vorsprung sogar noch um 5 % ausbauen, sodass er nun 15,8 Prozentpunkte beträgt. Obgleich es mathematisch eine minimale linke Mehrheit im Deutschen Bundestag gibt, sind die inhaltlichen sowie organisatorischen Unterschiede zwischen SPD, Grüne und Linken noch zu groß, um ein Regierungsbündnis eingehen 40 zu können. Durch die Rolle der Sozialdemokratie als Juniorpartner, inhaltlichen Differenzen in der Außenpolitik sowie durch die Oppositionsrollen von Grünen und Linken schwindet auch die Bereitschaft, im Hinblick auf 2017 auf eine alternative Mehrheit hinzuarbeiten. Im Gegenteil, Teile des grünen Realflügels arbeiten daran, schwarz-grün als eine neue politische Handlungsmöglichkeit zu etablieren. Dies zeigt beispielsweise die Regierungsbildung in Hessen 45 sowie die Buhlereien einiger Grünen um eine Koalition nach der Landtagswahl in Sachsen.

Zu alt, zu männlich, zu „staatstragend“ – Das Dilemma der Sozialdemokratie

Ein Problem der Sozialdemokratie zeigt sich anhand einer strukturellen Analyse des Wahlverhaltens bestimmter Bevölkerungsgruppen bei der Bundestagswahl 2013. Am stärksten schnitt die Partei bei Menschen über 60 Jahren (28,4 %) ab, während sie in den Gruppen der Menschen zwischen 25 und 34 sowie 35 und 44 Jahren noch deutlich unter dem Bundesergebnis liegt (21,9 bzw. 21,7 %). Trotz größerer Zugewinne konnte die Sozialdemokratie in der Gruppe der WählerInnen zwischen 18 und 24 nur 24,5 % erreichen, während die Union hier 31,6 % erzielen konnte. Aus diesen reinen Zahlen lässt sich schließen, dass die SPD die Menschen, die sich in der „Rush Hour des Lebens“ befinden, trotz inhaltlicher Angebote kaum erreicht beziehungsweise das inhaltliche Angebot nicht als Alternative zu Merkels Entpolitisierungspolitik angesehen wird.

Aus geschlechterspezifischer Analyse wird deutlich, dass nur 25 % aller Wählerinnen die Sozialdemokratie wählten, während 44,3% von ihnen für die Union votierten. Auch die Grünen konnten bei Wählerinnen ein besseres Ergebnis (9,6%) erzielen als ihr Gesamtergebnis (8,4%). Diese Befunde dürfen nicht auf den Kanzlerinnenbonus reduziert werden, weil auf diese Weise das strukturelle Problem der Sozialdemokratie nicht artikuliert wird. Die SPD wirkt in ihrem Außenbild, ihrer Führungsgruppe, ihren Diskussionen, ihrer Mitgliedschaft (maximal 30% aller Mitglieder sind weiblich), ihrer Organisationsform sowie ihres Auftretens zu männlich und zu alt. Diese Problematik kann nur behoben werden, wenn die Partei bereit ist, ihr Auftreten sowie ihre Arbeitsweise zu ändern. In diesem Zusammenhang muss die Sozialdemokratie durch spezielle Mentoringprogramme, eine veränderte Arbeitsweise, der Quotierung sowie ein verändertes Auftreten ihres Führungspersonals sich ein anderes Gesicht geben, sie muss weiblicher werden.

Ein Jahr GroKo – und nun?

Knapp ein Jahr nach der Bildung der Großen Koalition konnte die Sozialdemokratie mit der partiellen Einführung der Rente mit 63 für bestimmte Bevölkerungsgruppen, gewissen Regulierungen des Arbeitsmarktes (Leiharbeit, Zeitarbeit) sowie der Einführung eines zerwässerten Mindestlohns zwar einige Aspekte des Wahlprogramms umsetzen, musste jedoch auch einige Kröten schlucken (z.B. Mütterrente). Obgleich die Sozialdemokratie sich als „Motor der Regierung“ versteht, muss festgestellt werden, dass weitere zentrale Inhalte ihres Wahlprogramms wie z.B. eine Erhöhung der Spitzensteuer oder die Abschaffung des Ehegattensplittings mit der Union nicht umsetzbar sind. Dementsprechend droht bis zur nächsten Bundestagswahl ein programmatischer Lehrlauf, weil die Partei erneut nicht zentrale politische Positionen umsetzen kann.

Des Weiteren muss aber auch angemerkt werden, dass trotz gewisser inhaltlicher Korrekturen der sozialdemokratischen Programmatik in den Feldern Arbeit sowie Wirtschaft und deren partieller Umsetzung mit Regierungshandeln der 30 % - Turm nicht geknackt werden konnte. Deswegen stellt sich die Frage, ob die Wahlergebnisse in Zukunft nicht weiterhin stagnieren. Außerdem ist weiterhin eine immer schleppendere Mobilisierung und Motivation der Mitglieder festzustellen, die sich besonders im Europawahlkampf zeigte.

Für uns steht fest: Die Sozialdemokratie muss sich in der ungeliebten Koalition möglichst viel Profil erkämpfen und umsetzen. Gleichzeitig gilt es durch Bewegung Veränderungen in Richtung alternativer linker Mehrheiten vorzubereiten und Hürden abzubauen. Um ihren gefährdeten Status als linke Volkspartei wieder zu sichern, muss die Sozialdemokratie wieder ein Gesamtkonzept für

den politischen Alltag sowie eine Vision entwickeln, die über diesen hinaus geht Sie darf sich nicht bei in ihren Gliederungen vor Ort wie Ortsvereinen und Unterbezirken darauf konzentrieren, von Wahl zu Wahl zu denken. Ein attraktives Parteileben sowie die Präsenz in den Vereinen vor Ort sowie der Veränderungswille müssen artikuliert werden. Dazu gehören unter anderem die 5Diskussion um den handlungsfähigen Staat, über die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Steuerpolitik, da es in diesen Politikfeldern zentrale Unterschiede zur Union gibt. In diesem Zusammenhang müssen auch klassisch sozialdemokratische Themen wie gute Arbeit, kostenfreie Bildung sowie die Regulierung der Finanzmärkte wieder verstärkt von der politischen Konkurrenz abgegrenzt werden. Es gilt aber auch, neue Themen wie beispielsweise Inklusion oder die 10Energieversorgung zu besetzen und in sozialdemokratische Vorstellungen zu integrieren. Bei der Themensetzung muss die SPD auch an ihre erfolgreiche Tradition als Kommunalpartei anknüpfen und vor Ort sich mit Fragen der kommunalen Wirtschaftssteuerung und der Bildung von regionalen Wirtschaftsklustern profilieren.

Kurs Weil – Nein Danke, weil....!

15Seit einem Jahr regiert die SPD nun mit der CDU gemeinsam im Bund. Die Umfragewerte stagnieren seit dem um ca. 25 Prozent, also noch knapp unterhalb des Bundestagswahlergebnisses. Mittlerweile entbrennt eine Debatte um den richtigen Kurs der Partei. Stephan weil lies im Sommer verlauten, die SPD müsse ihre Wirtschaftskompetenz wieder stärken um wieder in den 30% Turm zu gelangen.

20Dem können wir Jusos nur zustimmen, nur ist die Prämisse wohl eine gänzlich andere. Konservative setzen oftmals Wirtschaftskompetenz mit Wirtschaftsfreundlich oder gar Arbeitgeberorientiert gleich. Dies wäre wie von Weil gefordert mit Steuersenkungen verbunden. Die Jusos lehnen diese Herangehensweise ab. Die Bundesrepublik hat ein Gerechtigkeits- und ein Einnahmeproblem. Erhöhte Steuern sind unabdingbar für eine Umverteilung von Oben nach Unten, 25für eine gerechte Sozialpolitik, für angemessene Investitionen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für ein gerechtes Bildungssystem. Gerade die Erbschaftssteuer bietet, wenn sie richtig ausgestaltet ist, die Chance auf eine fairere Verteilung von Vermögen.

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ist wirtschaftsfreundlich

Wer wenig hat spart wenig. Dieser einfache Satz beschreibt warum Umverteilung 30wirtschaftsfreundlich ist. Niedrigverdiener/Innen geben einen großen Teil ihres Einkommens direkt wieder in den Konsum. Konsum ist der Motor der Wirtschaft. Je weniger Geld bei wenigen Reichen gehortet und somit dem Wirtschaftskreislauf des Normalbürgers entzogen wird, desto mehr wird ausgegeben und somit in die Realwirtschaft gegeben. Somit haben in einer gerechteren Verteilung von Vermögen und Einkommen, nicht nur Arbeitnehmer mehr Geld zur Verfügung, sondern auch 35Arbeitgeber können mehr verkaufen.

Im Regierungsprogramm der SPD waren, daher Steuererhöhungen enthalten, leider konnten diese in einer großen Koalition nicht durchgesetzt werden. Dies war ein wesentlicher Grund für viele Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gegen eine Koalition mit der CDU/CSU zu stimmen. Nun werden Stimmen laut die SPD bräuchte ein wirtschaftsfreundlicheres Profil und man solle doch von 40Steuererhöhungen abrücken, diese seien unattraktiv für den Wähler. Es wird behauptet durch einen Wirtschaftsfreundlicheren Kurs könne die SPD wieder in den 30er Turm zurückkehren. Das Gegenteil ist der Fall. Ende der 1990er Jahre hat die SPD ihr Profil als Arbeitnehmerpartei verwässert und ist weiter in die „Neue Mitte“ gerückt; damals um aus dem 30er in den 40er Turm zu klettern. Gipfel dieser Politik sind die Agendareformen, allen voran die Deregulierung des

Arbeitsmarktes und die ALG Reformen. Das Ergebnis dieser Politik sind die heutigen Wahlergebnisse. Neben der SPD ist die Linke als feste Größe entstanden. Die Bürgerinnen und Bürger trauen der SPD bis heute keinen echten Politikwechsel, verbunden mit einem kräftigen Schritt nach links, in eine gerechtere Gesellschaft zu. Das Vertrauen in die SPD als natürliche Vertretung der Arbeitnehmer/Innen kommt nur sehr langsam wieder zurück und es wird nur zurückkehren, wenn die SPD konsequent für die Arbeitnehmer/innen einsteht.

„SPD, das bedeutet Gerechtigkeit“

Die SPD wird noch Jahre brauchen um Vertrauen zurückzugewinnen. Am Ende wird jede Partei an ihren Taten gemessen, erst wenn eine SPD geführte Bundesregierung substanzielle Verbesserungen für ihre Klientel durchsetzt wird sie das Vertrauen zurückgewinnen, das sie selbst verspielt hat. Dies wird ein langer Weg und wir werden ihn nur erfolgreich gehen, wenn wir als SPD nicht wieder die gleichen Fehler machen und uns auf populistische, kurzatmige, neoliberale Forderungen einlassen. Die SPD muss die Situation der Menschen direkt und langfristig verbessern. Das bedeutet sich langfristig für einen auf links ausgerichteten Gesellschaftsentwurf stark zu machen, sodass sich jeder und jede sicher sein kann: „SPD, das bedeutet Gerechtigkeit!“

Steuerungsmöglichkeiten verhindern, Steuerflucht verhindern!

"Steuervermeidungen", die verhindert werden können, sind eine wesentlich größere Einnahmequelle für den Staat. Bei jeder Androhung die Steuern für Einkommen und Vermögen zu erhöhen bzw. einzuführen kommt das "Totschlagargument", dass die Steuerpflichtigen ins Ausland gehen. Wie es anders gehen könnte, zeigen die USA. US-Bürger sind mit ihrem weltweiten Einkommen in den USA steuerpflichtig und sogar die Abgabe der US-Staatsbürgerschaft kann für den Steuerflüchtling sehr kostspielig werden. Wenn deutsche Staatsbürger beispielsweise in die Schweiz auswandern oder dort ihren Lebensmittelpunkt (Aufenthalt von mehr als 183 Tagen) haben führen sie in der Regel keine Steuern an deutsche Finanzämter ab. (bei Einkünften aus selbstständiger Arbeit, Kapitalerträgen, der Vermögenssteuer falls sie eingeführt wird und bei Renten) Wenn deutsche Staatsbürger ihre Staatsbürgerschaft ganz aufgeben, gibt es für Kapitalerträge und Einkommen, die nicht in Deutschland erzielt werden, gar keine Steuerpflicht mehr.

Alle diese Steuerungsmöglichkeiten sind US-Bürgern verwehrt. Staatsbürger der USA sind mit ihrem weltweiten Einkommen und Vermögen in den USA steuerpflichtig. Dies gilt auch, wenn sie eine doppelte Staatsbürgerschaft haben und sogar, wenn sie permanent im Ausland leben und ausschließlich Einkünfte außerhalb der USA haben. Für Gering- und Normalverdiener spielt die Besteuerung von Einkünften im Ausland jedoch keine nennenswerte Rolle, da es einerseits sehr hohe Freibeträge (bei Singles bis zu 91.400 US\$ pro Jahr) gibt und andererseits im Ausland gezahlte Einkommensteuern voll abzugsfähig sind. Wer jedoch zu den Spitzenverdienern zählt und in einem Land mit niedrigen Steuersätzen lebt, wird in der Regel nahezu den gleichen Steuersatz bezahlen müssen, als lebte er in den USA und würde sein Einkommen dort beziehen. Bereits seit dem Jahre 1966 erlischt die weltweite Steuerpflicht gegenüber den USA nicht, wenn man die US-Staatsbürgerschaft abgibt. Ehemalige US-Staatsbürger und ausländische Staatsangehörige, die in den USA eine permanente Aufenthaltsbewilligung haben, sind auch noch 10 Jahre, nachdem sie ihren Pass bzw. ihre Greencard abgegeben haben, mit ihrem weltweiten Einkommen und Vermögen in den USA voll steuerpflichtig. Das "Erpressungspotential bei Steuererhöhungen auszuwandern ist somit nicht möglich.

Gemeinsam mit den Jusos Salzgitter wollen wir uns mit dieser Thematik im nächsten Jahr beschäftigen. Dabei sollen überprüft werden, ob das amerikanische Modell auch auf Deutsch

angewendet werden kann. Auf diese Weise wollen wir unser Steuerkonzept, das bisher aus einer Finanzaktions- sowie einer Vermögenssteuer sowie höheren Einkommenssteuern besteht, inhaltlich gegebenenfalls erweitern.

Bildung

5Der Bildungsweg jedes Menschen beginnt bereits mit der frühkindlichen Bildung, denn über 90% der Kinder besuchen eine Kindertagesstätte. In Deutschland liegt aber hier schon das erste Problem, es gibt zu wenig Krippen und Kitaplätze, daher betreuen zu wenige ErzieherInnen zu viele Kinder. Es gibt verschiedene Betreuungsangebote im Kindergarten, manche Kinder werden vor dem Mittagessen abgeholt (4,5 Stunden Betreuungszeit), am frühen Nachmittag (6 Stunden

10Betreuungszeit) und einen Vollzeitkitaplatz (8,5 Stunden). Die meisten Eltern nehmen den Kindergarten für 6 bis 8 Stunden am Tag in Anspruch. Eine Gruppe wird von einer Vollzeit - (39 Stunden pro Woche) und einer TeilzeitmitarbeiterIn (21 Stunden pro Woche) betreut. Besonders wichtig ist die Fachkraft-Kind Relation (Die Fachkraft-Kind-Relation gibt an, für wie viele Kinder jeweils eine pädagogische Fachkraft durchschnittlich zur Verfügung steht) , denn nur

15wenn genügend ausgebildete ErzieherInnen in der Kita arbeiten, können die Kinder auch angemessen gefördert werden. Und an dieser Stelle kann die Politik am leichtesten ansetzen, denn durch eine Regulierung kann eine bessere Betreuung gewährleistet werden. Pro Gruppe arbeitet eine Vollzeitkraft 254 Arbeitstage im Jahr, diese Zahlen werden als Grundlage für die Personalschlüssel genommen. Aber dort werden nicht die Krankheitstage (etwa 13 Tage im

20Jahr, Fortbildungstage 5 Tage im Jahr und 30 Arbeitstage Urlaub). Damit können ErzieherInnen nur etwa 75% an wirklicher unmittelbarer Arbeit mit den Kindern leisten. In der Fachkraft-Kind Relation wird aber von 100% unmittelbarer Arbeit an den Kindern ausgegangen. Eine Fachkraft-Kind-Relation bei der die ErzieherInnen sich angemessen um jedes Kind kümmern können, liegt bei den unter dreijährigen 1:3 und bei den drei bis sechsjährigen bei 1:8.

25Je jünger die Kinder sind, desto eine intensivere Betreuung benötigen sie auch, denn das Wohlbefinden und die persönliche Entwicklung sind direkt abhängig von der Fachkräfte-Kind-Relation. Denn Kinder, die unter einer zu großen Fachkraft-Kind-Relation leiden, zeigen häufiger aggressives, konfliktbehaftetes und unkonzentriertes Verhalten. In Niedersachsen liegt aber die rechtliche Vorgabe für die Fachkraft-Kind-Relation bei 1:12,5. In

30anderen Bundesländern sogar bei 1:20. Dabei sind keine Kinder mit Behinderungen, Migrationshintergrund oder sprachlichen Problemen berücksichtigt, welche besonders gefördert werden müssen. Aktuell wird in Niedersachsen noch nicht mal die gesetzliche Fachkraft-Kind-Relation eingehalten. 2008 liegt die Relation bei den unter dreijährigen bei 1:5,5.

35Daher fordern wir die Fachkraft-Kind-Relation auf die von mehreren Verbänden und Stiftungen gefordert Werte von 1:3 und 1:8 rechtlich festzuschreiben und durch Fördermaßnahmen sicher zustellen. Dabei muss der nur 75%-ige Anteil von unmittelbarer Arbeitszeit der ErzieherInnen berücksichtigt werden.

Eine Bilanz der Bildungspolitik der Großen Koalition

40Eines der großen Projekte der Großen Koalition sollen neue Investitionen in die Bildung sein. Aber wie hat die Große Koalition denn die Pläne umgesetzt?

Die BAföG Erhöhung kommt – aber wie ?

Klingt an sich wirklich gut, aber sie kommt jedoch erst 2016 und dann steigt das BAfÖG nur um 7%. Somit gehen zwei Generationen von Bachelorstudierenden komplett leer aus und die 7% Erhöhung sind längst von den steigenden Lebenshaltungskosten gefressen. Deshalb muss die Bafög-Reform als gescheitert beurteilt werden.

5 Mehr Geld für Kitas?

Endlich geht es voran, ungefähr eine Milliarde werden für den Ausbau von Küchen, Außenplätzen und Sprachförderungsräumen verwendet. Aber wo bleibt das Personal, welches diese Räume nutzen soll? Es fehlen etwa 5 Milliarden Euro, um ausreichend Personal für die Kinder zu Verfügung zu haben. Deswegen bleibt es hier bei einem gut gedachten Ansatz, aber ohne ausreichendes Personal 10 bringt das Geld keinen größeren Fortschritt.

Endlich weniger Fristverträge für WissenschaftlerInnen?

Etwa 90% der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen haben einen befristeten Vertrag, zum Teil nur über wenige Monate. Die Große Koalition möchte das nun ändern. Dafür soll in dieser Legislaturperiode das Wissenschaftszeitvertragsgesetz novelliert werden. Aber einig wie das 15 Problem gelöst werden soll, sind sich SPD und CDU nicht. Deswegen scheint diese Vereinbarung zu scheitern.

Mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen?

Die Große Koalition strebt die Ausbildungsgarantie an, es soll weniger Warteschleifen geben und für mehr Qualität in der Ausbildung gesorgt werden. Aber genaue Lösungen und Zielmarken sind 20 noch nicht besprochen. Hier muss die GroKo liefern, obgleich der Weg völlig unklar ist.

Weniger Abbrüche von Ausbildungen?

Ja, das wäre es doch! Die Jugendausbildungsagenturen sollen die Jugendlichen vor Ort unterstützen. Geplant und erst recht umgesetzt ist noch nichts, sodass das Projekt als gescheitert angesehen werden muss.

25 Weiterbildung als der Schlüssel zum Aufstieg?

Innerhalb der letzten Jahren gab es einen Anstieg der Inanspruchnahme von Weiterbildung. Aber wer Weiterbildung annimmt, hängt davon ab, ob man im Berufsleben steht und welche Position man dort bekleidet. MigrantInnen und Menschen aus den bildungsfernen Schichten nehmen keine Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch. Hier müsste die Große Koalition eingreifen, tut sie aber 30 nicht. Auch hier muss nachjustiert werden!

Arbeit und menschliche Würde

„Arbeit besitzt einen Doppelcharakter. Zum einen ist sie lohnabhängige Erwerbsarbeit [...]. Zum anderen ist sie die Tätigkeit, [...] durch welche sich die Menschen [...] selbst verwirklichen können.“

(Jusos 2008: Für eine Linke der Zukunft- Thesen zur jungsozialistischer Politik)

35 Der Doppelcharakter der Erwerbsarbeit

In der kapitalistischen Gesellschaft spielt die Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle, weil sie gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, den Lebensunterhalt sichert und Menschen grundsätzliche

eine Identifikation ermöglicht. Dementsprechend gehen unsere Sozialsysteme von der Zentralität der Arbeit aus und sollen Erwerbsausfälle, die aus Arbeitslosigkeit und dem Renteneintritt resultieren, kompensieren. Dennoch besitzt Arbeit einen Doppelcharakter. Wer keiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann, wird sozial sowie gesellschaftlich isoliert. Arbeit führt im Rahmen der kapitalistischen Verwertungslogik zu Ausbeutung und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, da sich Arbeit und Kapital gegenüber stehen. Deshalb müssen wir im Rahmen des gesellschaftlichen Status quo alles tun, um die Erwerbsarbeit zu humanisieren und unsichere („atypische“ Beschäftigungsverhältnisse) zu bekämpfen.

Die Erosion von Normalbeschäftigungsverhältnissen

10 Die Erwerbsarbeit hat sich jedoch in der Vergangenheit verändert. Es gibt eine steigende Anzahl an prekärer Beschäftigung - auch in der SPD - und einen Trend weg von klassischen Beschäftigungsverhältnissen. Hinzu kommt eine steigende Zukunftsunsicherheit durch befristete Arbeitsverhältnisse, vor allem für viele junge Menschen sowie Frauen.

Der Wandel der Arbeit zeigt sich neben der so genannten „Prekarisierung“ anhand weiterer Merkmale wie der Einführung von Werkverträgen, der Leiharbeit, der Niedriglöhne sowie der immer weiter steigenden Teilzeitarbeit, die unserem Prinzip der guten Arbeit, das sich der Würde des Menschen verpflichtet fühlt, widersprechen. In diesem Zusammenhang muss explizit darauf hingewiesen, dass sich die zahlreichen neuen Beschäftigungsverhältnisse in erster Linie auf die so genannten Minijobs sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse konzentrieren.

20 Die Humanisierung der Arbeit

Durch die bereits angesprochenen prekären Verhältnisse in der heutigen Arbeitswelt wird es vielen Menschen unmöglich gemacht, sich selbst mit ihrer Arbeit zu identifizieren bzw. die Arbeit zu verfolgen, die für jede und jeden die individuelle Selbsterfüllung bedeuten. Auf diese Entfremdung muss die Sozialdemokratie Antworten finden, die abseits des neoliberalen Dogmas nach wirtschaftlichen Zwängen und des Drucks aus dem internationalen Welthandels befinden. Schließlich geht es uns darum, den Menschen in unserer Gesellschaft eine Möglichkeit aufzuzeigen, wie man in einem zentralen Bereich des menschlichen Lebens - der Arbeitswelt - soziale Reformen auf den Weg bringen kann, die in eine Verbesserung des eigenen Lebensstandards münden. Die Antwort liegt letztlich in einer menschlicheren Gestaltung oder kurz Humanisierung der Arbeitswelt.

Dabei darf die Humanisierung allerdings nicht allein auf die Begriffe Mindestlohn und Regulierung der Leiharbeit wie von unserer Mutterpartei reduziert werden. Beide Themen sind natürlich richtig und wichtig. Sie dürfen in ihrer Bedeutung innerhalb des großen Themenkomplexes „Humanisierung der Arbeit“ jedoch nicht überbewertet werden. So gibt es neben der Lohn- und Gehaltspolitik noch Themen wie demokratische Beteiligungsformen für Belegschaften, Arbeitszeitverkürzungen, Anhebung des gesetzlichen Mindesturlaubsanspruchs, Finanzierung und Ausgestaltungen von Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen, der Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln und viele weitere Themen, die in diesem Rahmen beachtet werden müssen. Dabei dürfen unsere Instrumente jedoch nicht nur umverteilen, sondern sie müssen wirtschaftliche Prozesse steuern. Deswegen muss sich sozialistische Reformpolitik auch mit der zentralen Frage, wer entscheidet was wann wie produziert wird, auseinander setzen und Lösungsansätze entwickeln.

Die Arbeitsversicherung gestalten

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar, dass das Nebeneinander zahlreicher Sozial- und Sicherungssysteme (z.B. ALG I, Hartz IV) nicht konstruktiv ist. Auch berücksichtigen die Sozialsysteme nicht ausreichend die Veränderungen der Arbeitswelt, die sich beispielsweise aus dem Wunsch nach Auszeiten, Arbeitszeitreduzierungen, Fortbildungen und Qualifizierungen etc. ergeben. Deswegen muss es darum gehen, die Sozialdemokratie zur Ausgestaltung und Konkretisierung der Arbeitsversicherung zu bewegen. Diesen Prozess wollen wir Jusos gestaltend begleiten.

Dies beinhaltet für uns aber auch, dass die bisherige Ausgestaltung der Grundsicherung („Hartz 10IV“) dringend reformbedürftig ist, da zahlreiche Instrumente (z.B. Anrechnung von Lebensjahren im Rahmen des „Schonvermögens“, Kürzungen in Folge der Sanktionen, Gutscheinsystem) einer Politik widersprechen, die sich der Würde des Menschen verpflichtet fühlt. Auch ist die Höhe der Zahlungen nicht ausreichend, weil diese für gesellschaftliche Teilhabe nicht ausreicht. Für uns Jusos steht fest, dass im Rahmen der Neugestaltung der Grundsicherung als erster Schritt die 15 Sanktionsinstrumente abgeschafft werden müssen und die Bezüge erhöht werden müssen.

Don't fight the player, fight the game!

Historischer Abriss: Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus

Die Geschichte des Kapitalismus ist von unterschiedlichen konkreten Entwicklungsformen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation geprägt. Mit Entstehung der industriellen Massenproduktion entwickelte sich der Fordismus als bis ca. 1970 dominierende Entwicklungsformen des Kapitalismus. Kernelement des Fordismus war die Annahme, dass wirtschaftliche Expansion nur bei einer entsprechenden Nachfrage entstehen kann. Folglich war der Fordismus einerseits durch die Entwicklung des sozialen Wohlfahrtsstaats, der mit einem sozialen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit, einem Kompromiss zwischen KapitalistInnenklasse und ArbeiterInnen, einherging, andererseits durch klassische keynesianische staatliche (nachfrageorientierten) Wirtschaftspolitik sowie eine Kopplung von Lohnentwicklung und Wirtschaftswachstum geprägt. Die soziale Marktwirtschaft bzw. der rheinische Kapitalismus sind konkrete Beispiele für fordistische Kapitalismusformen.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen waren Regeln unterworfen, vor allem gab es feste Wechselkurse, das Bretton-Woods-System. Mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973 und der Entkopplung von Lohnentwicklung und Wirtschaftswachstum endete auch die Epoche des Fordismus. Der Finanzmarktkapitalismus war im Entstehen.

Strukturmerkmale des Finanzmarktkapitalismus

Der Finanzmarktkapitalismus ist primär durch vollkommen entfesselte Finanzmärkte geprägt. Der Fokus des Systems liegt nicht mehr auf der Industrie, sondern auf Dienstleistungen, insbesondere Finanzdienstleistungen. Durch Automatisierung und die digitale Revolution werden immer mehr klassische Industriebereufe zu Randgruppen. So mit sind neben flexiblen Wechselkursen, globalem Freihandel und deregulierten Märkten, die Erosion der Arbeitsverhältnisse und die damit einhergehende Überindividualisierung der Gesellschaft ebenso systemimmanent. Der den Fordismus prägende Wohlfahrtsstaates ("Welfare-State") wird zu Gunsten eines "Workfare-State" immer mehr abgebaut.

Mit der Überindividualisierung der Gesellschaft gehen auch die klassische Klassenwidersprüche und vor allem das Klassenbewusstsein verloren. Es entstand eine Vielzahl von Milleus, die in sich gekehrte, voneinander abgeschottete, Ökosysteme bildeten.

In Folge dessen wurde der gesellschaftlichen Linken, deren Stärke die Größe der von ihr vertretenden Klasse und das Bewusstsein der Klasse für ihre Stärke darstellt, die Schlagkraft genommen.

Die Diskreditierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Alternativen zum Neoliberalismus nach 1989/1990 und Entideologisierung

Der Kapitalismus und die ihn politisch vertretenden Neoliberalen formulierten die Alternativlosigkeit des Kapitalismus (TINA, "There is no alternative"). Die für den Finanzmarktkapitalismus systemimmanenten Gesetzmäßigkeiten wie Privatisierungen, Überindividualisierung und vor allem die Globalisierung wurden von den Neoliberalen zu Naturgesetzen verklärt und die politische Ideologie "Neoliberalismus" somit gezielt entideologisiert.

Die politische Ideologie des Finanzmarktkapitalismus: Der Neoliberalismus

Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus sind nicht das gleiche. Der Finanzmarktkapitalismus ist die gegenwärtige Entwicklungsform des Kapitalismus. Der Neoliberalismus ist hingegen eine spezifische politische Ideologie, eine Form des Liberalismus. Der Neoliberalismus bzw. seine VertreterInnen kämpfen politisch und wirtschaftlich für den Finanzmarktkapitalismus, für den Abbau des Sozialstaats, für die Globalisierung und die Verflechtung der Finanzmärkte, für einen schwachen Staat und für deregulierte Märkte.

Das Glücksversprechen des Finanzmarktkapitalismus

Im Jahr 2013 haben wir uns mit dem kapitalistischen Glücksversprechen auseinander gesetzt. Der Kapitalismus verspricht Glück durch Konsum von immer neuen Waren, dabei ist dieses Glücksmoment nur von temporärer Natur. Diese imaginierte Befriedigung von materiellen Bedürfnissen hat die Folge, dass die Menschen die Folgen des Finanzmarktkapitalismus für ihre Arbeitsverhältnisse nicht mehr wahrnehmen oder ernst nehmen. Der Kapitalismus hat somit die schrittweise Entrechtung der ArbeiterInnen durch immer neue "schöne" Produkte verschleiert.

Freiheitsbegriff des Finanzmarktkapitalismus

Der Freiheitsbegriff des Finanzmarktkapitalismus und des Neoliberalismus stellt entgegen aller anderen Formen irgendeiner liberalen politischen Ideologie nicht mehr die Emanzipation des Menschen durch individuelle Freiheit in den Fokus der politischen Arbeit, sondern sieht die

ökonomische Freiheit als Voraussetzung für alle anderen Formen der Freiheit. Diese Freiheit ist nichts anderes als ein Daseinskampf. Nur der bzw. die (ökonomisch) Stärkste kann auch im restlichen Leben frei entfalten. Auch dies trägt zur Überindividualisierung der Gesellschaft bei.

Kapitalismus führt zu Diskriminierung

Rassismus darf man nicht entkoppelt vom Kapitalismus betrachten und bewerten. Um rassistische Erscheinungen analysieren zu können, ist es wichtig sie nicht als Ausdruck individueller Dummheit im gesellschaftlichen Überbau zu deuten, sondern ihre Ursachen in der Wechselwirkung von herrschenden Verhältnissen und den in ihr vergesellschafteten Individuen in der kapitalistischen Basis zu betrachten.

Im Kapitalismus ist das Individuum ständigen Zwängen ausgesetzt. Menschen sind gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen und sich den sozialen Normen einer Gesellschaft, besonders im Kampf um die eigene Existenz zu beugen. Wer zu sehr aus dem Raster fällt, hat es spätestens auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer. Schon ab dem Kindesalter wird Anpassung, um sich die bestmögliche Position im kapitalistischen System zu erarbeiten, gelehrt.

Da Menschen jedoch höchst unterschiedliche Wesen sind, sich in diesem System mit seinem Wettbewerb aber bestmöglich anpassen müssen, müssen sie oft ihre ureigene Persönlichkeit zu Gunsten einer bestmöglichen Verwertung im Kapitalismus unterdrücken. Dies kann zu einer, oft nur im Unterbewusstsein auftretenden, Störung der Selbstwahrnehmung bis hin zu großen Selbstzweifeln führen. Um sich das Selbstbild zu erhalten und sich nicht des eigenen Zustandes der gescheiterten Persönlichkeit bewusst zu werden, suchen viele die Selbstbestätigung in der selbstgeschaffenen Konstruktion von Nation und Rasse. In vermeintlichen Schicksalsgemeinschaften, in denen sich die Individuen nicht mehr als konkurrierende Subjekte im kapitalistischen Verwertungszusammenhang gegenüberstehen, sondern sich einbilden können, dass sie in friedlicher Partnerschaft zusammen stehen, schaffen sie sich die Illusion einer gelungenen Selbstbestätigung. Nebenbei wird in dieser Fluchtwelt auch vermeintlich die kapitalistische Diskrepanz zwischen Bourgeois und Citoyen aufgehoben.

Dadurch, dass sich soziale Gruppen in der Regel durch Abgrenzung, also durch das was sie nicht sind und auch nicht sein wollen, definieren, wird automatisch kollektiv in einem "Wir" und "Die" unterschieden. Auf die somit entstandene Fremdgruppe werden dann oft rassistische Attribute projiziert.

Erschreckend ist, dass dabei häufig unterdrückte Eigenschaften, die das Individuum in dem Markt der Anpassung unterdrücken muss, auf die fremde Gruppe projiziert und dabei negiert werden. Viele Verhaltensweisen, die kapitalismusbedingt durch Absicherung der eigenen Existenz kaum umsetzbar sind, wie ein freies Ausleben in Optik oder Sexualität, wie auch Faulheit, werden von vielen, wohl auch unterbewusst, sehnsüchtig vermisst und dieser daraus basierende Selbsthass führt dazu, dass diese Eigenschaften auf andere projiziert werden, was in den herrschenden Verhältnissen dann zumeist MigrantInnen betrifft.

Wenn nun MigrantInnen als faul bezeichnet werden, die sich nur dank des Sozialstaates ausruhen, spiegeln sich darin oft eigene Ängste und Sehnsüchte, ausgelöst durch die kapitalistischen Verhältnisse, wider, die zur Selbstbestätigung auf die fremde Gruppe projiziert werden. Dieses Muster, dazu die typische Aufwertung der eigenen Gruppe, die ja vermeintlicher Zufluchtsort vor kapitalistischer Welt ist, in dem die fremde Gruppe herabgesetzt wird, ist Auslöser für viele Erscheinungsformen von Diskriminierung wie Rassismus. So ist auch zu beobachten, dass die zu Diskriminierung führende Projektion eigener Sorgen und unerfüllter, ins Unterbewusstsein verdrängte, Sehnsüchte in den Zeiten kapitalistischer Krisen am stärksten ist. Vereinfacht kann man sagen: Je größer die durch Kapitalismus verursachte Krise, umso ausgeprägter die Diskriminierung

gegenüber der konstruiert fremden sozialen Gruppe. Jedoch sind nicht nur Menschen den kapitalistischen Zwängen ausgesetzt. Auch Staaten müssen untereinander auf dem Weltmarkt konkurrieren und die besten Bedingungen zur Absicherung ihrer Existenz sichern. Die in den Staaten lebenden Menschen haben erst einmal die Funktion die Existenz des Staates im Kapitalismus zu sichern. Sozialstandards dürfen danach nur so weit ausgeprägt sein, um eine bessere Arbeitskraft zu gewährleisten. Sie müssen jedoch dafür sorgen, dass

Menschen weiter die Notwendigkeit sehen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zuwanderung ist dann nötig, wenn binnen-ökonomisch weitere Arbeitskräfte benötigt werden. So war es ab den 1960er Jahren mit den GastarbeiterInnen und um die Jahrtausendwende mit ComputerexpertInnen aus Indien. Das zeigt, dass weniger der Mensch im Vordergrund steht, sondern seine kapitalistische Verwertbarkeit und damit sein Nutzen im ständigen Wettkampf. Da weniger der Mensch und mehr seine Verwertbarkeit im Mittelpunkt steht, entstehen auch immer ausgrenzende Verhaltensmuster. Weil man ZuwanderInnen aus westlichen und nördlichen Ländern aufgrund ihrer dortigen Sozialisation eher zutraut ihren Körper bestmöglich zu verkaufen um damit ihren Teil zum wirtschaftlichen Erfolg beizutragen, werden in der Regel ZuwanderInnen aus den südlicheren und ärmeren Staaten der Erde von vielen Teilen der Gesellschaft vorgezogen. Jeder Staat bzw. Wirtschaftsraum achtet darauf, dass nur eine gewisse Anzahl von Menschen innerhalb dieses lebt. Die Anzahl sollte der ökonomischen Existenz des Staates dienlicher als hinderlicher sein. Da ZuwanderInnen vor allem der Kapitalverwertung nützen sollen, was zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Menschen sein können, bedarf es einer restriktiven Grenzpolitik. Die grausamen Folgen dieser Politik sind vor allem an den südlichen Außengrenzen der Europäischen Union erkennbar, wo jährlich Tausende von Menschen beim Versuch ins europäische Wirtschaftsgebiet einzureisen sterben oder getötet werden.

Um Asyl bittende Flüchtlinge werden in geringer Anzahl geduldet. Jedoch wird hier offensichtlich, dass Personen, die aufgrund von politischer Verfolgung fliehen eher akzeptiert werden als welche, die wegen Hunger und Armut aufgrund der kapitalistischen Verhältnisse fliehen. Plakativ könnte man hier von Flüchtlingen erster und zweiter Klasse sprechen. Der Grund dieser menschenverachtenden Selektion könnte in der gewollten Legitimation eines Staates liegen. Durch die Aufnahme derer, die vor Diktatur und politischer Verfolgung fliehen, kann sich ein Staat selbst legitimieren, da er als etwas Besseres als Zufluchts- und Sehnsuchtsort dient. Wirtschaftsflüchtlinge bieten eben nicht jene legitimierende Grundlage für Staaten, da sie offensichtlich aufgrund der Missverhältnisse fliehen, die der Kapitalismus unmittelbar produziert. Eben jenem Produktionsverhältnis, zu dessen Verteidigung sich der Staat verpflichtet sieht.

Selbstverständlich tötet nicht Kapitalismus. Aber dieses System sorgt mit seinen Zwängen und seiner Verwertbarkeit immer zu den Kampf der Menschen untereinander, die zu Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung, Leid bis zum Tod führen kann. Die Überwindung des Kapitalismus ist unverzichtbar für eine Welt frei von jeder Form der Diskriminierung!

Jusos heißt immer Kampf gegen Rechts

Unsere Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Internationalismus gilt es immer wieder erneut zu verteidigen.

In seiner schlimmsten Form schafft es die politisch Rechte diese drei, für uns selbstverständlichen, Werte zu negieren. Politisch Rechts heißt oft nichts anderes, als dass die Personen, die durch Glück und Willkür aufgrund von Hautfarbe Geschlecht sexueller Orientierung oder geburts- bzw. Wohnort in den Machtstrukturen mehr profitieren als andere. Diese für sie gewohnte Machtposition wollen sie, frei von Empathie für die Benachteiligten verteidigen. Um ihre soziale Gruppe in ihrer Machtposition weiter zu manifestieren bedarf es leider, all die anderen

abzuwerten und mit allen Methoden zu verhindern, sie teilhaben zu lassen. Das geschieht über strukturelle Ausgrenzung bis hin zu körperlicher Gewalt und Mord.

In seiner schlimmsten Form geschieht das bei den rechtsradikalen Kräften der autonomen nationalistischen Gruppen oder Parteien wie der NPD und Die Rechte, die, um ihre privilegierte Gruppe zu schützen, in Hass auf alles andere vor Gewalt und völliger Verklärung der herrschenden vergangenen und gegenwärtigen Zustände nicht zurückschrecken.

Jedoch zeigen auch die Wahlergebnisse der AfD, dass der Raum zwischen CDU und Rechtsradikalismus eine große Zahl von AnhängerInnen findet.

Die rechtsten Ressentiments, die das demokratische Spektrum noch hergibt ziehen, eine erschreckend hohe Zahl an BefürworterInnen an. Unsere Aufgabe ist es dagegen anzukämpfen, weil wir überzeugt sind, dass unser Bild einer gerechten Welt in der Menschen nicht aufgrund von Geschlecht Hautfarbe sexueller Orientierung oder anderer willkürlicher Eigenschaften verschieden behandelt werden richtig ist. Wir werden solange kämpfen, ist wir dieses Ziel erreicht haben.

Gesellschaftspolitik

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist durchzogen von kapitalistischen Strukturen. Die ihm innewohnende Verwertungslogik bestimmt die sozialen Beziehungen und die Lebensbereiche aller Menschen. Wir Jusos fordern eine Gesellschaft in der alle Menschen frei und gleich leben können. Eine solche Gesellschaft ist nach unserem Verständnis nur fern kapitalistischer Strukturen denkbar. Trotzdem gibt es zusätzlich im aktuellen Tagesgeschehen Veränderungsmöglichkeiten, für die es sich lohnt einzustehen. Dazu zählen unter anderem:

Gegen Rechtspopulistische Parteien wie die AfD

Mit Erschrecken haben wir festgestellt, dass sich die Alternative für Deutschland langsam im Parteienspektrum Deutschlands fest verankert. Bei der Europawahl 2014 holte diese Partei auf Anhieb 7% der Stimmen. Bei den darauf folgenden Landtagswahlen in drei Ostdeutschen Bundesländern holte sie Ergebnisse zwischen 9-12%. Dieses alles zeigt, dass sich rechts der CDU ein Vakuum gebildet hat, welches die AfD geschickt füllt. Eine nicht unerhebliche Anzahl an Menschen in Deutschland sehnt sich anscheinend nach deutsch-nationalerer Souveränitätspolitik gepaart mit einem konservativ-autoritären und rückständigen Gesellschaftsbild. Diese Personen wurden durch europafreundliche Parteien wie CDU und FDP nicht abgedeckt und erst jetzt durch die AfD erhalten sie die Möglichkeit zur politischen Partizipation und können Euro-Ablehnung, mehr nationale Souveränität, Anti-Gender und eine sog. gezielte Einwanderung nach ökonomischer Relevanz auf die tagespolitische Agenda setzen. Auch rassistische und homophobe Aussagen vieler AfD-Politiker in hohen Positionen sind nicht unselten. Für uns bedeutet der Erfolg der rechtspopulistischen AfD nicht nur, dass wir diese Partei ablehnen, sondern auch, dass uns bewusst ist, dass sie Inhalte vertritt, nach denen sich viele Menschen anscheinend gesehnt haben. Unser Anspruch muss es sein unsere Werte Sozialismus, Internationalismus und Feminismus in die Gesellschaft zu tragen, damit Parteien wie die AfD nicht mehr so viele Anhänger haben.

Fight Heteronormativität

Wir stehen hinter den Plänen der rot-grünen Landesregierung schon früh auch Homo-, Bi- und Transsexualität im Schulunterricht zu thematisieren, um so die Akzeptanz für diese Lebensmodelle zu fördern. Für uns spielt die sexuelle Orientierung keine Rolle. Die heteronormativen Zustände unserer Gesellschaft fordern jedoch eine gezielte Kampagne die eine Toleranz aller Lebensformen vermittelt. Die reaktionären, oft von religiösen und rechten Kräften getragenen, Gegendemonstrationen, gegen die Vermittlung sexueller Vielfalt und freier sexueller Entfaltung lehnen wir nicht nur entschieden ab, wir werden auch alle demokratischen Mittel ausschöpfen, diese Gegenbewegung zu bekämpfen. Unser Ziel ist eine absolute Gleichstellung aller

Lebenspartnerschaften, sowohl in gesellschaftlicher Akzeptanz, wie auch im deutschen Steuerrecht.

Eine Öffnung der Asyl- und Zuwanderungspolitik

Für uns ist Asyl ein unabdingbares Menschenrecht. An den Außengrenzen der sogenannten „Festung Europa“ sterben jedes Jahr tausende Menschen. Durch die Kooperation mit der Grenzschutzagentur Frontex werden Menschenrechtsverletzungen hingenommen und unterstützt. Darüber hinaus sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere seitdem sogenannten „Asylkompromiss“ von 1993, menschenunwürdig. Dieser stellt nicht nur die endgültige Aushöhlung des Asylrechtes dar, sondern offenbart eine allgegenwärtige Akzeptanz von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Wir fordern eine Erleichterung der legalen Migration in die Europäische Union, eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen sowie eine existenzsichernde Unterstützung.

Inklusion

Der Begriff „Inklusion“ ist heute sehr eng mit Bemühungen der Bundesländer verbunden in Schulen das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Handicap zu ermöglichen. Doch die ursprüngliche Bedeutung des Begriffes geht weit darüber hinaus. Inklusion bedeutet, dass jeder Mensch unabhängig von Alter, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung gleichberechtigt gesellschaftliche Teilhabe erfahren kann. Für uns Jusos ist das ganzheitliche Verständnis für den Inklusionsbegriff essenziell. Somit bedeutet Inklusion unter anderem die umfassende Teilhabe von Menschen mit Handicap an unserer Gesellschaft. Vielfalt bedeutet Bereicherung für eine Gesellschaft – genau das ist das Leitbild der Inklusion.

Religionsbedingte Diskriminierung

Bedingt durch den furchtbaren neuerlichen Krieg in Nahost und dem Feldzug der radikal islamistischen IS (Islamischer Staat) neigen viele dazu Religionsgemeinschaften pauschal zu verurteilen. Bedauerlicherweise wurde der Gazakrieg genutzt, altbekannte antisemitische Ressentiments zu bedienen. Jüdinnen und Juden wurden mit Israel gleichgesetzt und oft wurden sie auch offen im Umfeld pro-palästinensischer Demonstrationen angegriffen. Durch den brutalen und menschenverachtenden Feldzug des sog. Islamischen Staates neigen viele dazu deren entsetzliches Vorgehen mit dem Islam gleichzusetzen. Religionen sind komplexe Konstrukte und in ihrem Wesen auch sehr heterogen. Eine differenzierte Religionskritik ist legitim und oft auch berechtigt. Jedoch darf sie nicht als Grund für Diskriminierung dienen. Unberechtigte Pauschalisierungen lehnen wir entschieden ab und sehen darin ein großes Gefahrenpotenzial. Niemals darf sich Geschichte wiederholen, dass Menschen mitten in Europa aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit um ihre Körperliche Unversehrtheit fürchten müssen.

Kein Mensch ist illegal

Wir Jusos sind ein internationalistischer Richtungsverband und kämpfen für eine offene Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung. Aus diesem Grund fordern wir Schutz und gleiche Rechte für Flüchtlinge, denn kein Mensch ist illegal. Unser Ziel bleibt weiterhin eine Welt ohne Grenzen. Diesen Grundsatz sehen wir in erster Linie bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik gefährdet, denn die Europäische Union betreibt seit Jahren eine Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik an ihren Außengrenzen. Die Mauern der „Festung Europa“ sind für viele Menschen auf der Flucht zu unüberwindbaren Hindernissen geworden. An diesen Außengrenzen sind alleine im Jahr 2007 etwa 2.000 Menschen ums Leben gekommen. Menschen, die aus Verzweiflung und aus Angst vor Tod, Folter, Hunger oder Verfolgung, ihre gesamte Existenz aufgaben und sich mit der Hoffnung auf ein besseres Leben auf den Weg nach Europa machten. Wir müssen leider festhalten, dass die Abschottungspolitik der EU zu viele Leben gefordert hat.

Frontex - Ein Abschottungs Albtraum

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex steht als Institution für die Perfektionierung einer Politik der Abschottung: Geschützt werden die Grenzen der EU – nicht die Menschen. In der Praxis sind Frontex und die nationalen Grenzbehörden immer wieder verantwortlich für menschenrechtswidrige Abweisungen von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen. In der Folge weichen Flüchtlinge auf immer gefährlichere Routen aus. Frontex steht auch für eine Strategie der Vorverlagerung der Grenzabwehr. Verstärkt wird diese Politik durch das im Dezember 2013 in Kraft getretene koordinierende Grenzüberwachungssystem EUROSUR. Flüchtlinge und unerwünschte Migrantinnen und Migranten werden schon weit vor den EU-Außengrenzen abgefangen. Zu diesem Zweck kooperieren die EU und einzelne Mitgliedstaaten bereits seit längerem mit wichtigen Transitländern, beispielsweise etwa mit Libyen und Ägypten. Für die in diesen Ländern an Flüchtlingen begangenen Menschenrechtsverletzungen, irreguläre Inhaftierungen, Zurückschiebungen und das Abfangen von Flüchtlingsbooten, ist die EU deshalb mit verantwortlich. Unser Ziel ist eine solidarische, menschenwürdige und gerechte Politik für Geflüchtete. Wir wollen, dass Menschen als Menschen behandelt werden und eine wahre Chance auf ein neues Leben nach ihrer Flucht erhalten. Aus diesem Grund erachten wir die sofortige Abschaffung von Frontex und EUROSUR als zwingend notwendig. Statt einer militärischen Agentur zur Abwehr von Geflüchteten sollten Einheiten zur Verfügung stehen, die Geflüchtete auf hoher See vor dem Ertrinken bewahren und sie sicher auf das europäische Festland bringen, wo es ihnen möglich ist einen Antrag auf Asyl zu stellen.

20 Das Versagen der Dublin-II-Verordnung

Durch die sogenannte Dublin-II-Verordnung werden die Asylverfahren von Menschen in den Ländern behandelt, in denen sie die EU betreten. Dadurch werden Länder wie Italien oder Griechenland, die einen großen Teil der europäischen Außengrenzen abdecken, überfordert. Die Abschottungspolitik ist nur eine logische Konsequenz dieser Überforderung. Die Praxis zeigt, dass derjenige Staat für das Asylverfahren verantwortlich ist, der die Einreise der Asylsuchenden nicht verhindert hat. Für die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen ist dies ein „Anreiz“ zu immer weiteren Abschottungsmaßnahmen, Zurückweisungen an den Grenzen und einem abschreckenden Umgang mit Schutzsuchenden. Die Flüchtlinge versuchen ungeachtet der bürokratischen Regelungen in das EU-Land ihrer Wahl zu gelangen – nicht selten mit dem Ergebnis, dass sie nach jahrelanger Odyssee durch Europa als illegalisierte und weitgehend rechtlose Menschen nirgendwo Schutz finden. Es muss ein europäisches Umdenken beginnen, das den Asylsuchenden eine Perspektive verschafft und ihnen ihre menschliche Würde zurückgibt. Daher sind wir der Auffassung, dass eine schnellstmögliche Ersetzung der Dublin-II-Verordnung durch eine EU-weite Verordnung über die Aufnahme von Geflüchteten, die eine gerechte Verteilung von Asylsuchenden unter der unbedingten Wahrung der Menschenrechte ermöglicht, ohne einzelne Länder übermäßig zu belasten, an dieser Stelle notwendig wird.

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben!

Die deutschen Bundesregierungen der letzten 20 Jahre tragen für diese Politik der Menschenrechtsverletzungen und Verdrängung von Verantwortlichkeit auf EU-Ebene historisch eine große Mitschuld. Die durch Grundgesetzänderung im Rahmen des „Asylkompromisses“ im Jahr 1993 eingeführte Drittstaatenregelung machte das Dublin-System erst möglich, und das Prinzip der Verlagerung der Schutzverantwortung auf Drittstaaten wurde Vorbild für die gesamte EU-Asylpolitik. Ein „Weiter so“ in der Asylpolitik darf es angesichts der Zehntausenden Toten als Opfer dieser Politik nicht geben.

Die Zahl der Asylanträge in Deutschland geht immer weiter zurück. Aber die Zahl derjenigen, die auf ihrem Weg aus Verfolgung, Krieg, Chaos und Perspektivlosigkeit an Europas Außengrenzen stranden und derjenigen, die in Flüchtlingslagern unter verheerenden Umständen und ohne jede Perspektive ihr Leben fristen, steigt ständig. Es wird höchste Zeit, dass sich Deutschland – in vielen

Krisenherden der Welt militärisch, politisch und wirtschaftlich präsent – zu seiner Verantwortung für internationalen Flüchtlingsschutz aktiv bekennt. Die Europäische Asylpolitik muss den Schutz von und nicht vor Geflüchteten zum Ziel haben. Der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor Lampedusa am 3. Oktober 2013 und der Tod von mehr als 400 Menschen sind eine eindringliche Mahnung, die Abschottungspolitik der Europäischen Union schnellstmöglich und grundlegend zu beenden. Nicht nur Flüchtlingsorganisationen, Verbände und Vereine zeigten sich erschüttert - auch wir Jusos mussten diese schrecklichen Ereignisse mit ansehen und fordern aus diesem Grund ein Umdenken!

II. Woher wir kommen, wohin wir wollen

10 **Jusos heißt Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD**

*„Wir Jusos wollen, dass die Menschen auf eine andere Art als heute zusammenleben und arbeiten können. Deshalb treten wir für eine andere Gesellschaftsordnung, den [demokratischen] Sozialismus, ein.“
(Grundsatzerklärung der Jusos von 1991)*

Wir Jusos sind keine Wahlkampf-, Jubel- oder Plakatiertruppe der SPD, sondern stehen als linker Richtungsverband in kritischer Solidarität zu unserer Mutterpartei. Wir wollen eigene Konzepte jenseits des neoliberalen Mainstreams entwickeln, für die wir in Zusammenarbeit mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern wie Gewerkschaften und Sozialverbänden um gesellschaftliche Zustimmung kämpfen.

Wir Jusos bekämpfen als sozialistischer, feministischer und sozialistischer Verband Unterordnungen, Ungerechtigkeiten und Fremdbestimmungen, die Menschen alltäglich erfahren. In der Tradition der demokratischen ArbeiterInnenbewegung stehend ist unser Ziel die Emanzipation des Menschen - ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Teilhabe und Verantwortung. Unserem Anspruch nach darf kein Mensch in Armut oder Hunger leben, verfolgt, ausgebeutet, erniedrigt und verfolgt werden. Dieses Ziel verlangt einen gesellschaftlichen Umbau und politischen Gestaltungswillen. Deshalb bezeichnen wir uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD. Unser Ziel ist die Emanzipation des Einzelnen von Unfreiheiten, Entfremdungen und Unterdrückungen. Dabei sind Freiheit und Selbstbestimmung aber auch Leistungen der Gesellschaft, sodass Solidarität für uns notwendig ist, um individuelle Entfaltungschancen zu schaffen.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten geben uns nicht mit der Verwaltung gesellschaftlicher Zustände zufrieden, sondern wollen eigene Ideen entwickeln, um unsere Gesellschaft sozialer, gerechter und lebenswerter zu machen und Machtverhältnisse zu verändern. Unser Kampf für eine menschenwürdigere Welt basiert auf den Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung und der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Der demokratische Sozialismus, der sich an der Würde des Menschen orientiert und für uns Kampf gegen Unrecht, Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet, bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Den demokratischen Sozialismus zu definieren ist weder möglich noch erstrebenswert, weil es unmöglich ist, eine Vision bis in Details zu definieren. Gleichwohl stellen wir fest, dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, zu der wir Alternativen und Veränderungen suchen. Deshalb betrachten wir den Kampf für eine gerechtere Welt und die **Verwirklichung unserer Grundwerte als eine dauerhafte Aufgabe**. Dabei orientieren wir uns an folgenden Leitfragen: Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge bestimmen das Leben? Wie können wir die Gesellschaft verändern? Für wen und mit wem machen wir Politik?

Wir setzen uns für Benachteiligte ein und scheuen uns nicht, den Finger in die Wunde zu legen, um skandalösen Lebensperspektiven junger Menschen aufzudecken und Benachteiligungen zu beseitigen. Wir glauben nicht an die Allmacht von Parteien und Parlamenten. Unserer Meinung nach entsteht Politik, wann immer Meinungen und Interessen geäußert werden. Politik bedeutet für uns den Dialog und die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern, um die Gesellschaft zu verändern.

In den letzten Jahren haben wir kontinuierlich unsere Positionen in die SPD eingebracht und so unseren Gestaltungswillen unterstrichen. So haben wir die Grundideen der Arbeitsversicherung, des öffentlichen Beschäftigungssektors, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bürgerinnenversicherung entwickelt und bereits 2006 einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert.

Dies zeigt, dass wir keine ausschließliche Jugendorganisation, sondern Ideenschmiede der Sozialdemokratie sind und diese prägen wollen. Die Einbringung unserer Ansichten und den Dialog mit Bündnispartnerinnen und Bündnispartner bezeichnen wir als **Doppelstrategie**. Durch politische Bildungsarbeit befähigen wir junge Menschen, sich kritischen mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinander zu setzen und eigene Meinungen zu vertreten. Um der neoliberalen Verwertungslogik zu entweichen, ist es notwendig, Fragen über die Tagespolitik hinaus zu diskutieren und gesellschaftliche Zwänge, gesellschaftlichen Macht- und Besitzverhältnisse sowie Entfremdungen zu thematisieren. Hierbei muss sich unsere Politik an der Frage orientieren, wie wir leben wollen.

Durch politische Kampagnen wie unsere für den Frühsommer 2015 geplante Kampagne zur Verteilungsgerechtigkeit vermitteln wir unsere Ideen und Konzepte zielgruppenorientiert. Unser Politikkonzept basiert auf Solidarität und Gemeinsamkeit, die wir auf Kongressen, Veranstaltungen und Seminaren konkret erfahren.

III. Organisation: Was machen wir warum?

25 **Organisatorisches**

Gerüst:

Uns Jusos im Bezirk Braunschweig ist die durchgehende Organisation unserer politischer Arbeit sehr wichtig, weil sie neben der inhaltlichen Arbeit die Grundlage unserer Arbeit ist. Ehrenamtliche Funktionen für unseren Verband auszuüben, bedeutet Verantwortung sowie Engagement, weil alle Veranstaltungen vor- und nachbereitet werden und verbindliche Absprachen getroffen werden müssen. Dabei steht nicht die Darstellung einzelner, sondern die Darstellung des Bezirkes im Vordergrund. Der kulturelle Teil darf nicht vernachlässigt werden. Unsere Idee der Juso-Arbeit basiert auf drei nebeneinander stehenden Säulen: einem sozial- und gesellschaftskritischen inhaltlichen Fundament, organisatorischer Schlagfähigkeit sowie einer kultureller Attraktivität. Für uns ist aber auch klar, dass aus einer fundierten Gesellschaftsanalyse aus linker Perspektive (vgl. Kapitel I: Die Welt, in der wir leben) Kampagnen und Projekte resultieren müssen, die genau diese Ungerechtigkeiten thematisieren, Lösungen entwickeln sowie um gesellschaftliche Veränderungen werben.

Durch das wahlkampffreie Jahr 2015 haben wir mehr Zeit für uns. Diese wollen wir nutzen, um uns gezielt an den Stellen weiterzuentwickeln, an denen wir Handlungsbedarf sehen. Dabei bildet der Bezirk die Schnittstellen zwischen dem Bundesverband und seinen Bildungsangeboten sowie den Unterbezirken.

Bezirksvorstandssitzungen:

Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Der Bezirk ist die Summe seiner Unterbezirke, demnach können alle Jusos des Bezirks zu den 5Vorstandssitzungen erscheinen. Die Arbeit des Bezirks lebt vom Miteinander aller Jusos. Gemeinsam wollen wir den Bezirk inhaltlich und organisatorisch gestalten und ständig weiterentwickeln.

Auf den Sitzungen soll es deshalb sowohl um organisatorische Dinge gehen, wie auch ein inhaltliches Thema besprochen werden. Die Vorbereitung eines inhaltlichen Themas wird auf der vorhergehenden Sitzung vergeben. Es ist auch möglich, dass Jusos, welche nicht Mitglieder des 10Bezirksvorstandes sind, ein Thema vorstellen.

Die Verknüpfung von Inhalten und organisatorischem soll die Attraktivität der Sitzungen steigern. In der Organisationsform des BeVos soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole auflösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Ergänzend sollen 15verstärkt wechselnde Sitzungsleitungen im BeVo Anwendung finden, um alle an der Arbeit zu beteiligen.

Der Sitzungsort wird nicht mehr starr Braunschweig sein. Es wird nach Rücksprache mit den Unterbezirken festgelegt, wo die Sitzungen stattfinden. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt, wobei sie in möglichst vielen Unterbezirken stattfinden sollen.

20Homepage & soziale Netzwerke

Als Medium für unsere Außendarstellung haben wir der Homepage des Juso-Bezirks ein neues Gesicht gegeben. Hier sollen auch in Zukunft unter anderem immer die nächsten Termine angegeben werden, sowie Berichte über Veranstaltungen und Pressemitteilungen erscheinen. Bedarfsweise werden Publikationen mit den Ergebnissen der Bezirksprojekte veröffentlicht. Nach 25Projektveranstaltungen sollten deren Ergebnisse sowie Abläufe in einem Artikel auf der Homepage veröffentlicht werden. Außerdem werden wir das Facebookprofil des Bezirks weiter pflegen, um über unsere Arbeit und Aktivitäten zu informieren. Der Bezirksvorstand benennt eine verantwortliche Person zur Pflege der Homepage und des Facebookaccounts. Diese soll sicherstellen, dass die Homepage und die Facebookseite aktuell und 30attraktiv geführt werden. Diese Person ist AnsprechpartnerIn für die Unterbezirke, falls diese Unterstützung zur Pflege ihrer Internetpräsenz benötigen.

Kampagne 2015: Die Verteilungsfrage konkret gestellt

Gemeinsam mit unseren Unterbezirken wollen wir die Kampagne „Verteilungsfrage konkret“ planen und im Frühsommer 2015 aktionsorientiert in möglichst vielen Unterbezirken umsetzen. 35Dabei sollen möglicherweise auf der inhaltlichen Ebene Geldscheine das durchschnittliche Barvermögen der Bevölkerung symbolisieren, um die ungleiche Vermögensverteilung plastisch zu verdeutlichen. Irritation sorgt dabei für Aufmerksamkeit. Eine Auftaktveranstaltung in den jeweiligen Unterbezirken liefert dabei das Hintergrundwissen- Methodisch werden die interessierten Unterbezirke durch die gemeinsame Aktion in ihrer Arbeit vor 40Ort unterstützt.

Jusos vor Ort – Sozialismus braucht Tradition

Um unsere politische Arbeit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu vermitteln, wollen wir

viele Orte besuchen, die Bedingungen der Arbeit deutlich nah und zeigen. In unserer Region mit seiner Vielzahl an industrieller und dienstleistungsorientierter Tradition gibt es viele Möglichkeiten zu Tagesausflügen, die wir den Jusos im Bezirk anbieten wollen. Ziel dessen soll eine bessere Vernetzung im jugendpolitischen Bereich sein.

5. „Änder das“ - politische Bildung konkret:

Basic-Seminar

Das Basis-Basic-Seminar soll alle Jusos mit unseren politischen Grundlagen vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt werden. Das Basic-Seminar wird bedürfnisorientiert und bedarfsgerecht in Absprache mit den Unterbezirken organisiert.

Grundlagen der politischen Arbeit:

Das Grundlagenseminar soll helfen die Grundlagen der Parteiarbeit zu erlernen und umzusetzen. Es sollen grundsätzliche Themen bearbeitet werden, wie etwa die Sitzungsleitung und Einladungen zu Sitzungen und Konferenzen. Es wird weiterhin der Aufbau und die Finanzierung der Partei vermittelt. Es sollen Kompetenzen aufgebaut werden um Inhalte in die Partei und in die Jusos zu tragen.

Tagesseminare:

Um möglichst vielen Genossinnen und Genossen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, werden wir Seminare auch eintägig anbieten. Hierzu sollen das Seminar zur Pressearbeit, (sowie das Seminar zur Homepagepflege) gehören. Außerdem wollen wir ein Seminar zum rhetorischen Training anbieten. Dort könnten gerade Wortbeiträge auf Konferenz geübt werden. (Neu dazu kommen wird ein Tagesseminar um Jusos besser auf einen Wortbeitrag auf Konferenzen vorzubereiten.)

Die Seminare werden an einem zentralen Ort stattfinden oder in den Unterbezirken vor Ort stattfinden. Diese Seminare sehen wir als Angebot an die Unterbezirke, welche wir gerne auf Nachfrage anbieten.

Projektseminar und Projekte:

Die Arbeit in den Projekten füllt einen großen Teil der inhaltlichen Debatte innerhalb des Bezirks aus. Um die Ergebnisse und Problematiken der jeweiligen Projekte allen Genossinnen und Genossen zugänglich zu machen wird erneut ein Projektwochenende in Seminarform ausgerichtet. Diese Vorgehensweise hat sich als erfolgreich erwiesen. Die Projekte erhalten die Möglichkeit ihre Arbeit vorzustellen und durch inhaltliche Debatten Probleme zu erörtern und zu lösen. Die Projekte tagen an unterschiedlichen Orten im Bezirk, um möglichst vielen Jusos eine Mitarbeit zu ermöglichen. Ziel der Projekte ist es, inhaltliche Anträge für die Bezirkskonferenz zu erarbeiten.

Sommercamp:

Mit dem Sommercamp haben wir ein erfolgreiches Seminarekonzept, um die inhaltliche Arbeit auf Bezirksebene auszubauen und Anträge vorzubereiten. Neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten. Dazu soll auch im besonderem das Sommercamp Raum zur Freizeitbeschäftigung bieten, damit die TeilnehmerInnen aus dem Bezirk sich auch untereinander besser kennen lernen.

Verbandstage:

Neben der zahlreichen inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder versuchen kulturelle Angebote zu machen. Darunter fällt beispielsweise gemeinsames Grillen, Filmabende etc. Die Angebote erfolgen möglichst kostengünstig, damit es Jeder und Jedem möglich ist, an diesen 5Veranstaltungen teilzunehmen.

Weitere Freizeitangebote erfolgen über die Unterbezirke und können im ganzen Bezirk beworben werden, damit auch den anderen Unterbezirken die Möglichkeit der Teilnahme gegeben wird.

Heute morgen gestalten - die Bezirksprojekte:

Projekt Mitgliederwerbung

10Wieso? Weshalb? Warum?

Die Juso-Arbeit lebt von der Beteiligung ihrer Mitglieder. Ein Blick in die Unterbezirke zeigt allerdings, dass es an vielen Stellen deutlich an Personal mangelt. Gerade in ländlichen Unterbezirken ist der Stamm der aktiven Jusos meist sehr klein. Hier kommen oft strukturelle Probleme hinzu. Durch fehlende Infrastruktur ist es schwieriger Interessierte 15 zu erreichen und zu integrieren. Auch Unterbezirke, die sich gerade im Aufbau befinden und die noch nicht so viel Erfahrung haben, haben oft Schwierigkeiten Mitglieder zu finden und dann auch zu halten. Nicht selten entstehen tolle Ideen für Aktionen oder Projekte, die dann allerdings nicht umgesetzt werden können, da es an Personal fehlt. Hinzu kommt, dass der Frauenanteil unter den aktiven Jusos sehr gering ist.

20Das Projekt „Mitgliederwerbung“ befasst sich in erster Linie damit Interessierte für die aktive Mitarbeit bei den Jusos zu gewinnen. Gleichzeitig soll ebenfalls versucht werden inaktive Mitglieder zu (re)aktivieren und für konkrete Aktionen oder Projekte zu begeistern. Des Weiteren ist es sehr wichtig (neue) Mitglieder zu fördern, um den Nachwuchs zu sichern, wenn ältere FunktionsträgerInnen aus ihren Funktionen ausscheiden.

25Das Projekt „Mitgliederwerbung“ richtet sich vor allem an Unterbezirksvorsitzende und SprecherInnen, deren Unterbezirke momentan wenig aktive Mitglieder haben. Gemeinsam soll darüber beraten werden, wie man vorgehen kann um das zu ändern. Dabei soll besonders auf die Stärken und Schwächen der einzelnen Unterbezirke eingegangen werden. Die Vorsitzenden/SprecherInnen sollen dabei verschiedene Aktionen kennenlernen, in den 30Projektsitzungen selber Ideen entwickeln und diese dann auch umsetzen.

Weiterhin sollen die Unterbezirke aktiv dabei unterstützt werden die Interessierten/ neuen Mitglieder zu integrieren und zu fördern. Die Projektleitung ist bei Fragen und Problemen jederzeit ansprechbar und unterstützt die Unterbezirke, bei Bedarf, im weiteren Vorgehen.

Außerdem wird ein Reader erstellt, in dem die Ergebnisse aus dem Projekt festgehalten werden.

35Hier werden auch einige Aktionsideen und Tipps zu deren Umsetzung aufgenommen. Dieser Reader wird später an alle Unterbezirksvorstände/SprecherInnenteams verteilt.

Angedacht ist außerdem eine Bezirksweite Werbekampagne. Diese soll vom Projekt, in Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand entwickelt werden. Möglich wären zum Beispiel Flyer oder bestimmte Aktionen. Ziel dieser Werbekampagne ist es auf die Jusos aufmerksam zu machen,

40zu vermitteln was die Jusos machen und welche Inhalte uns wichtig sind. Gleichzeitig wollen wir Menschen für unsere Überzeugungen und unsere Arbeit begeistern. Dazu wollen wir neue Ideen und frische Konzepte entwickeln und umsetzen.

Besonders wichtig ist uns dabei die zielgruppenorientierte Werbung. Wir möchten uns besonders darauf konzentrieren junge Frauen für die Arbeit bei den Jusos zu gewinnen. Deswegen sollen

45konkrete Ideen entwickelt werden, wie und wo man Frauen am besten anspricht und wie man sie von Anfang an gut in die Unterbezirke integrieren kann. Zudem soll eine öffentliche Veranstaltung

stattfinden, die sich an junge Frauen richtet. Ziel dieser Veranstaltung soll es sein, für die Arbeit bei den Jusos zu begeistern und eventuelle Ängste zu nehmen. Weiterhin sollen die Frauen gezielt auf die Arbeit in den OV's vorbereitet werden und von erfahrenen Genossinnen Tipps zum Umgang mit männlich geprägten Machtstrukturen bekommen.

5 Projekt Gleichstellung

Frauen stellen in unserem Verband noch immer eine Minderheit dar, daher ist es besonders wichtig, dass wir Frauen uns untereinander vernetzen und gemeinsam diskutieren. Alle Juso Frauen sind herzlich eingeladen, an unseren Treffen teilzunehmen und mitzuarbeiten.

Wir legen wert auf einen vertrauensvollen Umgang, welcher einen offenen Erfahrungsaustausch untereinander ermöglicht, denn häufig treffen Frauen immer noch auf ähnliche, problematische Situationen. Das Frauenforum bietet bei den regelmäßigen Treffen Unterstützung gegen Sexismus und im Kampf für die Gleichstellung. Ebenso werden wir uns verstärkt mit der Asf austauschen, um einen intensiveren Erfahrungsaustausch anzuregen.

Wir werden uns schwerpunktmäßig mit Frauen in der Politik beschäftigen. Dabei werden wir in die Vergangenheit schauen und uns mit mutigen und erfolgreichen Politikerinnen beschäftigen. Aber auch in die Zukunft in Hinblick auf die Kommunalwahl, denn wir jungen Frauen sind die Zukunft der Politik. Denn wer die menschliche Gesellschaft will – muss die männliche überwinden!

Projekt Bildung

In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland sollte Bildung ein kostbares Gut sein, sie sollte geprägt von der Entwicklung und Freiheit des einzelnen geprägt sein. Für uns gilt, dass Bildung, ausgehend vom Menschen, dass allen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zur Verfügung stehen muss. Bildung und Bildungszugänge dürfen nicht an Geld gebunden sein. Aber bereits im Grundschulalter wird selektiert und man fördert ein Gegeneinander als ein miteinander. Deshalb soll sich innerhalb des Projektes schwerpunktmäßig damit beschäftigt werden, wie ein gutes linkes Leben auch innerhalb des deutschen Bildungssystems etabliert werden kann. Dabei werden wir folgende Aspekte betrachten:

* zu Beginn wird eine Übersichtsveranstaltung zu dem deutschen Bildungssystem angeboten werden, mit der die Grundlagen für weitere Veranstaltungen gelegt werden soll.

- Die einzelnen Bildungsstationen und Bildungshürden sollen betrachtet werden und strittige Punkte wie z.B. der Übergang von Kindergarten in die Grundschule, Schullaufbahneempfehlungen und Bildungsgänge (z.B. Ausbildung, Studium) oder das Sitzen bleiben genauer beleuchtet und diskutiert werden.
- Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Lebenswegen soll kritisch untersucht werden.

35 Projekt Arbeit, Wirtschaft, Soziales (AWS)

Das Projekt AWS beschäftigt sich mit einer grundlegenden Analyse der Vermögensverteilung in Deutschland und Europa, wobei auch auf die Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftens eingegangen wird. Außerdem werden die Folgen dieser Vermögensverteilungen sowie des kapitalistischen Wirtschaftens anhand verschiedener gesellschaftlicher Bereiche (z.B. Einkommensverteilung, Geschlechterverhältnis, Bildungschancen) analysiert. Abschließend werden Maßnahmen zur Umgestaltung der Vermögensverteilung diskutiert.

Projekt Internationales: "Was ist Europa? - Was soll Europa sein?"

Europa prägt unser Leben immer mehr. Nicht nur wenn wir reisen, sondern auch unseren Alltag. Aber was ist Europa überhaupt genau? Europa ist für viele ein schwammiger Begriff. Und diesen gilt es von links zu gestalten. Als internationalistischer Richtungsverband ist es selbstverständlich, dass wir uns mit diesem Thema und vor allem dem Thema "Gemeinsames Europa" auseinandersetzen. Handlungsbedarf besteht hier vor allem, weil Europa momentan ein neoliberaler Markt ist.

Wir wollen kein Europa der Märkte, sondern ein Europa der Menschen, weg von einer reinen Handelsunion, hin zu einer echten Solidargemeinschaft. Deswegen wollen wir uns im Projekt Internationales im nächsten Jahr vor allem mit der Frage "Was ist Europa? - Was soll Europa sein?" auseinandersetzen. Dabei wollen wir auf verschiedene Punkte eingehen. Zunächst wird es um das Thema europäische Identität gehen. Hier wollen wir uns mit den Merkmalen dieser sowie den Vorteilen und Chancen die Europa den Menschen bietet beschäftigen. Außerdem steht die Frage im Raum, wie man eine europäische Identität schaffen und stärken kann und wie man den Menschen Ängste nehmen und Vorteile aufzeigen kann. Weiterhin wollen wir uns mit den ungleichen Lebenschancen und Standards in Europa beschäftigen und uns dabei auch verschiedene Gesundheits- und Sozialsysteme angucken und vergleichen.

Projekt Staatskritik

Bürgerliche Geschichtsschreibung hat es an sich, viele in der Vergangenheit entstandenen Konstrukte als natürlich darzustellen. Linken Organisationen gelingt es hierbei sehr oft, diese als gegeben angesehenen Verhältnisse in fast allen inhaltlichen Politikfeldern als von Menschen gemacht und damit überwindbar zu entlarven. Nur bei zwei Themengebieten tun sich viele linke Organisationen sehr schwer – beim Thema der Erwerbsgesellschaft und beim Staat. Auch die Jusos sind nicht von diesem Defizit befreit.

Um diese Lücke zu schließen, werden wir im Rahmen des Projekts Staatskritik der Frage nachgehen, ob der linke Reflex, sehr schnell nach einem starken Sozialstaat zu rufen, ausreichend ist, um die strukturell bedingten Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft zu beseitigen. Dazu werden wir uns unter anderem mit verschiedenen Staatstheoretikern auseinandersetzen. Darüber hinaus wollen wir Fehler aus der Vergangenheit aufarbeiten, die im Zuge von linken Revolutionen hervorgegangen sind. Nur wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit die notwendigen Lehren zu ziehen, können wir uns dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft weiter annähern. Wir freuen uns auf eine tolle Zusammenarbeit und neue Erkenntnisse.

Projekt Inneres

Wir wollen uns mit innenpolitischen Themen beschäftigen, die unseren Alltag in vielerlei Hinsicht bestimmen und dabei neue Konzepte und Ideen entwickeln. In vielen Bereichen der Innenpolitik beklagen sich viele über eine unzufriedene Stellung seitens einer administrativen staatlichen Instanz im Verhältnis zu den Menschen. Als Kritikpunkt wird dabei oft das Verhalten, die Anonymität und Intransparenz der Polizei und Geheimdienste genannt. Auch Sicherheit und Überwachung sind Themenfelder die zuletzt für viel Zündstoff gesorgt haben. Wir sehen oft keine Verhältnismäßigkeit mehr gegeben. Unser Ziel ist es mögliche Formen der Unterdrückung und Überwachung

anzuprangern und konstruktive Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Ein möglicher Themenbereich ist dabei der Umgang des Bundes, wie der Länder, mit Fußballfans. Die Länder beklagen oft, dass sie die Kosten für zu hohe Polizeieinsätze allein zu tragen haben und viele Fans sehen sich einer überzogener Repression ausgesetzt und auch als Opfer der Polizei. 5Mittlerweile gibt es Ansätze das Polizeiaufgebot bei Fußballspielen zu reduzieren. Dieses Konzept ging bisher auf und erweist sich als richtiger Weg. Wir wollen weiter Methoden erarbeiten dem Großteil friedlicher Fußballfans ihr Hobby mit einem

Mindestmaß an Sanktionen und Repressionen ermöglichen zu können. Eine weitere interessante Idee der wir nachkommen wollen ist der Versuch einer soziologischen 10Untersuchung von Wählerverhalten zwischen verschiedenen Einkommensschichten und unterschiedlichen Wohnorten. Unser Ziel ist es daraus Rückschlüsse für unsere Jusoarbeit zu gewinnen. In welchen Bereichen der Gesellschaft finden Jungsozialistische Positionen am ehesten Gehör? Welche Bevölkerungsschichten vernachlässigen wir eventuell und wo gibt es Nachholbedarf? Hat das soziale Umfeld Einfluss auf die politische Orientierung und welche 15Faktoren spielen dabei eine Rolle? Diesen Fragen wollen wir nachgehen und damit den Grundstein für effektiveren Wahlkampf und Mitgliederwerbung legen.

Projekt Kampf gegen Rechts

Im Projekt Kampf gegen Rechts wollen wir uns nach einer Kritik an der einseitigen und verkürzten 20Sicht auf rechte Strukturen (2013) und dem Rechtsruck innerhalb der EU (2014) jetzt mit dem Thema Asylpolitik beschäftigen. Aus einigen Unterbezirken kamen dabei sehr gute Impulse die wir bündeln und weiterführen wollen. Unser Fokus soll dabei zum einen in der Theorie die organisatorischen Rahmenbedingungen untersuchen und herausstellen, die für dieses große Leid verantwortlich sind - dazu gehören europäische Schranken, die bewusst eine weitere Zunahme von 25Flüchtlern verhindern wollen, wie auch mangelnde Solidarität der EU-Staaten untereinander bei der Bewältigung der Aufnahme vieler Flüchtlinge, wie auch eine teils latent bis offen rassistische, menschenfeindliche und sehr restriktive Verhinderungspolitik auf Bundes- und Landesebene und die schon direkt offen rassistische Gegenwehr sog. Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime bis hin zu rechtsradikalen Gruppen die unverblümt gegen die Menschen agitieren, die am untersten Rand 30der Gesellschaft stehen und bereits viel Leid im Leben erfahren mussten.

Auf der anderen Seite wollen wir auch praxisorientiert arbeiten. Oft werden Flüchtlinge in Großstädten bewusst isoliert. Von einer gemeinsamen Interaktion und einem kulturellen Austausch würden beide Seiten profitieren. Das Projekt setzt sich zum Ziel Ansätze zu erarbeiten die Flüchtlinge aus der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig – Kralenriede besser in die 35Gesellschaft zu integrieren und ihnen Hilfestellung geben zu können. Wir erhoffen uns dadurch nicht nur eine bessere Integration der Flüchtlinge, sondern auch durch den Kontakt den Abbau von Vorurteilen. Auch werden wir Kontakt zu anderen progressiven Jugendgruppen aufnehmen um in einer Kooperation mehr für die hier ansässigen Flüchtlinge erreichen und etwas gegen die Hetze der Rechtsradikalen tun zu können.

Nahostreise

2015

Gemeinsam mit den Jusos aus der Landesorganisation Bremen wollen wir im Jahr 2015 in den Nahen Osten reisen. Dabei wollen wir mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Palästina/Israel uns über jungendliches Engagement, Geschichte und Struktur des Nahostkonfliktes sowie seine Auswirkungen auf das alltägliche Leben austauschen. Dies soll neben der Motivation für Jugendarbeit sowie der Stärkung der Partizipation an politischen und gesellschaftlichen Prozessen auch der Völkerverständigung dienen.

Gedenkstättenfahrt

2015

Wir wollen zahlreich an der Gedenkstättenfahrt des Bundesverbandes sowie der Bündnispartnerinnen nach Auschwitz im Juni 2015 teilnehmen. Dort wollen wir uns vor dem Hintergrund des siebzigjährigen Jahrestages der Befreiung des Lagers Auschwitz-Birkenau uns mit der Geschichte und Rezeption des Holocaustes beschäftigen.

Konferenzvorbereitungen;

Vor wichtigen Konferenzen und Parteitagen werden wir als Jusos uns als Delegation treffen um Verhalten und Verhandlungsführung auf der Konferenz zu besprechen.

Unterstützung der Unterbezirke

Gemeinsam mit den Jusos vor Ort wollen wir die Unterbezirke organisatorisch in ihrer Arbeit unterstützen. Deswegen werden wir nach Rücksprache mit ihnen gezielt Kernkompetenzen der Juso-Arbeit vermitteln. Dabei sollen unter anderem folgende Aufgabenfelder behandelt werden: Zeitmanagement und Terminplanung, Konfliktmanagement, Anforderungen des Verbandsalltages wie Sitzungsleitung, Konferenzdurchführungen, Satzungen, Öffentlichkeitsarbeit, Mitgliederwerbung sowie Gleichstellung als Querschnittsthema.

Verbandswerkstatt „Morgen links leben“An der Verbandswerkstatt zur Erarbeitung des linken Gesellschaftsentwurfes werden wir uns zahlreich sowie aktiv beteiligen.

25YES-Sommercamp 2015

Sofern der Wunsch unserer Aktiven besteht, werden wir auch das YES-Sommercamp besuchen

AntragsstellerInnen: BeVo

A 2: Frauen braucht der Verband!- Gleichstellungsarbeitsprogramm 2014/2015

Einleitung

Die Gleichstellung von Mann und Frau wurde auch 2014 noch nicht erreicht. Sie kann nur von uns allen gemeinsam erreicht werden. Deshalb soll das Gleichstellungsarbeitsprogramm Männer und Frauen gleichzeitig ansprechen. Wir möchten damit alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten erreichen und für das Thema Gender sensibilisieren.

Als feministischer Richtungsverband ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, aktiv um die Gleichstellung von Männern und Frauen **zu kämpfen**.

10Die Jusos im Bezirk Braunschweig machen sich zur Aufgabe diese Gleichstellung aktiv zu Leben und dieses Gleichstellungsarbeitsprogramm mit vollem Einsatz in die Tat umzusetzen. Sexismus, sexuelle Belästigung und Diskriminierung werden bei uns nicht geduldet! Wir wollen ein freundliches, offenes und faires Miteinander. Jeder und Jede ist dazu aufgefordert auf sein und das Verhalten seiner Mitmenschen zu achten, um eine gute Arbeitsatmosphäre herzustellen, in der sich
15niemand unwohl oder benachteiligt fühlt.

Familienbilder/ Rollenbilder

Mädchen spielen mit Puppen und Jungs mit Autos. Mädchen mögen rosa und Jungen weinen nicht. Die meisten Menschen haben immer noch diese typischen Verhaltensweisen im Kopf, wenn sie an Jungen oder Mädchen denken.

20An Frauen wird ständig die Erwartung des Perfektionismus gestellt, sie sollen einen guten Job machen, sich perfekt um die Kinder kümmern und dann auch noch perfekt aussehen und die perfekte Geliebte sein. Dieses Rollenbild wird ihnen ständig durch die Medien und diskriminierenden Sendungen wie „Germanys next Topmodell“ eingeimpft. Vor dieser Herausforderung schrecken viele Frauen zurück und verzichten trotz der besseren
25Bildungsabschlüsse auf die Karriere und nehmen starke Lohn- und Renteneinbußen in Kauf.

Ein solches Schönheitsideal führt zur Beklemmung von Frauen und zu verstärkten Krankheiten wie Magersucht. Auch die Werbung konstruiert dieses Bild einer "perfekten", "schönen" und vor allem schlanken Frau. So wird den Frauen eingeredet, sie müssten alles dafür tun, um perfekt auszusehen.

Alltag

30Besonders im Alltag sind Frauen immer noch strukturell benachteiligt und haben mit diesen aufkonstruierten Rollenbildern zu kämpfen. So wird man als Frau oft schief angeschaut, wenn man statt eines Wassers ein Bier bestellt und ist als Frau, die einen Männerberuf, wie zum Beispiel KFZ-Mechaniker/in ausübt immer noch etwas Besonderes. In solchen männerdominierten Berufen haben es viele Frauen besonders schwer sich gegen ihre Kollegen durchzusetzen und sich Respekt zu
35verschaffen. Auch in der Schule wird Mädchen oft eingeredet, sie könnten beispielsweise kein Mathe, müssten dafür aber in Fächern wie Deutsch oder Kunst besonders gut sein. Jungen bekommen dafür oft wesentlich bessere Noten im Sportunterricht.

Ein weiteres Problem ist, dass Frauen viel öfter als Männer rein auf ihren Körper reduziert werden. Sie werden oft nicht ernstgenommen und müssen die unangebrachten Kommentare von Männern im Büro, auf der Straße oder im Sportverein ertragen. Anzügliche Bemerkungen, "zufällige" Berührungen und eindeutige Aufforderungen sind keine Seltenheit.

5Gleichzeitig darf Frau sich nicht mit beliebig vielen Männern einlassen anders als die Männer. Hier gelten Frauen als Trophäen, während Frauen, die sich außerhalb einer Beziehung mit Männern vergnügen, gleich mit einem bestimmten Ruf zu kämpfen haben. Hier werden völlig unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe angesetzt.

Deutlich wird das Rollenbild auch, wenn man so genannte "Männerportionen" und
10"Frauenportionen" in Kantinen oder auch in privaten Esszimmern vorfindet. Es wird automatisch davon ausgegangen, dass Männer per se mehr Hunger haben als Frauen und demnach auch mehr Essen müssten. Genauso wie oft automatisch davon ausgegangen wird Männer seien stärker als Frauen und man müsste den Frauen bei allen erdenklichen Tätigkeiten helfen.

Beruf und Karriere

15Seit der Jahrtausendwende kommt es zu einem kontinuierlichen Anstieg der Erwerbsquote von Frauen. Dieser Anstieg ist aber allein nur auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zurück zu führen, denn es sind insbesondere Frauen von Minijobs, Teilzeitarbeit und Befristung betroffen. Etwa doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten in diesen a typischen Arbeitsverhältnissen.

Wenn man die Teilzeitbeschäftigungsquote der Männer auf 100 setzen würde, läge die Quote der
20Frauen in Niedersachsen im Durchschnitt bei 66,9. Diese Zahlen verdeutlichen wie stark das Ernährermodell mit Hinzuverdienst der Frau in der Gesellschaft verankert ist, genauso wie die überwiegende interfamiliäre Verantwortung der Frau. Ebenso deutlich zeigt sich das Verhältnis bei den Minijobs, dort liegt es bei 100: 56,2.

Ein weiteres Indiz für starke Beanspruchung der Frau in der Erziehung ist die nur 20%-ige
25Vaterbeteiligung bei der Inanspruchnahme von Elterngeld. Diese zeitliche Einschränkung hat zur Folge, dass Frauen geringere Aufstiegs- und Karrierechancen haben und stark von Existenzängsten sowie Altersarmut bedroht sind.

Die Bezahlung von Frauen liegt etwa ein Viertel unter dem der Männer (Gender Pay Gap).

Die Gender Pay Gap lässt sich durch einige Faktoren erklären: Unterschiedliche Berufswahl,
30Zuverdienstberufe, diskontinuierliche Berufsverläufe, Gläserne Decke. Verdeutlichen lässt sich dies an dem Frauenanteil in den Spitzenpositionen der Verwaltung, der durchschnittlich bei nur 8,3% liegt und bei den obersten Landesbehörden bei 20,3%.

Man muss Frauen stärker ermutigen auch Berufe aus dem technischen Bereich zu wählen, hier liegt der Frauenanteil aber nur bei durchschnittlich 10,5%, dies deutet auf ein immer noch
35geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten hin.

Partei und Jusos

Frauen sind in der SPD und auch bei den Jusos massiv unterrepräsentiert. Dies trifft besonders auf jüngere Frauen zu. In der niedersächsischen SPD stellt sich der Frauenanteil in % beispielsweise wie folgt dar:

5Niedersachsen (gesamt): Braunschweig Hannover Weser-Ems Nord-Nds.

2013: 30,46	29,83	30,72	30,38	30,61
2012: 30,19	29,26 3	0,51	30,47	30,16
2011: 30,03	29,12	30,42	30,16.	29,95

Viele Frauen fühlen sich vom Erscheinungsbild der Partei als geschlossener Kreis von Männern, 10der sich in Hinterzimmern trifft und nach dem offiziellen Teil die wichtigen Sachen „ausklüngelt“, abgeschreckt. Auch diejenigen, die sich trotzdem in die Partei "wagen", werden oftmals bei ihrem ersten Besuch im Ortsverein nicht gerade ermutigt, wiederzukommen und mitzuarbeiten. Zudem fehlen hier auch insbesondere die weiblichen Identifikationsfiguren vor Ort, da die Ortsvereine und Unterbezirke oft von Männern dominiert sind. Vermehrt haben Frauen das Gefühl, nicht ernst 15genommen und auf Themen wie Familien oder Gleichstellungspolitik reduziert zu werden.

Trotz der Quotenregelung sind viele Vorstände in der Partei, besonders in den unteren Ebenen, nicht quotiert besetzt, was oftmals auch daraus resultiert, das nur wenig Frauen aktiv im Ortsverein, UB etc. mitarbeiten. Hier müssen wir als Jusos aktiv auf Missstände aufmerksam machen und für Gerechtigkeit bei der Besetzung von Vorständen und der Aufstellung von Listen kämpfen! 20Besonders die männlichen Genossen sind aufgefordert, ihre Genossinnen aktiv zu unterstützen und ihnen in Diskussionen zur Seite zu stehen.

Darüber hinaus klagen einige junge Genossinnen über die sehr männlich geprägten Machtstrukturen innerhalb der SPD, aber auch bei den Jusos, die Frauen nach ihrer Wahrnehmung Aufstiegsmöglichkeiten versperren. Häufig entsteht der Eindruck, dass Genossen in Funktion 25andere, vor allem junge Männer um sich scharen, um sich ihre Machtposition zu sichern.

Diese werden dann konsequenterweise auch bei der Neuverteilung von Posten zuerst berücksichtigt und wesentlich mehr gefördert. Frauen gehen hier oft leer aus. Eine männlich geprägten Debattenkultur wirkt, gerade für Neumitglieder, oft einschüchternd und abschreckend.

Hier gilt es anzusetzen und dafür zu Sorgen, dass die ehrenamtliche Arbeit in der Partei und vor 30allem die bei den Jusos an Attraktivität gewinnt. Frauen müssen besonders gefördert und vor allem auch bei der Vergabe von Posten stärker berücksichtigt werden. Es muss in erster Linie dafür gesorgt werden, dass wir qualifizierte Frauen haben, die diese Aufgaben übernehmen können und wollen. Wir brauchen mehr als gut gemeinte Absichtserklärungen! Wir wollen dafür kämpfen, dass die Quote auch wirklich überall umgesetzt wird!

35Dies wirkt sich zugleich überaus positiv auf die Außendarstellung aus und spricht junge WählerInnen an, die sich mit den FunktionsträgerInnen identifizieren können. Frauen wählen

nachweislich eher Frauen und Jugendliche überwiegend jüngere Kandidaten. Außerdem würden gerade junge Frauen einen Eintritt in die SPD viel eher in Erwägung ziehen, wenn diese ein moderneres und weiblicheres Erscheinungsbild bekommt.

Wir alle müssen daher die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen bei uns engagieren wollen!

Wir müssen dafür sorgen, dass sie von Anfang an unterstützt werden, so dass sie später auch Aufgaben übernehmen können! Sonst geht uns viel Potenzial verloren, sowohl bei den WählerInnen, als auch in den eigenen Reihen verloren!

Frauen in kommunalen Mandaten

10Einer der häufigsten Gradmesser für die Gleichstellung ist die Repräsentanz von Frauen in Führungs- aber auch Entscheidungsfunktionen. Dies wird auf allen Ebenen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Gesellschaft deutlich.

Die EU sieht einen Frauenanteil von 30% als „kritische Maße“ für eine wirksame Einflussnahme von Frauen an. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fordern aber eine paritätische Besetzung, 15denn Frauen stellen auch 50% der Gesellschaft dar.

Trotz der bereits getätigten Erfolge in der Gleichstellung sind die Lebensentwürfe von Frauen und Männern immer noch sehr unterschiedlich, Frauen arbeiten mehr in Teilzeit, werden schlechter bezahlt, sie leisten den weitaus größeren Anteil in der Erziehung und Pflege und sind in politischen Mandaten stark unterrepräsentiert.

202011 lag der Frauenanteil an der Gesamtzahl der kommunalen Vertretungen der MandatsträgerInnen in Niedersachsen bei nur 26,8%. In den Unterbezirken Salzgitter und Wolfenbüttel des Bezirks Braunschweig sogar bei unter 20%.

Aber auch bei den SpitzenpolitikerInnen liegt der Frauenanteil in den Landesparlamenten (2011) nur bei 32,3% und der Anteil der RegierungschefInnen und MinisterInnen bertug ebenfalls nur 2533,5%.

Wir müssen mehr Unterstützung für die Frauen bieten, die sich politisch aufstellen lassen wollen und ihnen durch erfahrene MandatsträgerInnen den Weg ebnen.

Arbeit im Bezirk und darüber hinaus...

Gleichstellung können wir nur erreichen, wenn Männer und Frauen gemeinsam kämpfen. Aus 30diesem Grund soll die Bildungsarbeit in Sachen Gleichstellungspolitik über das Juso-Frauenforum hinaus alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten erreichen und sie sensibilisieren. Neben dem Gleichstellungsprojekt ist die Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand eine weitere Säule unserer Arbeit. Hier wollen wir auch im nächsten Jahr wieder aktiv diskutieren und auf Missstände, die es auch im Juso-Verband leider immer noch gibt, aufmerksam machen. Außerdem wollen wir die 35Frauen im Bezirk besonders stärken und fördern. Gerade in den Unterbezirken wird der Mangel an

Frauen in der Politik deutlich. Wir werden unsere Erfahrungen und Erkenntnisse zur Verfügung stellen und den Unterbezirken auf Anfrage mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Zudem wollen wir uns an allen gleichstellungspolitischen Diskussionen im Bundesverband beteiligen und nach Möglichkeit an Seminaren und Aktionen, über die Grenzen des Bezirks hinaus, teilnehmen.

Ein offenes Ohr bieten

Alle Frauen sind unterschiedlich aber trotzdem treffen sie alle auf immer wieder gleiche und schwere Situationen. Wir wollen daher ein offenes Ohr bei Problemen bieten und vertrauensvolle Problemlösungen anbieten.

10 *Zusammenarbeit mit der ASF*

Auch in der SPD selbst muss die Gleichstellung vorangetrieben werden, dies können wir nachdrücklicher mit der ASF gemeinsam. Daher wollen wir verstärkt mit der ASF zusammenarbeiten und vermehrt Veranstaltungen mit der ASF planen.

Außendarstellung

15 Gerade bei öffentlichen Veranstaltungen aller Gliederungen der SPD müssen Frauen offensichtlich vertreten sein – auch als Akteurinnen. Hier wollen wir Jusos mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir für Grußworte und Referate explizit Frauen einladen.

In Publikationen der Partei (Druckerzeugnisse, Internet, Pressearbeit usw.) müssen beide Geschlechter angemessen vertreten sein. Damit deutlich wird, dass wir Frauen und Männer
20 gleichermaßen ansprechen wollen, müssen unsere Texte konsequent eine geschlechtsneutrale Sprache aufweisen!

Um ein noch deutlicheres Zeichen zu setzen, wird es eine eigenständige Mitgliederwerbekampagne in Zusammenarbeit mit dem Mitgliederwerbekampagne-Projekt geben, die sich speziell an Frauen richtet.

25 *Veranstaltungen*

Es ist eine Veranstaltung zum Thema "Auch Frauen können Politik" geplant. Diese wird vom Mitgliederwerbeprojekt veranstaltet und richtet sich in erster Linie an junge Frauen im Bezirk, die Interesse an Politik haben. Gerne sind hier auch erfahrene Juso-Frauen gesehen. Es werden Referentinnen aus verschiedenen politischen Gremien und Bereichen eingeladen (MdL's, MdB's,
30 Bürgermeisterinnen, Ratsfrauen o.ä.), die von ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen in der Partei berichten.

Des Weiteren bekommen die jungen Frauen Tipps, zum Beispiel wie sie sich in männerdominierten Diskussionen verhalten sollen. Ziel der Veranstaltung ist es, junge Frauen zu politischem

Engagement zu motivieren, ihnen zu zeigen was sie schaffen können und gezielt für die Jusos zu werben. Hier ist es ebenso wichtig den Frauen die Angst vor den männlich geprägten Machtstrukturen in der Partei zu nehmen und sie gezielt auf die Arbeit in den Ortsvereinen vorzubereiten. Außerdem dient die Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch, sowie dem gegenseitigen Kontakte knüpfen, gerade Neumitglieder oder Interessierte können hier gezielt Kontakte herstellen und Ansprechpartner finden.

AntragsstellerInnen: BeVo

AWS 1: Jugendarbeitslosigkeit europäisch bekämpfen

Als sozialistischer Jugendverband sind wir der Vision einer freien, gleichgestellten und gerechten Gesellschaft, dem demokratischen Sozialismus, verschrieben. Dieser demokratische Sozialismus wird auf marxistischen Analysen und Modellen aufbauen, konkret wird der demokratische Sozialismus das Resultat eines vollständigen Systemwechsels sein.

Der Kapitalismus ist sowohl die global dominierende Wirtschafts-, als auch die global dominierende Gesellschaftsformation. Die Wirtschaftsverhältnisse sind die Basis der kapitalistischen Gesellschaft. Vom Menschen geschaffene Ideen und Konzepte, wie zum Beispiel der Staat, die Kultur und der Glaube, bauen alle auf den grundlegenden Wirtschaftsverhältnissen auf. (Basis-Überbau-Modell)

Ausbeutung, Krisen und Unterdrückung sind im Kapitalismus systemimmanent, sie können innerhalb des Kapitalismus abgefedert, aber nicht verhindert werden.

Genau diesen Ansatz greift die keynesianischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auf. Sie versucht die Ausbeutung, Krisen und Unterdrückung durch gezielte Maßnahmen so gering bzw. so schwach wie möglich zu halten.

Die zentrale Rolle in der keynesianischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik spielt der, weiterhin kapitalistische, Staat.

Nur durch staatlich garantierte Arbeitsschutzregeln und vor allem staatliche soziale Absicherung wie Arbeitslosenhilfe, Rente sowie Kranken- und Rentenversicherung kann die kapitalistische Ausbeutung beschränkt werden. Die Wirtschaft muss innerhalb von, vom Staat festgelegten, Grenzen agieren. Wie eng diese Grenzen seien müssen sei dahingestellt.

Nur durch wirtschaftliche Nachfrage, die in Krisenzeiten vom Staat angekurbelt werden muss, können Krisen abgefedert werden. Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik besteht aus Maßnahmen wie zum Beispiel staatlichen Investitionsprogrammen, die Erhöhung oder Neueinführung von Subventionen, steuerpolitische Maßnahmen, wie die Entlastung der VerbraucherInnen, sowie die Erhöhung der Staatsausgaben im Allgemeinen.

Und nur durch partizipationssichernde Maßnahmen, allem voran die Stärkung und Einigung der Gewerkschaften, die Demokratisierung der Wirtschaft, letztendlich allgemein die Demokratisierung aller Lebensbereiche, kann die kapitalistische Unterdrückung wirksam abfedern.

Mit keynesianischer Politik kann man staatlich gesteuert gerechter verteilen: Verteilen zwischen Arm und Reich und Verteilen zwischen Frau und Mann.

Keynesianische Politik will den Kapitalismus nicht überwinden oder abschaffen, sie will ihn verbessern.

Das stellt uns Jusos vor ein Problem: Wir wollen den Kapitalismus überwinden!

Wir müssen beides tun: Kapitalismus überwinden und Kapitalismus verbessern!

Also warum konkret Keynes und langfristig Marx?

Langfristig ist unser Ziel, unsere Vision, klar: Der demokratische Sozialismus. Wie dieser genau aussieht wissen wir nicht, der ideale Gesellschaftsentwurf lässt sich nicht am Reißbrett planen!

Marxistische Analyse hilft uns beim Verstehen, Erklären und Lösen aktueller Probleme. Gleichzeitig lässt uns marxistische Analyse unsere Herkunft und unsere Vision vergessen!

Konkret ist gerade unsere Herkunft ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste, Grund keynesianische Wirtschaftspolitik zu gestalten und konkrete keynesianische Politik in die Partei und die Öffentlichkeit zu tragen. Die Sozialdemokratie hat immer für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, für Freiheit, Gleichheit und Solidarität, gekämpft. Als sozialistischer Jugendverband ist es selbstverständlich, dass wir für konkrete Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Menschen, ob ArbeiterInnen oder nicht, kämpfen.

Es besteht die Möglichkeit, dass der Kapitalismus ohne staatliche Interventionen schon untergegangen wäre.

Es besteht die Möglichkeit, dass keynesianische nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik den Kapitalismus künstlich am Leben erhält, aber zum Wohle der Menschen ist dies ein Risiko, dass aus einem sozialistischen Selbstverständnis heraus eingegangen werden muss!

Eine verlorene Generation

Zu den dramatischsten Folgen der Finanzkrise zählt mir Sicherheit die gravierende Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Millionen von jungen EuropäerInnen finden keine Arbeit. Gezählt werden über 5 Millionen Jugendarbeitslose, die weder Ausbildung noch Arbeit finden. Ein großer Teil der europäischen Jugend arbeitet jedoch in Praktika, Werkverträgen oder anderen Warteschleifen ihres Lebens, in der Hoffnung irgendwann gute Arbeit zu finden.

Besonders dramatisch ist die Lage in Südeuropa. Hielten sich vor fünf Jahren die Arbeitslosenkennzahlen in Nord- und Südeuropa noch die Waage, so liegt die Arbeitslosenquote im Süden heute 7,5 Prozentpunkte höher als im Norden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist auf einem katastrophalen Niveau. Gerade in Spanien, Griechenland und Kroatien, wo mehr als jeder zweite junge Mensch ohne Arbeit ist, empfinden immer mehr Menschen ihre Lage als Perspektivlos. Nicht viel besser bestellt ist es um die Jugend in Italien, Zypern, Portugal und der Slowakei. Hier herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von 30% und mehr.

Oftmals sind diese Menschen gut ausgebildet und motiviert ins Erwerbsleben einzusteigen. Diese Chance ihr Leben zu gestalten wird ihnen jedoch verwehrt. Diese Lage ist nicht nur bedauerlich für die Betroffenen, sondern auch politisch gefährlich. In Europa droht eine verlorene Generation heranzuwachsen, die Europa als eine Institution auffasst, die ihre Möglichkeiten ein gutes Leben zu führen behindert statt sie zu fördern. Der Siegeszug rechter Parteien bei der Europawahl zeigt leider nicht nur eine Europaskepsis der Bevölkerung auf, sondern offenbart breite Europafeindlichkeit in fast allen Ländern der EU.

Ohne Arbeit fehlt der Jugend Europas eine Perspektive. Solange Europa für Austeritätspolitik steht ist es nicht auszuschließen, dass in Europa wieder nationale Irrwege eingeschlagen werden, statt gemeinsam eine soziale Europäische Union aufzubauen.

35 Die Jugend formt Europa

In welche Zukunft Europa geht hängt vor allem von der langfristigen Einstellung einer jeden Generation zur Union ab. Gerade als Jusos ist es uns besonders wichtig in der Jugend Europas für den europäischen Gedanken zu streiten. Die Folgen der Verarmung der jungen Europäer sind nicht nur auf den Aufstieg rechter Parteien begrenzt. Dieser Fakt würde schon ausreichen einen Kampf zu führen, die Lage stellt sich aber noch dramatischer dar.

Arbeit bietet auch immer die Chance zur Partizipation innerhalb einer Gesellschaft. Man kann die Lebensumstände seiner Umwelt direkt mitbestimmen. Wem diese Möglichkeit verwehrt ist kann und wird sich auch viel weniger in die Gesellschaft einbringen. Gerade gewerkschaftliche Organisation der Bevölkerung stellt ein wichtiges Gegengewicht zu Arbeitgeberverbänden dar, die einen anderen Gesellschaftsentwurf und damit eine andere Macht- und Vermögensverteilung als Gewerkschaften anstreben. Schließt man nun einen eklatanten Teil der Jugend von dieser Beteiligungsform aus, so werden sich auch Macht- und Verteilungsfragen zu ihren Ungunsten

entwickeln. Dies ist neben den erstarkten rechten Parteien das zweite Demokratieproblem, dass die Krise mit sich bringt.

Zudem führt eine solch hohe Arbeitslosigkeit zu einer sich weiter ausbreitenden Überindividualisierung der Gesellschaft. Die Egoismen nehmen zu, die Ellenbogen werden rausgefahren. Die Konkurrenz um jeden noch so schlecht bezahlten Arbeitsplatz wird größer und somit auch die Bereitschaft solidarisch und fair miteinander umzugehen. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf das Arbeitsleben jedes Einzelnen, sondern spiegelt sich auch in einer gesamtgesellschaftlich niedrigeren Solidarität mit Anderen wieder. Zudem entwickelt sich bei großem Angebot an Arbeitskräften eine Lohnspirale nach unten. Je mehr Arbeitnehmer/Innen sich auf einen Job bewerben, desto weniger muss ein Arbeitgeber für diese Arbeit bezahlen, weil die potenziellen Arbeitnehmer, angesichts der Konkurrenz, einem Lohndruck nach unten ausgesetzt sind. Dieses Phänomen ist nicht nur sozialpolitisch fatal, weil dadurch gerade diejenigen unter einer hohen Arbeitslosigkeit leiden, die am wenigsten für die ausgebrochene Krise können, sondern auch aus makropolitischen Sicht.

Die Europäer/Innen handeln, trotz allem Export, vor allem immer noch mit sich selbst. Das bedeutet, dass die Binnennachfrage Europas für die Europäische Konjunktur immens wichtig ist. Wenn nun die Löhne sinken, werden sich auch die Ausgaben verringern, was dramatische Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und damit auf den Weg heraus aus der Krise hat. Folge ist die Verarmung weiter Teile der jetzigen Jugend und somit einer ganzen Generation. Eine Lebens- und Familienplanung kann kaum stattfinden, wenn ein großer Teil der Mittdreißiger noch bei ihren Eltern lebt und auch keine ernst zu nehmende Alternative dazu hat. Es ist nicht auszuschließen, dass „Generationenkonflikte“ auftreten. Die Legende von den Generationen die sich gegeneinander ausspielen lassen stammt von den politischen Konservativen dringt aber immer mehr durch die gesamte Gesellschaft. Unter der Prämisse, dass die Hälfte der jungen Erwachsenen keine Arbeit findet und trotzdem Renten etc. mitfinanziert ist es nicht unwahrscheinlich, dass viele der einfachen Logik „Alt gegen Jung“ auf den Leim gehen werden und somit dieser Konflikt Wirklichkeit wird. Für uns Jusos muss klar sein, dass der eigentliche Konflikt nicht zwischen Alt und Jung ausgetragen wird, sondern zwischen Arm und Reich und das in jeder Altersklasse.

Austeritätspolitik beenden

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten regieren auf die Problematik der Finanzkrise und der auch daraus resultierenden Jugendarbeitslosigkeit leider sehr einseitig marktgläubig. Die Doktrin der Neoliberalen setzt sich leider in Europa durch. Der Sozialstaat wird zurück gefahren, die Wirtschaftspolitik ist rein Angebotsorientiert und die öffentliche Daseinsvorsorge wird weitestgehend privatisiert.

Offensichtlich hängt die europäische Wirtschaftspolitik bis heute dem Glauben an Staaten könnten sich „gesund schrumpfen“. Die Löhne müssten nur so weit sinken, dass ein Land wieder international wettbewerbsfähig ist, dass viele Probleme nicht an den Lohnkosten, sondern an ineffizienter Verwaltung etc. hängen wird leider zumeist ignoriert.

Die radikale Senkung von Renten, Gehältern im Staatsdienst und Sozialleistungen führt folgerichtig zur Verarmung einer Gesellschaft. In den letzten fünf Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt von Griechenland um ca. 5% pro Jahr geschrumpft. Die Kosten dafür müssen Arbeitnehmer/Innen allein tragen, das Kalkül der europäischen Wirtschaftspolitik lässt sich auf die Parole „je weniger Lohn desto wettbewerbsfähiger“ zusammenschrumpfen. Gerade Länder wie Griechenland sind aber auf ihren Binnenkonsum angewiesen und verlieren extrem an Wohlstand durch diese Politik.

Letztendlich zeigt uns ein Blick in die eigene Geschichte wo hin es führt, wenn Staaten wie ein Unternehmen versucht werden gesundgespart zu werden. Spätestens seit Keynes weiß man, dass eine Staat antizyklisch handeln muss um sich aus einer Krise zu befreien, je mehr gespart wird desto größer wird der Schuldenberg. Diese Lehre aus der großen Depression hat die heutige europäische Politik nicht gezogen, das ist ihr vorzuwerfen!

Selbst vor einer Enddemokratisierung der Mitgliedsstaaten wird nicht halt gemacht. Das Beispiel Monti zeigt, dass aus Merkelscher Sicht jedes Mittel recht ist um ihre Politik durchzusetzen, sei es demokratisch oder nicht.

Die EuropäerInnen werden gegeneinander ausgespielt

5Das Fatale ist, dass der Rückbau an Sozialstaat und Demokratie meist nicht wieder zurückgeführt wird. Errungenschaften die einmal verloren sind werden üblicherweise nicht wieder neu eingeführt. Die Schuld an solchen Veränderungen wird zumeist Europa als Institution und den anderen EuropäerInnen gegeben. Somit geht nicht nur das Vertrauen in den europäischen Gedanken verloren, sondern auch die EuropäerInnen werden gegeneinander ausgespielt. Es erinnert an die
10Argumentation des „Generationenkonflikts“, nach dem Motto: „Die Nordeuropäer sind schuld daran das wir im Süden so arm sind“. So entsteht eine Konfliktlinie die von der eigentlichen ablenkt. Es sind eben nicht die Südeuropäer, die den Nordeuropäern auf der Tasche hängen und auch nicht die Nordeuropäer, die den Süden ausplündern, sondern es ist die europäische Normalbevölkerung in allen Ländern die dafür bezahlen müssen, dass sich einige wenige auf ihre
15Kosten bereichern.

Ein Konjunkturprogramm für Europa

Europa und vor allem die Jugend Europas braucht ein Konjunkturprogramm! Seit 2008 haben die EU Staaten 1.300 Milliarden Euro zur Rettung von Banken investiert, dieses Geld fehlt nun offensichtlich um die Lebenswirklichkeit der Menschen zu retten. Es braucht öffentliche Nachfrage
20und es braucht nachfrageanregende Programme. Der Bedarf ist gerade in der Infrastruktur unverkennbar vorhanden und könnte langfristige eine Basis für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas sicherstellen.

Was Europa gegenüber dem Rest der Welt auszeichnet ist der Sozialstaat. Sozialleistungen die einmal einer konjunkturellen Krise zum Opfer fallen werden meist nicht wieder eingeführt auch und
25gerade deswegen muss jungsozialistische Forderung sein den Sozialstaat zu verteidigen und auf ein breiteres Fundament zu stellen.

Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hände! Die Daseinsvorsorge existiert nicht zur Gewinnmaximierung, sondern erfüllt ihren Zweck durch ihre Existenz. Ein Schwimmbad braucht genauso wenig Gewinn abzuwerfen, wie öffentlicher Nahverkehr. Ein öffentlicher
30Beschäftigungssektor sichert langfristig gute Arbeit. Somit dient die öffentliche Daseinsvorsorge sowohl dem Zweck ein gutes Leben für möglichst alle zu ermöglichen und gleichzeitig schafft sie gute krisenfeste Arbeitsplätze.

Solidarität in Europa muss nicht immer finanzieller Natur sein. Es mutet leider so an, dass wenn in Europa von Strukturreformen gesprochen wird Kürzungen gemeint sind. Ineffizientes
35Verwaltungshandeln, Korruption, Steuervermeidung und Steuerverbrechen belasten alle Europäischen Staaten. In diesen Bereichen fordern wir Jusos eine größere Europäische Zusammenarbeit. Gerade der Steuervermeidung und den Steuerverbrechen könnte durch ein gemeinsames Handeln der Europäer Entgegengesteuert werden. Dies würde nicht nur mehr Fairness bedeuten, sondern auch die Einnahmehasis der Staaten radikal erhöhen.

40Zudem können solche Maßnahmen nicht allein durch Staatsschulden gegenfinanziert werden, daher muss der Staat seine Einnahmehasis erhöhen. Es braucht Steuererhöhungen um eine sozialere Gesellschaft aufzubauen. Die Jusos fordern seit Jahren die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung der Abgeltungssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Auch eine einmalige Vermögensabgabe lehnen wir nicht ab.

45Europäische arbeitnehmerInnenfreundliche sozialistische Wirtschaftspolitik

Wir brauchen ein jungsozialistisches Konzept für arbeitnehmerInnenfreundliche Wirtschaftspolitik. Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik mit hohem Lohnniveau auf Kosten der Unternehmen,

FinanzkapitalistInnen und Märkte.

Eine Wirtschaftspolitik, die von einem starken Staat gesteuert wird reguliert und gesteuert wird.

Ein starker Staat, der sich um die VerliererInnen des Systems kümmert, der die Bezeichnung Sozialstaat auch verdient.

5Wir brauchen eine Rückbesinnung und Fokussierung auf die Realwirtschaft. Die Realwirtschaft muss in Krisenzeiten mit Konjunkturprogrammen gestützt werden. Auch außerhalb von Krisen muss wirtschaftspolitisches Handeln sich an der Realwirtschaft und ihren Interessen und nicht an den Finanzmärkten und ihren Interessen orientieren. Es darf dabei nicht vergessen werden: Die Märkte haben eine dienende Funktion bzw müssen eine dienende Funktion haben. - Sie müssen den 10Menschen dienen!

Die Normalarbeitsverhältnisse müssen wiederhergestellt werden. Minijobs, unbegründete Befristungen und Teilzeitarbeit müssen eingedämmt werden. Die weit fortgeschrittene Prekarisierung der Erwerbsarbeit muss aufgehalten werden. Jeder Mensch der arbeiten will muss es auch können. Gleichzeitig muss die Entrechtung der ArbeiterInnen aufgehalten werden. Die 15Gewerkschaften müssen europaweit mehr Mitspracherechte bekommen und endlich wieder schlagkräftig werden. Gerade in Zeiten der Globalisierung muss es in multinationalen Großkonzernen, die aus Dutzenden Einzelunternehmen bestehen, gleich hohe ArbeiterInnenpartizipation, gleich hohen Arbeitsschutz und langfristig auch gleich hohe Sozialstandards für alle ArbeiterInnen geben, egal wo oder wie sie auf der Welt arbeiten.

20Auch die Unternehmensformen müssen demokratisiert werden. Wir brauchen mehr betriebliche Mitbestimmung und eine Förderung von alternativen Unternehmensformen wie z.B. von Genossenschaften.

Um diese Vision mit Leben zu füllen, muss die Politik sich global gegenüber der Wirtschaft selbst ermächtigen und klar das Primat der Politik über die Wirtschaft durchsetzen und selbstbewusst 25vertreten. Die Aktienkurse bzw. ihre erwartete(!) Entwicklung dürfen keinen Einfluss auf politische und wirtschaftspolitische Entscheidungen haben.

Die regierenden sozialistischen Parteien müssen dieses Primat wahrnehmen und so eine neue Ära in der Weltwirtschaft einläuten.

AntragsstellerInnen: UB GF
AWS 2: Auszubildende vor Ausbeutung schützen

Laut Berufsbildungsgesetz hat jeder Auszubildende Anspruch auf eine Ausbildungsvergütung. Die Höhe ist nicht gesetzlich festgeschrieben. Das Gesetz spricht hier von einer "angemessenen" Vergütung und legt fest, dass diese nach dem Lebensalter des Auszubildenden so zu bemessen ist, dass sie mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens aber jährlich, ansteigt (§ 17 Abs. 1 BBiG).

Die genaue Festlegung der Ausbildungsvergütung ist folglich Die Entscheidung des ausbildenden Betriebs. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist eine Vergütung dann angemessen, wenn sie für den Lebensunterhalt des Auszubildenden eine fühlbare Unterstützung bildet und zugleich eine Mindestentlohnung für die Leistung eines Auszubildenden darstellt. Diese wird allerdings auch nicht weiter definiert. Diese ungenauen Regelungen führen dazu, dass Ausbildungsvergütungen willkürlich festgesetzt werden können und oft viel zu niedrig ausfallen. Die Höhe der Ausbildungsvergütungen schwanken in Deutschland circa zwischen 128€ und 1000€, je nach Ausbildungsberuf. Einige Ausbildungsberufe werden hier massiv benachteiligt! So stellt sich die Frage, ob einige Berufe viel weniger "wert" sind als andere. Hier muss eine Angleichung erfolgen.

Unserer Meinung nach ist es in keinem Fall gerechtfertigt, einem Auszubildenden, der gerade in handwerklichen Berufen oft als vollwertiger Arbeiter eingesetzt wird, weniger als 200€ (Netto) zu bezahlen. An dieser Stelle wird die Arbeit der Auszubildenden viel zu wenig gewürdigt. Ausbildungsvergütungen die unter dem Hartz IV Satz liegen können in keinem Fall existenzsichernd sein und sind unangemessen! Hier müssen dringend Mindeststandards gesetzt werden, um die Ausbeutung von Auszubildenden zu verhindern und die Ausbildungsvergütungen der unterschiedlichen Berufe anzugleichen!

Wir fordern eine Mindestausbildungsvergütung für ALLE Ausbildungsberufe, die (nach Abzug aller Abgaben) nicht unter dem Hartz IV Satz von 390€ liegen darf! Diese Mindestausbildungsvergütung soll an die Lebensbedingungen der jeweiligen Region angepasst werden.

Weiterhin ist zu prüfen, ob je nach Wohnsituation, zusätzlich Wohngeld gezahlt werden kann.

AntragsstellerInnen: UB BS/UB WOB

AWS 3: Aktive Wohnungspolitik: Mehr als Mietpreisbremse

Attraktive Städte - steigende Mieten

Im Rahmen des Projektes „Bedarfsgerechter Wohnraum“ haben wir uns insbesondere mit der Situation auf dem Mietwohnungsmarkt in Großstädten und Ballungsräumen beschäftigt. Zunächst soll die Situation im Allgemeinen und in Bezug auf Braunschweig erläutert werden.

In den vergangenen Jahrzehnten waren die Einwohnerzahlen vieler Großstädte zurückgegangen. Ursache hierfür war die sogenannte „Suburbanisierung“, also die Tendenz, dass Menschen ein Haus mit Garten am Stadtrand oder im Vorort dem Wohnen in der Stadt vorzogen. Seit einiger Zeit ist allerdings auch ein gegenläufiger Trend „zurück in die Stadt“ zu beobachten. Großstädte haben aufgrund der vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen des im Vergleich zu ländlichen Gebieten höheren Angebots an Arbeitsplätzen an Attraktivität gewonnen. Immer häufiger möchten also Menschen aus umliegenden Bezirken oder Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange Wege zur Arbeit vermeiden lassen und das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese gestiegene Nachfrage nach Wohnungen in zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu steigenden Mieten.

Der gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber. Im Gegenteil sorgt die häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu einer zusätzlichen Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografische Wandel spiegelt sich nur in unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider. Neben der allseits bekannten Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Trotzdem ist das Angebot an kleineren Wohnungen zu begrenzt, um den Bedarf zu decken. Besonders eklatant ist dieses Problem in Hochschulstädten, wo der Bedarf an kleinen, preisgünstigen Wohnungen in Zentrumsnähe besonders hoch ist.

Anhand der im letzten Jahr veröffentlichten GEWOS-Studie zum Wohnungsmarkt in Braunschweig lässt sich erkennen, dass diese bundesweiten Phänomene auch hier zu beobachten sind. Zwar sind die Bestandsmieten, also die Mietpreise bestehender Mietverträge, im Durchschnitt relativ niedrig. Allerdings ist es so, dass die Angebotsmieten immer mehr ansteigen. Im Schnitt liegen diese mehr als 25% über den Bestandsmieten. Besonders hohe Angebotsmieten sind im westlichen Ringgebiet und den östlichen Stadtbezirken zu beobachten. Als weiteres Problem lässt die Studie erkennen, dass es in naher Zukunft zu wenig kleinere Wohnungen in Braunschweig geben wird, was die Stadt auf Dauer für jungen Menschen eher unattraktiv erscheinen lässt.

Die wirtschaftlich gute Situation der Stadt lässt Braunschweig für Menschen mit besonders gefragten Berufen attraktiv erscheinen. Dies wirkt sich auch auf den Wohnungsmarkt aus. Es werden immer häufiger Wohnviertel gebaut, die besonders für BesserverdienerInnen geeignet sind und mit luxuriösen Eigentumswohnungen in bester Lage locken.

Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen

Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreisniveau befördern die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar geschieht dies weniger häufig bei einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Lebenssituation ändert und die vorhandene Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, muss man oft feststellen, dass die Angebotsmieten erheblich höher sind als der bisherige Mietpreis pro Quadratmeter. Die Folge ist vielfach, dass man im heimischen Viertel keine bezahlbare Wohnung mehr finden kann und somit gezwungen

wird, die gewohnte Umgebung und damit auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es setzt also ein schleicher Prozess ein, während dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer Zusammensetzung, in dem auch Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Wohnung finden konnten, zu einem Quartier mit nahezu ausschließlich wohlhabenderer Bevölkerung wird.

5Für eine Gesellschaft kann eine solche soziale Entmischung nicht gut sein. Ein verengter Blick ausschließlich auf Menschen mit ähnlichen finanziellen Möglichkeiten oder ähnlichem Bildungshintergrund leistet letztlich einer zunehmenden Entsolidarisierung Vorschub. Die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden darüber hinaus auch noch verstärkt, wenn steigende Mieten in wirtschaftlich wachsenden Ballungsräumen und Großstädten dazu führen, dass finanzschwache Menschen
10 von den Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht solcher Regionen ausgeschlossen werden. Auch wer dadurch nicht die Möglichkeit hat, in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der Hochschule zu leben und zum Pendeln gezwungen ist, wird wertvoller Zeit für Familie, Freunde oder andere Aktivitäten beraubt.

Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten

15 Mit der Mietpreisbremse – so der Vorsatz – soll eine ähnliche Begrenzung von Angebotsmieten erreicht werden, wie es sie bei Bestandsmieten schon gibt. Das Ansinnen ist vollkommen richtig und kann den Anstieg des allgemeinen Mietpreinsniveaus bremsen. Eine Verdrängung von Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung im Fall eines Wohnungswechsels kann sie aber nicht unbedingt verhindern. Wenn es für eine Wohnung mehrere Interessenten gibt, haben Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten oder mit unsicheren Arbeitsverhältnissen in aller Regel das Nachsehen gegenüber finanzkräftigeren, wirtschaftlich abgesicherten BewerberInnen. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt lässt sich mit einer Mietpreisbremse nicht auflösen.

Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde immerhin signalisiert, dass man der zunehmend angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und Ballungsräume nicht tatenlos
25 gegenüberstehen will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine vorbeugende Wirkung haben soll, darf sie nicht bloß dort angewendet werden, wo überproportionale Mietpreisstigerungen bereits stattgefunden haben. Eine bereits einsetzende Verdrängung finanzschwacher MieterInnen und die resultierende soziale Entmischung lassen sich durch eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum umkehren. Eine Mietpreisbremse, die ihren Namen verdient, muss somit allgemeingültig sein.

30 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so sind sie doch kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der Gestaltung des Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplanerische Leitbilder entwickeln, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen orientieren, die auf bezahlbaren und angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zudem muss auch die veränderte Zusammensetzung und
35 Lebensweise der Bevölkerung Berücksichtigung finden. Eine Planungspolitik, welche die Entwicklung von Quartieren weitgehend jenen Akteuren überlässt, die eine möglichst hohe Rendite erzielen müssen, kann nicht im Interesse sozial durchmischter und somit vielfältiger und lebenswerter Städte sein. Die planungspolitischen Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet müssen zur Umsetzung einer sozialen Stadtplanung offensiv angewendet werden.

40 Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die Privatisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn des letzten Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir brauchen eine verstärkte Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den Bestand zu sichern, vorhandenen Wohnraum an veränderte Be-
45 dürfnisse anzupassen und zusätzliches Angebot zu schaffen.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kann allerdings nicht allein Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Die soziale Wohnraumförderung ermöglicht die Festlegung von Miet- und Belegungsbindungen auch für Wohnungsbauprojekte in privater Trägerschaft. Die Tatsache, dass die Zahl der sog. „gebundenen“ Wohnungen pro Jahr um etwa 100.000 zurückgeht, lässt erkennen, dass dieser Bereich in den vergangenen Jahren zu sehr vernachlässigt wurde. Wir setzen uns für eine Stärkung der sozialen Wohnraumförderung insbesondere im Geschosswohnungsbau ein. Hierzu ist die Fortschreibung der Finanzmittel des Bundes an die Länder nach dem Entflechtungsgesetz auch über das Jahr 2019 hinaus zwingend erforderlich. Zudem dürfen diese Mittel keinesfalls zweckentfremdet werden. Eine Aufweichung der Bestimmung solcher Finanzmittel zu investiven Zwecken beliebiger Art lehnen wir ab. Insbesondere müssen kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften von der anstehenden Neuausrichtung der Mittelzuweisungen durch den Bund profitieren.

Als weiterer Baustein für ein bedarfsgerechtes Angebot an bezahlbarem Wohnraum insbesondere in Hochschulstädten fungieren die Studierendenwerke. Bund und Länder müssen dafür Sorge tragen, die finanzielle Mittelausstattung der Studierendenwerke für die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Studierende zu verbessern.

Nur eine Politik, die Mietsteigerungen gesetzliche Grenzen setzt, den Willen zur Gestaltung der städtischen Wohnungslandschaft aufbringt und die finanzielle Möglichkeit zur Schaffung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums schafft, kann sicherstellen, dass auch finanzschwächere Bevölkerungsschichten von den kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und dem Bildungsangebot der Großstädte und Ballungszentren profitieren können und einer schleichenden sozialen Entmischung und somit Entsolidarisierung vorgebeugt wird.

AntragsstellerInnen: UB WOB

AWS 4: Mehr Geld für Arbeitslose

Mit der Einführung von Hartz IV ist der Lebensstandard von Tausenden von Menschen gesunken. Diese Menschen können größtenteils gar nichts dafür, dass sie in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind. Nicht selten werden sie aus Alters- oder Kostengründen entlassen. Junge Menschen geraten in die Arbeitslosigkeit, weil sie keine Ausbildung oder Job bekommen. Wenn man hört von Fällen, wo Hartz IV- Empfänger sich weigern einen Job anzunehmen, sind das Einzelfälle, die meisten von denen wollen Arbeiten, aber sind für die Jobs angeblich zu alt oder nicht Qualifiziert genug für den Beruf. Deshalb leiden die Kinder und Familien darunter, die Kinder leiden am meisten darunter wenn die Eltern nicht genug Geld für haben um ihn etwas Schönes geben oder Geld für frische Lebensmittel.

Die jungen Menschen die keine Ausbildung bekommen da sie nur Hauptschulabschluss haben und sich überall bewerben werden bestraft und das nur weil sie einen miesen Abschluss haben obwohl vielleicht im Beruf oder in der Ausbildung sich als beste Mitarbeiter herausstellen können. Diese Leute müssen nicht bestraft werden und am Existenzminimum leben, obwohl Hartz IV dafür auch kaum reicht.

AntragstellerInnen: UB BS

B 1: Wie öffentliche Schulen von alternativen Bildungseinrichtungen lernen könnten

1. Pädagogische Konzepte Alternativer Schulformen

5Das deutsche Bildungssystem zählt zahlreiche unterschiedliche Schulformen, angefangen bei dem konventionellen dreigliedrigen System weiterführender Schulen über Gesamtschulen oder teils Elit-
10 gymnasien. Darüber hinaus steigt in Deutschland die Anzahl an Privatschulen, die alternative Formen der Pädagogik verfolgen. Dazu gehören unter anderem die Waldorfschulen, die Montessori Schulen, demokratische Schulen sowie Jenaplan-Schulen. Deren Pädagogische Konzepte werden
10im Folgenden erläutert.

1.1 Die Waldorfschule

Der Grundgedanke der Waldorfschulen basiert auf dem anthroposophischen Konzept ihres Gründers Rudolf Steiner. Alle Schülerinnen und Schüler durchlaufen ohne Sitzenbleiben 12 Schuljahre. Die Waldorfschulen behaupten, dass ihr Lehrplan auf die Weite der in den Kindern liegenden seeli-
15 schen und geistigen Veranlagungen und Begabungen ausgerichtet ist. Deshalb tritt vom 1. Schuljahr an, neben die mehr sachbezogenen Unterrichtsgebiete, ein vielseitiger künstlerischer Unterricht. Allgemein stehen künstlerische und handwerkliche Ausbildungen im Zentrum der Waldorf-Pädagogik, da diese den SchülerInnen eine lebenspraktische Orientierung bieten soll. Als entscheidender methodischer Bestandteil dient darüber hinaus der bildhafte Unterricht. Der wissenschaftliche Un-
20 terricht beginnt mit dem Eintritt in die 9. Klasse. An dieser Stelle soll, nach eigener Aussage der Waldorfschulen, keine voruniversitäre Ausbildung erfolgen, sondern er soll Antworten auf die „Lebensfragen“ der Schüler*innen geben. Als ein weiteres wichtiges Mittel gilt der Epochenunterricht. Dabei werden bestimmte Fächer über eine gewisse Zeit lang unterrichtet. Die Zeugnisse sollen aus möglichst detaillierten Charakterisierungen bestehen, die die Leistung, den Leistungsfortschritt, die
25 Begabungslage, das Bemühen in den einzelnen Fächern aufzeigen. Weiterhin gilt in den Waldorfschulen die Selbstverwaltung. Es ist Aufgabe

der LehrerInnen und Eltern die einzelnen Schulen unabhängig und gleichberechtigt zu verwalten.

1.2 Die Montessori Schulen

Die Montessori-Pädagogik wird in Deutschland an über 1.000 Montessori-Kinderhäusern und
30-Schulen unterrichtet. Selbsttätiges Lernen und die Annahme eines ‚inneren Bauplans‘ des Kindes sind zentrale Ideen der Montessori-Pädagogik. Die Aufgaben des Lehrers oder der Lehrerin werden vor allem in der Vorbereitung der Lernumgebung und einer Lernbegleitung gesehen. In Montessori Schulen gibt es alters- und leistungsgemischte Klassen, die Schüler*innen sollen in erster Linie gegenseitig voneinander lernen. Darüber hinaus gibt es keine konkreten Anweisungen, welche Dinge
35 gelernt werden müssen, sondern es wird davon ausgegangen, dass jedes Kind von selbst lernen möchte und sich mit den Sachverhalten beschäftigen wird, für die es sich interessiert. Zusätzlich spielt die Lernumgebung in der Montessori Pädagogik eine entscheidende Rolle und sollte altersgerecht gestaltet werden. Außerdem sollen Montessori-Einrichtungen für alle Kinder offen sein und insbesondere Schwerpunkte setzen für soziales Lernen und Persönlichkeitsentwicklung sowie zur
40 Umwelt- Friedens- und Gerechtigkeitserziehung. Die Lern- und Entwicklungsprozesse der Schüler*innen sollen ausführlich dokumentiert werden.

1.3 Die Demokratischen Schulen

Demokratische Schule ist ein allgemeiner Begriff für eine Reihe an unterschiedlichen Alternativschulen. Diese Schulen sind alle verbunden durch folgende Pädagogischen Ansätze:

- 1 - es gibt bewusst keinen verbindlichen Lehrplan
- 2 - möglichst alle Belange des schulischen Zusammenlebens werden basisdemokratisch gelöst, wobei jedes Mitglied der Schulgemeinschaft eine Stimme hat
- 3 - jedeR SchülerIn kann sich frei in der Schule bewegen, solange er bzw. sie die Freiheit anderer nicht einschränkt oder gegen von der Gemeinschaft beschlossene Regeln verstößt

Zentrales Element dieser Schulen ist die Selbstbestimmtheit jeder Schülerin und jedes Schülers.

1.4 Die Jenaplan Schulen

- 10 Das Pädagogische Konzept der Jenaplan Schulen stammt von Peter Peterson aus dem Jahr 1927. Die zentralen Elemente dieser Schulen sind selbsttätiges Arbeiten, gemeinschaftliches Zusammenarbeiten und -leben sowie die Mitverantwortung der SchülerInnen- und Elternschaft bei innerschulischen Entscheidungen. Es gibt jahrgangsübergreifende Lerngruppen statt Jahrgangsklassen. Viele der Lerninhalte sollen nicht über konventionellen Unterricht sondern über unterschiedliche Projekte vermittelt werden. Darüber hinaus gibt es Wochenpläne so dass die Schüler*innen ihre Aufgaben über eine Woche hinweg eigenständig strukturieren können. Trotz vieler freiheitlicher Aspekte gegenüber der Auswahl von Lerninhalten, gibt es ein von der Schule definiertes „Mindestwissen“. Dieses soll in konventionellen, straff geführten Kursen vermittelt werden. Ein besonderer Aspekt dieses pädagogischen Konzeptes sind ständig wiederkehrende Feiern für Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen. So wird wöchentlich der Wochenabschluss gefeiert und jede Aufnahme einer neuen Schülerin oder eines neuen Schülers. Diese werden ergänzt durch Monatsfeiern zu je unterschiedlichen Themen. Die Lernumgebung wird von den Schüler*innen selbst gestaltet und kann ständig variieren. Statt Zensuren gibt es am Ende des Jahres einen ausführlichen Leistungsbericht, worin die Lernenden sich ebenfalls selbst beurteilen dürfen und auch von Mitschülerinnen und Mitschülern bewertet werden.

2. Schlussfolgerungen

Die Vielfalt an unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen und der ständige Ausbau an alternativen Bildungseinrichtungen implizieren eine gewisse Unzufriedenheit gegenüber den konventionellen pädagogischen Methoden. Zu oft bestimmen noch immer Frontalunterricht, Leistungsdruck und ein Mangel an aussagekräftigen Beurteilungen das Bild von öffentlichen Schulen. Aus diesem Grund ist das Ziel der umfassenden Auseinandersetzung mit den methodischen Konzepten alternativer Schulformen, die Auswahl an möglichen neuen Konzepten, welche in die Unterrichts- und Schulgestaltung öffentlicher Schulformen integriert werden könnten. Einige Ansätze der bereits vorgestellten Schulentwicklungskonzepte würden, basierend auf unseren Ergebnissen, eine tatsächliche Bereicherung für den Schulalltag an konventionellen Schulen darstellen.

Die Einbeziehung künstlerischer und handwerklicher Elemente in den Unterricht kann, insbesondere bei jüngeren Schüler*innen, als Kompensation und Ausgleich für die stressigen, leistungsorientierten restlichen Fächer verstanden dienen. Darüber hinaus fördert es die Entwicklung von Kreativität und eigenständigem Arbeiten. Allgemein wäre eine offenere Gestaltung der Lerninhalte an öffentlichen Schulen sinnvoll, da dies Selbstständigkeit und Freiraum für alle Schüler*innen schafft.

Das Sitzenbleiben empfinden wir als ein längst überholtes Konzept, welches den allgemeinen Leistungsdruck um ein vielfaches erhöht und in den meisten Fällen negative Einflüsse auf das Selbstwertgefühl der betroffenen Schülerinnen und Schüler haben kann. Aufgrund dieser Demotivation hat Sitzenbleiben zumeist keine positiven Effekte auf die Bildungskarriere der Schüler*innen. Darüber hinaus wären zusätzliche altersgemischte Kurse, in denen die Schüler*innen gegenseitig voneinander lernen können, eine wahre Bereicherung für den öffentlichen Schulalltag. Schüler*innen haben nicht zwangsweise denselben Entwicklungsfortschritt wie ihre AltersgenossenInnen. Zusätzlich könnten durch solche Kurse die innerschulische Solidarität gestärkt werden.

Ein weiterer Punkt könnte die Gestaltung der Lernumgebung sein. Die Unterrichträume an beispielsweise Waldorfschulen sind altersgerecht und sehr vielseitig gestaltet. Eine ansprechende Lernumgebung kann großen Einfluss auf die generelle Lernatmosphäre haben. Sie erhöht den Spaßfaktor beim Lernen um ein vielfaches und wäre ungemein motivierend. Die Gestaltung der Lernumgebung an öffentlichen Schulen sollte sich an alternativen Schulformen orientieren.

Wir Jusos glauben: Zensuren sind keine Motivation zum Lernen. SchülerInnen pauken vielmehr punktuell und einseitig für Tests und nicht weil sie echtes Interesse am Thema haben. Neugier ist der natürliche Grundstein des Lernens, Noten aber ersetzen ihn durch Zwang. Gehören nicht auch Fehler zum natürlichen Lernprozess? Schulnoten bestrafen Fehler. Eine schlechte Note impliziert SchülerInnen, wie „dumm“ sie sind. Sie wissen nicht, was sie in Zukunft besser machen könnten. Aus diesem Grund sagen wir, dass Schulnoten abgeschafft gehören. Sie sollten durch ausführliche Charakterisierungen ersetzt werden. Diese bieten einen viel umfassenderen Einblick in den Entwicklungsstand der Schülerin oder des Schülers. Vorbild für solche Charakterisierungen könnten die Zeugnisse an Montessori- oder Waldorfschulen sein.

Letztlich gilt es die Mitsprachemöglichkeiten von Eltern und Schüler*innen an öffentlichen Schulen zu beleuchten. Zumeist werden alle bedeutsamen Entscheidungen im Schulvorstand getroffen. In diesem undemokratischen Gebilde haben Schülerinnen und Schüler stark eingeschränkte Mitsprachemöglichkeiten aufgrund einer immens reduzierten Anzahl an stimmberechtigten Mitgliedern. Zusätzlich dienen SchülerInnenvertretungen zumeist nur noch der Repräsentation, um an unterschiedlichen Festakten im Jahr ein paar Worte an die SchülerInnenschaft zu richten. Selten sind SchülerInnenvertretungen in der Lage

am innerschulischen Entscheidungsprozess zu partizipieren. Deshalb fordern wir mehr partizipative Möglichkeiten für die SchülerInnenvertretungen und einen Ausbau an demokratischen Elementen im Schulalltag beispielsweise durch Vollversammlungen.

Allgemein lehnen wir Jusos den Ausbau an privat-organisierten alternativen Schulformen ab, da diese vor allem von einkommensstarken Eltern finanziert werden. Dieser Umstand schließt die Mehrheit der Gesellschaft aus diesen Schulformen aus. Zudem ist klar: Bildung muss kostenlos sein! Aus diesem Grund fordern wir keinen Zuspruch für alternative Privatschulen, sondern verbesserte pädagogische Konzepte für öffentliche Schulen in unterschiedlichen Bereichen. An dieser Stelle wäre es sinnvoll, sich an den benannten Elementen alternativer Bildungseinrichtungen zu orientieren.

AntragstellerInnen: UB GF

E 1: Europäischer Mindestlohn — Jeder / jede EuropäerIn muss von seiner / ihnen Arbeit leben können

MINDESTLÖHNE IN EUROPA - UNEINHEITLICH, UNANGEMESSEN, UNGERECHT

Die meisten EU-Länder verfügen bereits über einen nationalen Mindestlohn. Die Mindestlöhne der einzelnen Länder liegen jedoch weit auseinander und können nicht immer als angemessen betrachtet werden. So beträgt der Mindestlohn in Frankreich zur Zeit 9,11€, der in Polen umgerechnet 2,31€ und der in Bulgarien umgerechnet sogar nur 1,04€. Momentan ist es für viele Unternehmen attraktiv ihre Waren vorwiegend in wirtschaftlich schwächeren Ländern zu produzieren, um Kosten zu sparen. Eine Angleichung des Lohnniveaus ist hier erforderlich um Ausbeutung zu verhindern.

Als grundlegender Trend lässt sich außerdem ein Anstieg der Lohnspreizung in vielen europäischen Ländern feststellen. Die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Beschäftigtengruppen haben in den letzten Jahren immer mehr zugenommen - Grund dafür ist sowohl eine überdurchschnittlich hohe Lohnentwicklung im oberen Segment, als auch eine immer weiter fortschreitende Ausdehnung des Niedriglohnssektors.

5 BEDEUTUNG EINES EINHEITLICHEN MINDESTLOHNS

Wir Jusos halten eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa für enorm wichtig. Die Botschaft "Jede Frau und jeder Mann muss von ihrer / seiner Arbeit leben können!", muss über unsere Staatsgrenzen hinausgehen! Ein einheitlicher europäischer Mindestlohn ist unserer Meinung nach ein wirksames Instrument, um die Ausbeutung der ArbeiterInnen, gerade in den wirtschaftlich schlechter gestellten Ländern zu verhindern und die Wirtschaft zu stärken. Ein gemeinsamer Mindestlohn würde zudem zu einer Stabilisierung der Binnennachfrage in Europa führen. Vor dem Hintergrund eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes und einer zunehmend integrierten europäischen Wirtschaft ist eine gemeinsame europäische Mindestlohnpolitik somit absolut notwendig.

Gleichzeitig trägt der gemeinsame Mindestlohn zu einer Verringerung der Lohndiskriminierung z.B. von Frauen bei, denn strukturell gesehen ist der Anteil der NiedriglohneempfängerInnen bei den Frauen doppelt so hoch, wie bei den Männern.

Weitergehend ermöglicht ein gemeinsamer Mindestlohn eine emotionale Identifikationsmöglichkeit für die ArbeitnehmerInnen aller Länder. Es folgt also ebenfalls eine Stärkung des Gemeinschaftsgefühls in der EU.

MINDESTLOHN FÜR ALLE! - ABER WIE ?

Ein Mindestlohn in Form eines einheitlichem Betrags ist allerdings utopisch und aufgrund der aktuell noch zu großen regionalen wirtschaftlichen Unterschiede zurzeit nicht umsetzbar. Aufgrund dessen fordern wir, dass sich die Europäische Union ein gemeinsames Entwicklungsziel, bezüglich eines Mindestlohns, setzt. Dieser soll an die Lebensverhältnisse des jeweiligen Landes angepasst sein und vorerst mindestens 50% des jeweiligen Durchschnittslohns betragen. Diesen Durchschnittslohn verstehen wir als den realen Durchschnitt aller national gezahlten Entgelte in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen. Er muss dementsprechend berechnet werden. Außerdem

sollen die Länder untereinander kooperieren und sich gegenseitig über die Entwicklungen in ihrem Heimatland informieren. Dazu soll eine Kommission eingerichtet werden, die sich ausschließlich mit dem Thema Mindestlohn beschäftigt. Hier sollen auch Chancen und Probleme länderübergreifend miteinander diskutiert werden.

Des Weiteren fordern wir, dass eine Institution eingerichtet oder ggf. bestimmt wird, die die Einhaltung dieser Vorschriften und die Berechnung des Mindestlohns überprüft. Sie soll außerdem in der Lage sein, Sanktionen gegen einzelne Länder erheben zu können, wenn diese sich nicht an den abgesprochenen Mindestlohn halten.

Langfristig muss sich dieser regionale Mindestlohn, gerade im Hinblick auf die immer weiter zusammenwachsende europäische Wirtschaft und die immer weiter fortschreitende Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa, zu einem einheitlichen europäischen Mindestlohn weiter entwickeln.

AntragstellerInnen: UB BS

G 1: Regulierung statt Repression - Für eine emanzipatorische Cannabispolitik

1. Analyse

Hanf ist eine in Deutschland verbotene Pflanze. Ebenfalls sind alle Produkte, die man aus dieser Pflanze gewinnen kann, entweder verboten oder nur unter außerordentlichen Bedingungen zugelassen. Dabei wird die tausendjährige Geschichte dieser Kulturpflanze außer Acht gelassen. Hanf diente damals als Rohstoff, um natürliche Fasern zur Seil-, Segel- und Kleidungsproduktion herzustellen. Darüber hinaus wurde der Wirkstoff dieser Pflanze, auch bekannt als Cannabis, in der Apotheke zur Beruhigung und Schmerzlinderung verkauft. Im Zuge der Drogenprohibition erhielt diese Pflanze einen Illegalitätsstatus, der in einem UN-Vertrag festgeschrieben ist. Die Auswirkungen dieses UN-Vertrags äußern sich bis heute in einem Drogen-Schwarzmarkt und einer repressiven Verfolgung aller, die mit Drogen in Berührung geraten. D.h., dass selbst GelegenheitskonsumentInnen und Suchtkranke von Strafanträgen der Justiz betroffen sind, die sich negativ auf ihr Leben auswirken. Ein weiterer Effekt des Schwarzmarkts ist, dass die KonsumentInnen mit verunreinigten Drogen in Kontakt kommen und somit ihre Gesundheit mehr geschädigt wird, als durch die reine Droge selbst. Zusätzlich geraten KonsumentInnen weicher Drogen, wie z.B. Cannabis, auf dem Schwarzmarkt in Kontakt mit harten Drogen - wie Heroin oder Koks.

Cannabis ist Teil der Gesellschaft

Cannabis ist ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Oft werden 'KifferInnen' immer noch als eine gesellschaftliche Randgruppe dargestellt, die sie aufgrund einer KonsumentInnenzahl von ca. 8 Mio. Menschen nicht sein kann. Man darf nicht verkennen, dass das Drogenproblem ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Es werden nämlich unzählige

Steuergelder für die Strafverfolgung der KonsumentInnen als auch für die medizinische Versorgung der Suchtkranken und Opfern von gestreckten Drogen ausgegeben.

Hanf ist ein nachwachsender Rohstoff

Hanf besitzt ein ungeahntes Potential und kann auf vielfältige Art und Weise eingesetzt werden. Hanf ist nicht nur eine Droge, die konsumiert werden kann. Sie ist vielmehr eine Nutzpflanze, die weitaus mehr ist, als eine Droge. Hanffasern zählen zu den resistentesten Fasern, die mensch in der Natur finden kann. Daneben besitzt diese Pflanze die Möglichkeit mit ihren tiefen Wurzeln, mineralarme Böden wieder mit Nährstoffen zu versorgen und könnte damit einen wichtigen Beitrag in der Landwirtschaft leisten.

Ein Alternativer Umgang ist möglich

Das Beispiel Portugal zeigt uns, dass ein alternativer Umgang mit suchtkranken Menschen möglich ist. In Portugal wurden Drogen entkriminalisiert und der Besitz bis zu einer gewissen Menge gelten als straffrei. Sollte jemand negativ auffallen, so wird er vor ein Komitee gestellt, das aus SozialarbeiterInnen, MedizinerInnen, SuchtexpertInnen und JuristInnen besteht. Anhand dieses Komitees wird die bestmögliche Beratung und das weitere Verfahren - passend auf den einzelnen Fall zugeschnitten - gewährleistet. Die Entwicklung zeigt, dass die KonsumentInnenzahl durch die Entkriminalisierung nicht weiter angestiegen ist - Sie verzeichnet eher einen leichten Abwärtstrend.

Cannabis in Deutschland

In Deutschland gibt es die Regelung der 'Geringen Menge'. Die Grenze dieser kann jedes Bundesland selbst festlegen. Sollte einE KonsumentIn einen Drogenbesitz unterhalb dieser Grenze besitzen, so kann die Strafanzeige eingestellt werden. Die Praktik zeigt, dass der/die PolizistIn in jedem Fall dazu verpflichtet ist, Strafanzeige zu stellen. Auch wenn das Verfahren später eingestellt wird, so ist das nicht mit einem Freispruch gleichzusetzen. Dieser Umstand kann sich in späteren Verfahren oder einer Jobsuche negativ auswirken. Beispielsweise kann der Erwerb eines Führerscheins verweigert werden.

Cannabis, die verteuflte Droge

Bereits 1994 widerlegte der Bundesgerichtshof in einem Urteil die Einstiegsdrogenthese. Selbst die 10BZGeA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) widerspricht der Annahme, dass Cannabis zwangsweise zum Gebrauch von härteren Drogen führt. Dies ist einzig dem Umstand geschuldet, dass mensch durch den Schwarzmarkt - während der Beschaffung - mit anderen Drogen in Kontakt gerät. Zudem ist wissenschaftlich bewiesen, dass eine Überdosierung durch Cannabis faktisch nicht möglich ist. Dabei sind ausschließlich die Inhalts- und Wirkstoffe von Cannabis gemeint. Somit gibt es keinen registrierten Cannabistoten. Dass die Verbrennungsprodukte bei der Konsumform des Rauchens schädlich sind, ist eine logische Schlussfolgerung. Es gibt weitere Konsumformen, die absolut unschädlich sind. Darüber hinaus ist die hohe Abhängigkeitsrate dem Mischkonsum mit Tabak geschuldet und kann nicht auf reines Cannabis zurückgeführt werden.

Deshalb fordern die Jusos Braunschweig:

201. Forschung zu medizinischen Zwecken und Einsatz als Medizin

Aufgrund des medizinischen Potentials der Hanf-Pflanze erachten wir es als sinnvoll, diese Pflanze zu Forschungszwecken zuzulassen. Gerade im Bereich der Schmerztherapie könnte Cannabis einen enormen Beitrag leisten. Mensch kann in den USA beobachten, dass diese Pflanze längst als Medizin zugelassen ist und anderen Menschen ein lebenswertes Leben ermöglicht.

252. Regulierung der Droge Cannabis

Wir fordern die Einrichtung staatlicher Abgabestellen, die einen effektiven Jugendschutz einhalten können und ein kritisches Konsummuster vorbeugen. Dabei hat die staatliche Abgabestelle für eine Qualitätskontrolle der Droge Cannabis zu sorgen und Auskunft über Wirkstoffgehalt und -verhalten zu geben. Die KonsumentInnen können dadurch vor verunreinigtem Material geschützt und über das jeweilige Cannabis-Produkt ausreichend informiert werden. Zusätzlich lassen sich durch eine staatliche Regulierung einerseits Steuergelder sparen, die für die repressive Strafverfolgung aufgewendet werden müssen. Andererseits werden die Gesundheitskosten massiv gesenkt, da die KonsumentInnen kein gestrecktes Cannabis konsumieren, das beispielsweise mit Blei, Haarspray oder Zuckerwasser versetzt wurde. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, auf Cannabisprodukte Steuern zu erheben, um staatliche Mehreinnahmen zu generieren. Die Höhe der Steuern sollte sich jedoch in einem gewissen Rahmen bewegen, so dass das Angebot des Schwarzmarkts nicht wieder an Attraktivität gewinnt.

Es sollte ebenfalls kommerzielle ProduzentInnen erlaubt sein, unter strengen Auflagen und unangemeldeten Kontrollen Abgabestellen einzurichten. Besonders Menschen, die viel Erfahrung in diesem Gebiet besitzen und bestens über die Bedürfnisse der KonsumentInnen Bescheid wissen. Darüber hinaus wird es ermöglicht, unzählige neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen, die die Wirtschaftsleistung beleben würde. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass eine staatliche Kontrolle von

der Produktion bis zur Veräußerung an die KonsumentInnen einzuhalten ist. Kommerzielle ProduzentInnen sollten sich jedoch registrieren müssen, und zwar nicht nur zum Zwecke der Qualitätskontrolle, sondern auch um eine Umlenkung der Produktion für den illegalen Gebrauch zu verhindern und den Nachweis legitimer Produktion gegenüber exekutiven Behörden zu ermöglichen. Sollte ein Missbrauch durch staatlicher Seite festgestellt werden, so ist der Staat im Stande, seine erteilte Verkaufslizenz wieder zu entziehen.

3. Therapie und Aufklärung anstatt Repression

Die Bundesrepublik Deutschland verwendet zwei Drittel aller öffentlichen Gelder, die zur Eindämmung des Drogenproblems verfügbar sind, für repressive Maßnahmen. Daran wird der Schwerpunkt Deutschlands erkenntlich. Daher fordern wir, dass die Droge reguliert wird und somit die Gelder für repressive Maßnahmen in die Bereiche der Aufklärung und Therapie fließen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Verbote kontraproduktiv sind und genau das Gegenteil bewirken. Deswegen erachten wir eine vollumfassende Aufklärung und die Beseitigung von Dogmen und stereotypischen Ansichten als sinnvoll. Eine Grundüberzeugung der Jusos ist eine aufgeklärte Welt, in der Menschen reflektiert über ihr Tun entscheiden. Dieses ist jedoch erst dann möglich, wenn wir die oben genannte Forderung verwirklichen. Zudem wollen wir das Therapiesystem ausbauen und stärken. Denn nur ein finanziell solides Therapiesystem ist im Stande, effektiv und nachhaltig suchtkranken Menschen zu helfen und ihr kritisches Konsummuster einzudämmen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die eingenommen Steuern durch den Verkauf von Cannabisprodukten ebenfalls für Therapie- und Aufklärungsangebote zu verwenden.

4. Eigenproduktion in gewissen Grenzen erlauben

Wir fordern, dass die Eigenproduktion für den Eigenbedarf der Droge Cannabis in gewissen Grenzen erlaubt werden sollte. Gerade Menschen, die auf diese Droge als Medizin angewiesen sind, erhalten durch die Eigenproduktion die Möglichkeit, ihr Arzneimittel kostengünstig herzustellen. Momentan ist es so, dass Cannabis-PatientInnen, die überhaupt eine Lizenz erhalten konnten, meistens nicht genug Geld haben, um sich die teuren Cannabis-Produkte aus der Apotheke zu leisten. Aus diesem Grund ist es nicht nachzuvollziehen, wieso es Menschen verwehrt wird, Cannabis anzubauen, so lange es in einem gewissen Rahmen passiert und der Jugendschutz eingehalten wird.

5. Keine Diskriminierung von Cannabis-KonsumentInnen im Straßenverkehr

Die Jusos Braunschweig empfinden es als notwendig, eine allgemeingültige Regelung für Cannabis im Straßenverkehr zu finden. Für Alkohol gibt es bereits Grenzwerte, die entscheiden, in welchem Rahmen das sichere Führen eines Kfz noch möglich ist. Wir fordern eine vergleichbare Regelung, um die Diskriminierung der KonsumentInnen zu stoppen. Bekanntermaßen endet der Rausch von Cannabis nach einigen Stunden. Der Wirkstoff kann jedoch bei regelmäßigem Konsum bis zu einem Monat im Blut nachgewiesen werden, d.h. auch dann, wenn der/die KonsumentIn gar keinem Rauschzustand ausgesetzt ist. Daher erachten wir es als sinnvoll, einen Grenzwert festzulegen, den den THC-Gehalt in mg/L im Plasma misst. Dabei gilt es zu ermitteln, ab welchem Grenzwert der/die KonsumentIn eindeutig unfähig ist, ein Kfz sicher zu führen. Dieser Wert sollte als obere Grenze eingesetzt werden. In der Vergangenheit wurden KonsumentInnen der Führerschein entzogen, obwohl sie ein Kfz mit klarem Verstand geführt haben. Diese Ungerechtigkeit wollen wir zukünftig verhindern.

AntragstellerInnen: UB GF

G 2: Wir wollen Frauen gewinnen, dazu brauchen wir Frauen! Gleichstellung leben und Frauenförderung großschreiben

(Junge) Frauen wenden sich von der SPD ab!

Die letzten Bundestagswahlen waren für die SPD kein großes Erfolgserlebnis. Besonders bei den jungen Frauen (18-35 Jahre) schnitt die SPD vergleichsweise schlecht ab. Die Zahl derjenigen, die in dieser Zielgruppe ihr Kreuz bei der SPD machten, ist seit 2009 fast kontinuierlich gesunken. Schuld ist das eher altbackene, männlerdominierte Image der Partei. Die SPD wird hier oftmals als nicht zeitgemäß wahrgenommen, denn sie verkörpert kein Lebensgefühl, mit dem sich die Mehrzahl der jungen Frauen identifizieren kann.

Dies resultiert zum Teil daraus, dass die SPD in der Mehrzahl von Männern mittleren bis fortgeschrittenen Alters repräsentiert und regiert wird. Das Bild der SPD ist hier ein rein männliches.

Demgegenüber steht eine Union mit einer weiblichen Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden, sowie weiblichen Bundesministerinnen wie Ursula von der Leyen, die als Verteidigungsministerin eine "starke, emanzipierte Frau" darstellt, sowie eine grüne Partei mit einer paritätisch besetzten Doppelspitze, die Gleichstellung offensichtlich lebt. Auch wenn Frauen in der CDU gerade in länderlichen Bereichen noch weit mehr unterrepräsentiert sind als in der SPD und die Position junger Frauen in der CDU kaum besser sein dürfte, so vermittelt die Union auf Bundesebene (und damit auch medial) ein weitaus weiblicheres Bild. In diesem Zusammenhang hat die konservative CDU kein Problem damit, Frauen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Im Bundestagswahlkampf beispielsweise saßen in Talkshows toughe und inhaltlich versierte Frauen der CDU alten Männern der SPD gegenüber. Auch dies dürfte einer der Gründe dafür sein, dass junge Frauen vermehrt die Union gewählt haben oder sogar dort eingetreten sind.

Frauen sind in der massiv SPD unterrepräsentiert!

Frauen sind in der SPD allgemein massiv unterrepräsentiert. Dies trifft besonders auf jüngere Frauen zu. In der niedersächsischen SPD stellt sich der Frauenanteil in % beispielsweise wie folgt dar:

	Niedersachsen (gesamt):	Braunschweig	Hannover	Weser-Ems	Nord-Nds.
2013:	30,46	29,83	30,72	30,38	30,61
2012:	30,19	29,26	30,51	30,47	30,16
2011:	30,03	29,12	30,42	30,16.	29,95

Von 6.129 kommunalen MandatsträgerInnen z.B. in Niedersachsen, sind gerade einmal 1.683 Frauen (27,46%).

Viele Frauen fühlen sich vom Erscheinungsbild der Partei als geschlossener Kreis von Männern, der sich in Hinterzimmern trifft und nach dem offiziellen Teil die wichtigen Sachen „ausklügelt“, abgeschreckt. Auch diejenigen, die sich trotzdem in die Partei "wagen", werden oftmals bei ihrem ersten Besuch im Ortsverein nicht gerade ermutigt wiederzukommen und mitzuarbeiten. Zudem fehlen hier auch insbesondere die weiblichen Identifikationsfiguren vor Ort, da die Ortsvereine und Unterbezirke oft von Männern dominiert sind. Vermehrt haben Frauen das Gefühl nicht ernstgenommen und auf Themen wie Familien oder Gleichstellungspolitik reduziert zu werden. Trotz der (bindenden!) Quotenregelung sind viele Vorstände, besonders in den unteren Ebenen, nicht quotiert besetzt, was oftmals auch daraus resultiert, dass nur wenig Frauen aktiv im Ortsverein, UB etc. mitarbeiten.

Darüber hinaus klagen einige junge Genossinnen über die sehr männlich geprägten Machtstrukturen innerhalb der SPD, die Frauen nach ihrer Wahrnehmung Aufstiegsmöglichkeiten versperren. Häufig entsteht der Eindruck, dass männliche Genossen in Funktion andere, vor allem junge Männer um sich scharen, um sich ihre Machtposition zu sichern.

Diese werden dann konsequenterweise auch bei der Neuverteilung von Posten zuerst berücksichtigt und wesentlich mehr gefördert. Frauen gehen hier oft leer aus. Eine männlich geprägten Debattenkultur wirkt, gerade für Neumitglieder, oft einschüchternd und abschreckend.

Hier gilt es anzusetzen und dafür zu sorgen, dass die ehrenamtliche Arbeit in der Partei und vor allem die bei den Jusos, an Attraktivität gewinnt. Frauen müssen hier besonders gefördert und vor allem auch bei der Vergabe von Posten stärker berücksichtigt werden. Es muss in erster Linie dafür gesorgt werden, dass wir qualifizierte Frauen haben, die diese Aufgaben übernehmen können und wollen. Wir brauchen mehr als gut gemeinte Absichtserklärungen! Wir wollen die Quote realisieren!

Dies wirkt sich zugleich überaus positiv auf die Außendarstellung aus und spricht junge WählerInnen an, die sich mit den FunktionsträgerInnen identifizieren können. Frauen wählen nachweislich eher Frauen und Jugendliche überwiegend jüngere Kandidaten. Außerdem würden gerade junge Frauen einen Eintritt in die SPD viel eher in Erwägung ziehen, wenn diese ein moderneres und weiblicheres Erscheinungsbild bekommt.

Wir alle müssen daher die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen bei uns engagieren wollen!

Wir müssen dafür sorgen, dass sie von Anfang an unterstützt werden, so dass sie später auch Aufgaben übernehmen können!

Wenn die Partei hier nicht handelt geht ihr viel Potenzial, sowohl bei den WählerInnen, als auch in den eigenen Reihen verloren!

Wir fordern den SPD Bezirksparteitag auf zu beschließen:

Die Ortsvereine, die Unterbezirke und der Bezirk müssen sich konsequent an die verpflichtende Quotenregelung von 40% halten, wenn Vorstände und/ oder Delegationen gewählt werden. Dies gilt für beide Geschlechter gleichermaßen.

Auf die Einhaltung der Satzung, insbesondere bei der Aufstellung von Listen zur Kommunalwahl, auf allen Ebenen, zu achten. Die Listen sind hier laut Satzung quotiert und alternierend zu besetzen.

Ein besonderes Augenmerk auf die Gewinnung und Förderungen von Frauen zu legen und diese verstärkt zu unterstützen und zu integrieren.

Das Erscheinungsbild der Partei weiblicher zu gestalten und Identifikationsfiguren zu schaffen

Darauf zu achten, dass sich die Repräsentation der SPD durch junge Frauen auch bei Podiumsdiskussionen und auf Großveranstaltungen, sowie Parteitag, Kundgebungen usw. wiederfindet.

Eine offene und freundliche Willkommenskultur in den Ortsvereinen und Unterbezirken zu schaffen und neue Mitglieder noch mehr zu integrieren und für die Arbeit in der SPD zu begeistern.

AntragstellerInnen: UB GF

G 3: Jeder Mensch ist gleich viel wert- egal woher er/sie kommt!

AsylbewerberInnen und ALGII-EmpfängerInnen gleichstellen und eine echte Existenzsicherung gewährleisten!

Vergleicht mensch die aktuellen Hartz IV Sätze mit den Asyilleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), so lässt sich feststellen, dass die Beträge, die die jeweiligen Personen pro Monat, zur Existenzsicherung, erhalten stark voneinander abweichen.

AsylbewerberInnen sind hier wesentlich schlechter gestellt als Hartz-IV EmpfängerInnen:

HartzIV-Leistungen:

Grundleistungsbeträge nach AsylbLG:

Erwachsene/r ab 18 Jahren: 391,00€.

Erwachsene/r ab 18 Jahren: 224,97€

(Mit Partner, dieser erhält 90% des Regelsatzes).

(Alle weiteren Haushaltangehörigen ab 14 Jahren: 199,40€)

Jugendliche (15-17 Jahre): 296,00€

Kinder (ab 6 Jahren): 261,00€

Kinder (7-13 Jahre): 178,95€

Kleinkinder (unter 6 Jahren): 229,00€.

Kleinkinder (unter 7 Jahren): 132,93€

So würde beispielsweise eine vierköpfige Familie (2 Erwachsene, 1 Kind und 1 Jugendlicher) die Hartz-IV bezieht 1301,00€ Grundleistungen erhalten.

Eine Familie, die Grundleistungen nach dem AsylbLG erhält muss hingegen mit 802,72€ auskommen und erhält somit fast 500€ weniger zum Leben.

Folglich stellt sich die Frage, ob AsylbewerberInnen weniger Geld benötigen, um ihre Existenz zu sichern, als Hartz-IV EmpfängerInnen.

Die Antwort lautet: Nein!

Hier darf keinesfalls zwischen Hartz-IV und AsylbewerberInnenleistungen unterschieden werden! Jeder Mensch benötigt die gleiche Grundsicherung, um ein menschenwürdiges Leben zu führen! Und ein menschenwürdiges Leben steht jedem / jeder zu, egal aus welchem Land er oder sie kommt. AsylbewerberInnen dürfen hier nicht länger massiv benachteiligt werden! Da Hartz-IV den "Minimalbetrag zur Existenzsicherung" darstellt, sehen wir es als absolut notwendig an, dass auch AsylbewerberInnen genau diesen Betrag erhalten.

Unserer Meinung nach gibt es keine Argumente, die diese Benachteiligung rechtfertigen!

Deswegen fordern wir die Grundleistungen nach dem AsylbLG auf das Niveau der Hartz-IV Sätze anzuheben und somit allen AsylbewerberInnen, die diese Leistungen beziehen, eine echte Existenzsicherung zu ermöglichen.

Wir sehen es ebenfalls als selbstverständlich an, dass bei einer zukünftigen Anhebung der Hartz-IV Sätze ebenfalls die Leistungen für AsylbewerberInnen angepasst werden.

AntragstellerInnen: UB GF

G 4: Und Klassenfeind bleibt Klassenfeind – die AfD als neue rechtspolitische Kraft

Wir Jusos stellen uns entschieden gegen jede Form von rechten Gedankengut!

Wahlerfolge der AfD

Im Jahr 2013 wurde von einigen neoliberalen Wirtschaftsprofessoren und anderen Eliten die "Alternative für Deutschland" gegründet. Bei der Bundestagswahl 2013 scheiterte sie nur knapp an der 5%-Hürde. Damit gibt es zum ersten mal seit den 60er Jahren eine erfolgreiche Partei rechts der CSU. Seit der Europawahl ist sie mit 7 MdEPs im Europaparlament vertreten. Laut aktuellen Umfragen ist die Sympathie zur AfD nach dem Erfolg bei der Europawahl sogar noch weiter gestiegen. Mittlerweile wünscht sich jeder Dritte die AfD im Bundestag. Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung!

Die AfD, ihre RepräsentantInnen, die WählerInnen und rechtes Gedankengut - eine gefährliche Mischung!

Die rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Positionen der AfD-Mitglieder lassen sich immer wieder an Zitaten erkennen.

Der AfD-Sprecher Bernd Lucke nennt ZuwanderInnen, die von Leistungen nach dem SGB II abhängig sind, zum Beispiel „[...] eine Art sozialen Bodensatz [...]“. Menschen als Bodensatz zu bezeichnen erinnert uns an längst überwunden geglaubte Zeiten.

Multikulturalismus, also das Modell, dass das freie Miteinander unterschiedlichster Menschen beschreibt, wird von der AfD-Europakandidatin Beatrix von Storch „[...] die Aufgabe, die Völker zu homogenisieren und damit religiös und kulturell auszulöschen.“

Dieses Zitat entspricht den in nationalistischen und völkischen Kreisen weit verbreiteten „Volkstod“-Befürchtungen!

Diese und andere Zitate zeigen, dass SpitzenvertreterInnen der AfD ein geschlossenes rechtes Weltbild haben.

Die AfD positioniert sich mit Aussagen wie "Wir sind nicht das Weltsozialamt" oder "Der Euro ruiniert Europa -Auch uns!" Ganz klar gegen eine gemeinsame europäische Währungs- und Sozialunion. Die AfD setzt zusätzlich auf nationalistische Propaganda und verbreitet fremdenfeindliches Gedankengut. Als internationalistischer Richtungsverband positionieren wir uns ganz klar gegen die Aussagen der AfD und ihrer Funktionäre.

Unserer Meinung nach wird die AfD als Instrument genutzt, um radikale Positionen wieder gesellschaftsfähig zu machen.

Rechte Ansichten bekommen durch die AfD, die als legitime Partei auftritt, einen politisch korrekten Anstrich. Unserer Meinung nach sind diese Entwicklungen sehr gefährlich.

Aus diesen Gründen bekämpfen wir die AFD mit allen demokratischen Mitteln. Wir suchen keinesfalls die Diskussion, oder gar die gewalttätige Auseinandersetzung mit AFD-Mitgliedern oder SympathisantInnen. Wir bekämpfen menschenverachtendes Gedankengut ALLER Art. internationalistischer Richtungsverband positionieren wir uns ganz klar gegen die Aussagen der AFD und ihrer Funktionäre.

AntragsstellerInnen: BeVo

G 5: Dem Rechtsruck in der Europäischen Union entschieden entgegenwirken!

Die Wahl zum europäischen Parlament 2014 führte zu einem erwartbaren und doch in der Form erschreckenden Ergebnis. Während in den meisten EU-Ländern rechte Parteien stark dazu gewannen, gehören die linken Parteien mehrheitlich zu den Verlierern. Im neu gewählten Parlament gehen demnach fast 20% der Sitze an eurokritische Parteien.

Ihre Ziele lassen sich nicht pauschal zusammenfassen, da sie untereinander in vielen Punkten unterschiedliche Positionen vertreten und sich teils auch nicht auf eine gemeinsame Zusammenarbeit einigen können. Trotz ihres in vielen Bereichen heterogenen Programms eint diese europäischen Parteien doch einiges: Ablehnung der europäischen Idee und Rückkehr zu mehr nationaler Souveränität. Für uns Jusos ist das Ergebnis der Europawahl, bei der man durchaus von einem Rechtsruck sprechen kann Grund zur Sorge und Anlass Ziele zu formulieren, diese Entwicklung zu stoppen.

15

Im Folgenden werden exemplarisch einige der rechten Parteien vorgestellt, die bei der Europawahl dazu gewonnen haben und dabei teilweise sogar stärkste Kraft in ihrem Land wurden.

Front National

20 Die Front National wurde 1972 von dem rechtsradikalen Antisemiten Jean Marie Le Pen gegründet. Ziel sollte unter dem Motto *préférence nationale*, eine Bevorzugung französischer Staatsbürger in so gut wie allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens sein. So sollten französische Staatsbürger unter anderem bei der Suche nach Arbeitsplätzen und bei Sozialleistungen bevorzugt werden. Eine weitere Zuwanderung sollte dabei strengerer Regeln unterliegen. Besonders einer Zuwanderung aus dem südlich-islamischen Raum steht die Front National kritisch gegenüber. Von vielen anderen rechtspopulistischen Parteien Europas unterscheidet sich die Front National in ihrem Protektionismus. Die Front National ist keine Anhängerin eines freien Marktes, sondern hoher Sozialleistungen und geringerer Klassenunterschiede. Durch eine Angleichung der Gehälter sollte auch das Klassensystem 25überwunden werden und der Fokus sollte nach Ansicht der Front National auf die wahren unüberbrückbaren Differenzen gelegt werden: Franzosen vs. Nichtfranzosen. Da in Frankreich das Rechts-Links-Schema traditioneller als in anderen Staaten anhand der Wirtschaftspolitik bemessen wird definiert sich die Front National aufgrund ihrer Sozialpolitik nicht als rechts, jedoch auch nicht als links. Sie sehen sich als französisch: Ni Droite ni Gauche - français!

35

2011, nach 39 Jahren, gab Jean Marie le Pen, der des öfteren wegen antisemitischer und geschichtsrevisionistischer Aussagen verurteilt wurde, den Stab des Parteivorsitzes an seine Tochter Marine Le Pen ab. Sie versuchte die Partei mehr in die rechte Mitte zu rücken um Wählerinnen und Wähler aus dem rechtskonservativen Lager zu gewinnen, die sich sonst von dem 40rechtsradikalen Image der Partei haben abschrecken lassen. Sie distanzierte sich auch von den offenen antisemitischen und geschichtsverklärenden Aussagen ihres Vaters. Anders als er verurteilte sie auch deutlich den Holocaust. Durch diesen Wechsel könnte man durchaus die Front National als nichts mehr rechtsradikal, aber weiter als rechtspopulistisch bezeichnen. Auch unter Marine Le pen folgt die Partei weiter dem Motto des *préférence nationale*, der deutlichen Bevorzugung 45französischer Staatsbürger. Dazu soll das Einwanderungsrecht restriktiver ausgestaltet werden, was auch durch einen Austritt aus dem Schengen-Raum umgesetzt werden soll. In der

Gesellschaftspolitik vertritt die Partei eine rückwärtsgewandte Position. Sie lehnt die Homo-Ehe und das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Partner ab. Sie lehnt den Bau von Moscheen genauso ab wie auch eine eine sog. anormale Kunst, was alles moderne ist, was nach ihrer Ansicht nicht typisch französisch sei.

5 Bei der Europawahl 2014 erhielt die Front National 26% der Stimmen und wurde dadurch stärkste französische Partei im neu gewählten europäischen Parlament. Dort gehört sie nach

Auflösung der Fraktion Identität Tradition Souveränität keiner Fraktion mehr an

UKIP

10 Anders als Front National gehört die rechtspolemische United Kingdom Independence Party, kurz UKIP, einer Fraktion im europäischen Parlament an. Unter dem Namen Europa für Freiheit und direkte Demokratie haben sich neben der UKIP Parteien wie die nationalen Schwedendemokraten und weitere vorwiegend marktliberale und gesellschaftlich rechtskonservative Parteien

15 Islamophobie und ein großer Hass auf Umweltschutz kennzeichnend für diese Partei. Sie lehnt islamische Symbole in öffentlichen Räumen ab, will generell keinen Multikulturalismus, verstärkte Zuwanderung und pol. Korrektheit. In der Umweltpolitik will sie staatliche Förderung der Kernenergie, eine Kommission die sich über Sinn und Zweck der Debatte über Klimawandel kritisch auseinandersetzt und sogar den Film von Al Gore über den Klimawandel in Schulen

20 verbieten. Bei der Europawahl 2014 konnte die UKIP um ihren Parteivorsitzenden Nigel Farage 28% der Stimmen holen. Dadurch gewann erstmals seit 1910 eine andere Partei als die Konservativen oder Labour eine nationale Abstimmung im vereinigten Königreich.

Schwedendemokraten

25 Die Schwedendemokraten, die ebenfalls wie UKIP der Fraktion Europa für Freiheit und direkte Demokratie angehören sind eine rechtspopulistische Partei aus Schweden die auch bei der Europawahl 2014 stark dazu gewonnen hat. Inhaltlich ähnelt sie mit ihrem wirtschaftsliberalen und islamfeindlichen Programm auch der UKIP.

Entstanden sind die Schwedendemokraten 1988 durch eine Fusion der rechtsradikalen Bevara Sverige Svenskt mit der Schwedischen Fortschrittspartei. Bevara Sverige Svenskt hat kein

30

Parteilich organisiertes und demokratisch-rechtsstaatliches Fundament, sondern war ein Zusammenschluss von offen rassistischen Neo-Nazis mit teilweise großer Sympathie für den Nationalsozialismus. Die Schwedendemokraten versuchen jedoch sich seit den späten 90er

Jahren vom rechtsradikalen Image der Bevara Sverige Svenskt zu befreien um so Wählerschichten

35

Auch in vielen anderen Staaten Gewannen rechtspopulistische bis rechtsradikale Parteien klar wie auch die FPÖ in Österreich 20,5% und wurde so drittstärkste Kraft in Österreich. Ebenso wurden die Partei Wahre Finnen mit rechtspopulistischen Positionen mit 12,9 drittstärkste Kraft in Finnland. Auch die Euroskeptische AfD in Deutschland gilt als eine der großen Wahlgewinner in Deutschland.

40 Die Parteien sind in sich sehr unterschiedlich und heterogen. Pauschal kann man diese schwer bekämpfen. So stehen sich auch UKIP und Front National nicht freundschaftlich gegenüber. Besonders in marktwirtschaftlichen Fragen, in Ausgestaltung der Vorurteile gegen andere Völker und im Umgang mit dem Islam.

Einige lehnen auch die EU als Ganzes ab, andere nur den Euro.

Mögliche Gründe für Rechtsruck

Weshalb werden diese Parteien gewählt? Weshalb werden solche politischen Ansichten von den WählerInnen der einzelnen Länder teilweise nicht nur toleriert, sondern auch legitimiert und unterstützt? Deutlich wird, dass die großen sozialdemokratischen und konservativen Parteien in den letzten Jahren so viele Wählerinnen und Wähler verloren haben, dass man sie in vielen Staaten nicht mehr als Volkspartei definieren kann. Es wird deutlich, dass viele Menschen radikale Antworten auf die gängigen Fragen suchen und diese meist im Nationalismus und der Abschottung zu finden meinen. Die Wirtschaftskrise, die Finanzhilfen ökonomisch stärkerer Länder für südliche EU-Mitglieder, die sogenannte als "EU-Diktat" wahrgenommene Politik Brüssels oder die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte, auch durch islamische Staaten oder der Sinti und Roma in westliche Staaten scheint bei vielen Menschen nicht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl auszulösen, mit dem Bedürfnis sich solidarisch als Staatengemeinschaft zu helfen, sondern sich in eine rückwärtsgewandte und vermeintlich heimatische

Welt der Nationalen Abschottung zu flüchten, als wäre man mit der heutigen Welt überfordert und suche als Schein einen Schutzraum mit einfachen Antworten auf komplexe Fragen. Um diesen Trend entgegenzuwirken muss man direkt bei den Menschen ansetzen. Die europäische Idee ist richtig, wir Jusos stehen weiter hinter dem europäischen Gedanken der Solidarität und des Miteinander zwischen Staaten die historisch nie in so einem langen Zeitraum sich friedlich gegenüberstanden wie in den letzten Jahrzehnten mit der EU. Unser Ziel ist eine Umgestaltung in eine Sozialunion, daran müssen wir arbeiten. Eine Flucht in Nationalismus und Abschottung mit dazu gehörenden konservativen Gesellschaftsansichten lehnen wir nicht nur ab, wir befürchten bei einem Blick in die Geschichte bei dieser Entwicklung auch Schlimmeres. In diesem Fall sehen wir den Lösungsweg nicht nur in allgemeinen Gesetzen. Eben diese werden ja der EU ja vorgeworfen und sorgen dafür, dass sich viele ihr abwenden. Ziel muss es auch sein bei den Menschen direkt anzusetzen und sie langfristig vom europäischen Gedanken zu überzeugen. Folgende Ansätze könnten dazu führen:

Ablehnung anderer Kulturen

Oft ist die Ablehnung einer anderen Kultur mit fehlendem Verständnis für diese begründet. Daher fordern wir, dass andere Länder, andere Kulturen und andere Nationen ausführlich in der Schule behandelt werden und künftig zu den Kerncurricula aller Schulformen gehören.

Wir wollen einen Ausbau von internationalen Austauschprogrammen, innerhalb der EU und weltweit, sodass unabhängig von den Vermögensverhältnissen der Eltern allen Schülerinnen und Schülern in der Schulzeit die Möglichkeit gegeben wird, andere Kulturen und Länder selbst kennenzulernen um eigene Einschätzungen über diese zu treffen.

Durch einen Ausbau der Inklusion kann man Vorurteilen entgegenwirken. Nichts fördert ein solidarisches Denken innerhalb der ethnischen Gruppen und den Abbau von Vorurteilen mehr als ein Miteinander. Dies kann durch aktiv gestaltete Wohnpolitik oder dem weiteren Ausbau von Gesamtschulen erfolgen.

Schlussendlich werden damit kulturelle Ablehnung durch Unverständnis abgebaut werden, da die Empathiefähigkeit der Individuen unterschiedlicher europäischer Nationen untereinander und auch gegenüber außereuropäischen Nationen wachsen.

Ablehnung anderer Religionen

Ablehnung erfolgt nicht nur gegenüber anderen Ländern, Kulturen und Nationen, sondern insbesondere auch gegenüber anderen Religionen, wie dem Islam. Deshalb fordern wir

5

- die Einbeziehung anderer Religionen in den Schulunterricht
- einzelne positive Heraushebungen aller Weltreligionen

sodass die Toleranz gegenüber anderen Ideologien, Denkmustern und Religionen zunimmt.

10

Außendarstellung der EU

Die Darstellung der EU innerhalb der EU-Bürgerinnen und Bürger ist derzeit äußerst negativ.

Daher fordern wir die europäische Union dazu auf, auf ihre Errungenschaften verstärkt aufmerksam zu machen, wie beispielsweise auf die Reisefreiheit, auf die teils äußerst niedrigen Preise und die enorme Auswahlmöglichkeit der Konsumenten durch die EU. Des Weiteren fordern wir die Entscheidungsträger der EU dazu auf, die europäische Sozialpolitik stärker auszubauen, um einerseits die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger der EU anzugleichen und vor allem verbessern zu können und andererseits weitere positive Veränderungen für die Bevölkerung der EU zu bewirken.

20

Nichtwähler

Einige Wählerinnen und Wähler gehen nicht zur Europawahl, weil sie meinen, dass sich weder durch ihre Stimme noch durch das Ergebnis der Europawahl etwas ändere. Durch den hohen Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler erhalten jedoch rechtspopulistische

25Parteien höhere Stimmenanteile. Die Vorzüge der Demokratie und Mitbestimmung muss verstärkt als historische Chance dargestellt werden.

Inklusion

AsylbewerberInnen, die nicht nur kaum in den Möglichkeiten der Integration unterstützt werden, sondern die sogar in ihren Möglichkeiten zur Integration beschränkt werden leidern unter den Zuständen und werden dadurch auch als etwas Fremdes wahrgenommen. Diese nicht Integrierten werden oft als „Ausländer“ „die sich nicht integrieren wollen“ wahrgenommen. Dadurch entstehen Missgunst und Vorurteile gegenüber anderen Nationen. Meist ist es für AsylbewerberInnen äußerst kompliziert an eine Arbeitserlaubnis zu gelangen, sodass sie in die Rolle der arbeitsfaulen

35Personen gedrängt werden die auf

Tasche der Sozialämter liegen.

Daher fordern wir die Unterstützung der AsylbewerberInnen bei ihrer Integration durch kostenfreie und umfangreiche Sprachkurse, die an das jeweilige Sprachlevel der einzelnen angepasst sind unbürokratischere und schnellere Wege für AsylbewerberInnen an eine Arbeitserlaubnis zu gelangen, genauer:

Jeder Asylbewerber und jede Asylbewerberin sollen das Recht bekommen, in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland nach Vorlage der notwendigen Personalien eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Nach der Antragsstellung auf eine Arbeitserlaubnis ist dem Antrag nach einer Frist von höchstens zwei Wochen zuzustimmen, sofern keine gravierenden personenabhängige Gründe wegen falscher Angaben oder Urkundenfälschung bei den für den Antrag nötigen Unterlagen vorliegen.

Mediale Berichte

Meist sind die Nachrichten sehr national orientiert. Dies fördert das Nationalbewusstsein der BürgerInnen, was die Abgrenzung gegenüber anderen Nationen verstärkt. Daher fordern wie die Medien und Berichterstattungen dazu auf, mehr über andere Länder zu berichten.

Kampf gegen Rechts

Antifaschistische Gruppen müssen europaweit in ihrer gewaltfreien Arbeit gegen rechte Strukturen mehr finanzielle Mittel erhalten.

15

AntragstellerInnen: UB WOB

G 6: Pro Asyl, gegen Eurosur

Was ist Eurosur? Am 22.10.2013 einigte sich die Europäische Union in der Verordnung Nr. 1052/2013 auf die Errichtung eines europaweiten Grenzüberwachungs- und Informationsaustauschsystems: Das European Border Surveillance System oder kurz: Eurosur. Im Rahmen von Eurosur soll in jedem Land der europäischen Union ein sogenanntes nationales Koordinierungszentrum errichtet werden. Diese Koordinierungszentren sammeln die Informationen aller Grenzüberwachungsbehörden (d.h. Zoll, Grenzschutz, Einwanderungsbehörde etc.) und weitere Daten, die durch neu installierte Grenzüberwachungsinstrumente (Schiffssensoren, Drohnen, Satellitenüberwachung etc.) erhoben werden, um sie in einem nationalen Lagebild zusammenzufassen. Das nationale Lagebild soll in erster Linie als Informationsquelle für Frontex, der europäischen Grenzschutzbehörde, dienen und unter anderem eine Einstufung des Gefährdungspotenzials aller Ereignisse an den Grenzen beinhalten. Aus der Summe dieser nationalen Lagebilder entwickelt Frontex das sogenannte „europäische Lagebild“. In dem ebenfalls eine Einstufung des Gefährdungspotenzials bezüglich Grenzüberschreitender Kriminalität und Flüchtlingsströme, allerdings diesmal ganzer Grenzabschnitte, enthalten sein soll. Zusätzlich entwickelt Frontex, mithilfe von nicht EU-Ländern und den bereits erwähnten Grenzüberwachungsinstrumenten, ein „Informationsbild des Grenzvorbereichs“. Das Wort „Grenzvorbereich“ schließt hierbei alles ein was außerhalb der europäischen Union liegt, seien es internationale Gewässer oder Häfen und Küstenabschnitte anderer Länder. Auch bei diesen erfolgt wiederum eine Einstufung bezüglich ihres Gefährdungspotenzials. Am Ende sollen alle diese Informationen Teil des bereits bestehenden CISE (Common Information sharing Environment) werden, zudem theoretisch jedes Mitgliedsland uneingeschränkter Zugriff haben soll. Ob und wie genau diese Eingliederung passiert steht jedoch noch nicht fest.

Nach eingehender Beschäftigung mit der Verordnung Nr. 1052/2013 und dem Aufsatz „Borderline“ der Heinrich Böll Stiftung zu diesem Thema kommen wir jedoch zu folgenden Ergebnissen:

Eurosur besitzt keine rationale Legitimation Die Idee von Eurosur steht nicht, wie in der Vergangenheit vielfach von Politikern behauptet wurde, im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling des Jahres 2011, sondern ist bereits sehr viel älter. Tatsächlich sollen bereits 2008, nach Informationen der Heinrich Böll Stiftung, Pläne für ein Projekt wie Eurosur vorgelegen haben. Allerdings kam die Flucht einer größeren Zahl von Menschen aus Tunesien an die Küsten Frankreichs, im Zuge des arabischen Frühlings, für die Durchführung von Eurosur nicht ungelegen. Schnell wurde dieses Ereignis genutzt und auf Basis von Rechtspopulismus und dem gezielten Spiel mit den Ängsten der europäischen Bevölkerung (Flüchtlingswelle/ Flüchtlingsflut) wurde versucht das von langer Hand geplante Projekt zur Abschirmung europäischer Grenzen zu legitimieren. Der Schutz und die Rettung von Flüchtlingen spielte hierbei eine geringe bis gar keine Rolle.

Eurosur dient der Flüchtlingsbekämpfung Auch wenn Eurosur immer wieder als Flüchtlingschutzprogramm verkauft wird, so erkennt man die tatsächliche Aufgabe dieses Projekts beim lesen der europäischen Verordnung nur allzu deutlich. Hauptsächlich ist hier die Rede von der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, deren Bedeutung und Verbreitung in Wirklichkeit nicht nachweisbar ist, und der Bekämpfung illegaler Einwanderung.

Unter Punkt 3) der Verordnung heißt es dann: „In dieser Verordnung wird anerkannt, dass die Migrationsrouten auch von Menschen genutzt werden, die internationalen Schutz benötigen“. Insofern wird von der europäischen Union auf der einen Seite keine klare Trennung von Migranten und Asylsuchenden gemacht und auf der anderen Seite die begründete Asylbewerbung klar als Randerscheinung dargestellt. Darüber hinaus fehlt es der Verordnung an einer Festlegung, wie mit Menschen, die von Eurosur beim Grenzübertritt registriert worden sind verfahren werden soll. Es existiert weder eine Richtlinie, die die Rettung von Migranten oder Flüchtlingen vorschreibt noch eine, die etwa die Art deren späterer Unterbringung spezifiziert. Wäre Eurosur ein Programm zum Schutz von Flüchtlingen müssten diese Regelungen klar im Vordergrund stehen oder zumindest

eindeutig formuliert sein

Eurosur mangelt es an Objektivität. Allerdings bleibt nicht nur das Verfahren mit Flüchtlingen den unterschiedlichen Regelungen und subjektiven Einschätzungen der Mitgliedsländer überlassen. Auch bei der Risikobewertung, die eine wichtige Säule bei Eurosur darstellen soll, bestehen keinerlei Vorgaben nach welchen Kriterien diese Einstufung erfolgt oder was aus einer entsprechenden Einstufung für Konsequenzen gezogen werden. Hierzu heißt es lediglich, Das betreffende Land solle bei unerheblichen Auswirkungen (low impact level) eine ausreichende Anzahl an Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen, bei moderaten Auswirkungen (medium impact level) solle zusätzlich eine geeignete Grenzüberwachung installiert werden und bei 10erheblichen Auswirkungen (high impact level) sollen vorhergegangene Maßnahmen verstärkt werden. Die Frage, welche Neuerungen derartig formulierte Verordnungen bringen, bleibt besser unausgesprochen.

Eurosur kennt keine Kostenbremse. Was allerdings die Kosten für Eurosur anbelangt so zeigte sich die Europäische Union, trotz der Finanzkrise, die noch nicht ausgestanden ist, überraschend 15freigiebig. Statt einer Festlegung über den Etat des Projekts heißt es hierzu: „Die Agentur (Frontex) soll mit entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie die ihr im Rahmen dieser Verordnung zusätzlichen Aufgaben angemessen erfüllen kann“. Die Heinrich Böll Stiftung kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Einschätzung über die Kosten des Projekts über 338 mio € viel zu gering sind und einen Rahmen von mehr als 850 mio € leicht 20sprengen könnten. Vor allem, da die einzigen Gutachten über das Kosten Nutzen Verhältnis des Projekts von Frontex, beziehungsweise von den Hard- und Software Entwickler Firmen, die massiv von der Durchführung des Projektes profitieren, erstellt wurden.

Eurosur ist Technokratie statt Demokratie. Die Firmen, welche know how und Material für Eurosur liefern, sind dabei stärker in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden als das europäische 25Parlament oder die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten. Legitimation erhält Eurosur einzig und allein von der europäischen Kommission und Frontex. Eine breite Diskussion der Bürgerinnen und Bürger, wie es sie vor der Einführung von Frontex gab suchte man vor der Einführung von Eurosur vergeblich. Im weiteren Verfahren soll das europäische Parlament von Frontex alle zwei Jahre und von der Kommission alle 4 Jahre eine Einschätzung über das funktionieren von Eurosur erhalten. 30Die Möglichkeit sich selbst ein Bild machen oder auf Basis der Ergebnisse Einspruch gegen das Projekt erheben zu können fehlt jedoch.

Eurosur ist Machtbasis und Datenmonopol. Obwohl die unterzeichnenden Mitgliedstaaten sich verpflichten uneingeschränkt alle Daten bezüglich ihrer Grenzen an Frontex weiterzugeben ist ein uneingeschränkter Zugriff auf diese nicht vorgesehen. Stattdessen behält Frontex sich vor, 35Informationsgesuche aus Mitgliedsstaaten, ablehnen zu können. Zum Teil müssen Mitgliedsstaaten auch streng geheime Informationen, wie zum Beispiel den Status, die Stärke und die Bewegung von Truppen, die sich in der Nähe von Grenzgebieten aufhalten weitergeben. Solche Berichte mögen zwar ungefährlich in Bezug auf unsere europäischen Nachbarn wirken. Allerdings erhalten sie eine gewisse Brisanz bezieht man mit ein, dass es auch Drittstaaten, innerhalb eines von Frontex im 40Einzelfall festzulegenden Rahmen, möglich ist Informationen aus Eurosur zu erhalten. Dabei werden illegale Zugriffe auf Eurosur, die durchaus nicht unmöglich sind, noch unberücksichtigt gelassen. Eurosur könnte also für jedes der unterzeichnenden Mitgliedsländer zum Sicherheitsproblem werden. Allerdings ist nicht nur der Datenschutz der Mitgliedsländer sehr unsicher. Auch von Privatpersonen werden innerhalb von Eurosur Daten gesammelt, deren 45Weiterverbreitung schon festgelegt ist, da es sich bei Eurosur schließlich um ein Informationsaustauschsystem handelt.

Eurosur ist europäische Vorratsdatenspeicherung. Vor allem mithilfe der Satellitenüberwachung und der Sensor gestützten Schiffserkennung, die an den Europäischen Seegrenzen erfolgen, werden von Eurosur Daten über Europäische Bürgerinnen und Bürger erhoben und gespeichert. Die Heinrich 50Böll-Stiftung, behauptet sogar, dass es nicht bei der Erhebung dieser Daten bleiben wird und

Eurosur aus mangelnder Differenzierungsmöglichkeit jedwede Urlaubsreise und andere Grenzüberschreitung innerhalb des Schengenraums registrieren könnte. Die zukünftigen Pläne Eurosur mit in das europäische CISE (Common Information Sharing Environment) zu überführen würden nach Befürchtungen der HBS dazu führen, dass Datenschutz bald überhaupt nicht mehr gewährleistet werden könnte.

Fazit:

Wir sind davon überzeugt, dass die breite Masse der europäischen Bevölkerung Eurosur nicht mittragen würde, wenn man sie über die Gefahren dieses Systems nicht im unklaren ließe. Mit der Behauptung Eurosur sei ein Programm zum Schutz für Flüchtlinge werden dabei bestimmte Informationen gezielt verschleiert. Tatsächlich von dem Projekt profitieren können nur Frontex, der eine breite Machtbasis zugesprochen wird, und die Firmen, die ihre Technologie zu beinahe beliebigem Preis an die Europäische Union verkaufen können. Unsere Forderung, da der Nutzen eines Systems wie Eurosur nicht nachweisbar, jedoch die Gefahren und Kosten, die es birgt, erheblich sind, ist Eurosur umgehend einzustellen und die gesparten Gelder zum Wohle der Flüchtlinge und nicht zu ihrer Abschreckung einzusetzen.

AntragstellerInnen: BeVo

I 1: Antrag zur UN und ihrer Gremien

Im Projekt Internationales haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der zwei Sitzungen jeweils in Gifhorn und Braunschweig mit der UN und ihrer Gremien beschäftigt.

Auseinandergesetzt haben wir uns unter anderem mit den Themenfeldern:

- 5 - UNO als Weltpolizei
- Legitimationsbasis der UN
- Zweck der Vollversammlung
- Mängel beim Sicherheitsrat
- Möglicher Antisemitismus, u.a. in Menschenrechtskonvention
- 10 - Größen- und Machtverhältnis der Staaten innerhalb der UN

Dieser Platzhalter soll auf der Bezirkskonferenz mittels Änderungsantrag ersetzt werden.

AntragstellerInnen: UB GF

I 2: TTIP? - nein danke!

Seit Juli 2013 verhandeln die Kommission der Europäischen Union und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Dieses trägt den Namen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, kurz TTIP. Dieses Abkommen beinhaltet unter anderem eine Freihandelszone EU-USA, den Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, Investitionsschutz, Deregulierung und gemeinsame Industriestandards. Kurzum: Das neoliberale Finanzmarktkapitalismus-rundum-sorglos-Paket.

Fehlende Legitimation, Kontrolle, Transparenz und Akzeptanz

„I actually have had supporters of the deal say to me ‚They [die Verhandlungen] have to be secret, because if the American people knew what was actually in them, they would be opposed.‘“

Elizabeth Warren, US-Senatorin und Beraterin von Barack Obama

Die Verhandlungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit UND der gewählten RepräsentantInnen der EuropäerInnen geführt, während 600 LobbyistInnen unter der Moderation (sic!) der Unterhändler von USA und EU die Inhalte des Abkommens erarbeiten.

Die UnternehmerInnen und BürgerInnen der Vertragsstaaten haben die Möglichkeit ihre Meinung zum Investitionsschutz und der Investor-Staat-Streitbeilegung der EU Kommission mitzuteilen. Bezeichnenderweise wurde diese Möglichkeit von der EU nicht großartig öffentlich gemacht.

ParlamentarierInnen, sowohl nationale als auch europäische, haben keinen Einblick in die laufenden Verhandlungskapitel, können keine Verhandlungsdetails erfahren oder gar Texte einsehen. Da ParlamentarierInnen keinen Einblick, geschweige denn Einfluss, auf die Verhandlungen haben und LobbyistInnen entscheidend an der Ausarbeitung der Texte beteiligt sind, sind diese in keiner Weise demokratisch legitimiert. Das Verhandlungsmandat ist ebenfalls nicht von den Parlamenten beschlossen worden, sondern nur von den zuständigen Fachministern der Mitgliedstaaten der EU.

Öffentliche Akzeptanz besitzt dieses Abkommen ebenfalls nicht, dies liegt vorwiegend an der Geheimhaltung der Verhandlungen. Warum diese geheim sind beschreibt das Zitat von Senatorin Warren passend.

Über das fertige Abkommen soll dann nur das Europäische Parlament abstimmen dürfen, nicht aber die nationalen Parlamente, obwohl das Abkommen teils gravierende Einschnitte in ihre Gesetzgebungskompetenzen hat.

Das Europäische Parlament wird das Abkommen nur als ganzes ohne Änderungen annehmen oder ablehnen können sollen, dies untergräbt die Autorität des Parlaments.

Freihandelszone, Tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse

Oft wird der Abbau von tarifären Handelshemmnissen, wie Zöllen, Importquoten, Mindestpreise, Exportsubventionen und Verbrauchssteuern, als Argument für das TTIP angegeben. Tatsächlich sind aber schon sehr viele tarifären Handelshemmnisse abgebaut, es geht tatsächlich um nichttarifäre Handelshemmnisse. Diese bestehen hauptsächlich aus VerbraucherInnenschutz-, Umweltschutz-, Gesundheitsschutz-, Sozial- und gesetzlichen technischen Standards. Außerdem sind die Regeln für die öffentliche Vergabe oft ein nichttarifäres Handelshemmnis.

Um diese nichttarifären Handelshemmnisse abzubauen wird eine „Harmonisierung“ der Standards von EU und USA angestrebt. „Harmonisierung“ bedeutet im Normalfall Anpassung der höheren vorhandenen Standards an die niedrigeren vorhandenen Standards. Nur so entstehen keine Nachteile für die Unternehmen, gleichwohl aber Nachteile für die Menschen, die sich in Chlorhähnchen, Gentechnisch veränderten Lebensmitteln oder Fracking äußert.

Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegung

TTIP wird Unternehmen die Möglichkeit geben Staaten zu verklagen, wenn GewinnERWARTUNGEN (sic!) durch neue gesetzliche Auflagen oder Moratorien geschmälert werden. Über diesen Investor-Staat-Streit entscheidet ein Schiedsgericht, dass die einzige Instanz in diesen Verfahren darstellt und in keiner Weise demokratisch legitimiert ist. Investor-Staat-Streitbeilegungen lehnen wir generell ab, da die Verfahrensgegenstände meistens Standards sind, die zum Wohle der Menschen verabschiedet oder erhöht wurden. Auch haben wir generelle demokratietheoretische Bedenken, wenn ein privates Unternehmen einen Staat vor einem nicht demokratisch legitimierten und intransparenten Schiedsgericht verklagen.

Aus diesen Gründen

1. fehlende Transparenz
2. fehlende Kontrolle
3. fehlende Akzeptanz
4. Absenkung der Standards
5. Investitionsschutz und Investor-Staat-Streitbeilegung vor nicht legitimierten Schiedsgerichten

lehnen wir Jusos das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP entschieden ab!

Wir fordern die Verhandlungen einzustellen und nicht wieder aufzunehmen.

Wir wollen keine Freihandelszone und keinen Investitionsschutz, keine Schiedsgerichte und keine Chlorhähnchen, kein Fracking und kein Genfood!

Wir wollen eine Politik, die an den Interessen der Menschen ausgerichtet ist, nicht an denen des Finanz- und Großkapitals!

AntragstellerInnen: UB BS

I 3: Was habt ihr eigentlich gegen Chlorhühner? Für eine differenzierte und sachliche Kritik am geplanten Freihandelsabkommen TTIP

Vorwort

5Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ist ein vielkritisierendes Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, welches sich zur Zeit in den Verhandlungen befindet. Es ist vor allem wegen der Tatsache, dass es einschränkend im Bezug auf Demokratie, ArbeitnehmerInnenrechte und Umwelt- sowie Gesundheitsstandards agiert, nicht vereinbar mit der Vorstellung, welche wir als linker Richtungsverband haben, um eine Verbesserung der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen zu fördern.

Undemokratische Züge trägt das bisherige Zustandekommen von TTIP, da es unter anderem durch den starken Einfluss von LobbyistInnen unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Arbeitnehmerrechtlich einschränkend ist es aus dem Grund, dass den Konzernen möglicherweise die Macht gegeben wird, gewerkschaftlich ausgehandelte Standards zu limitieren. Darüber hinaus könnten Maßstäbe zum Schutz von Umwelt und Gesundheit unterlaufen oder ausgehebelt werden.

Die Kritik an TTIP ist äußerst wichtig, da die Ausgestaltung dieses Abkommens in keinster Art und Weise mit unseren Grundwerten vereinbar ist. Trotz dieser Tatsache wollen wir zum Ausdruck bringen, dass ein beachtlicher Teil der Rezensionen ebenfalls von kritikwürdigen Ansichten beeinflusst wird. Wir fordern in diesem Antrag einen differenzierteren Umgang mit der Kritik gegenüber dem Freihandelsabkommen. Nichtsdestoweniger ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass das TTIP in seiner heutigen Form, selbstverständlich abzulehnen ist.

Heimat vs. "Das Fremde"?

Die Kritik gegenüber TTIP wird mittlerweile von der breiten Masse der Bevölkerung getragen. Zusätzlich ist eine negative Konnotation innerhalb der Medienwelt gegenüber dem Freihandelsabkommen bemerkenswert. Diese, eigentlich positive, Tatsache hat im Laufe der Zeit jedoch abstrakte Züge angenommen. Auffällig ist, dass die Debatte zunehmend von konservativen Kräften übernommen und teils dominiert wird. Häufig stehen in den Diskussionen nicht mehr entscheidende Elemente, wie zum Beispiel ArbeitnehmerInnenrechte im Vordergrund, sondern es geht vielmehr darum, "die altbekannte und heimische Wirtschaft vor ausländischen Einflüssen zu beschützen". Oft wird dabei aufgeführt, dass große, oft amerikanische, Konzerne mehr Macht in Deutschland bekämen. Wir sehen keinen Unterschied ob Menschen durch global agierende Unternehmen aus ihrer "Heimat" oder anderen Staaten ausgebeutet werden. Der Kapitalismus agiert global und eine differenzierte Sicht, gar die Bevorzugung, von sogenannten heimischen kapitalistischen Strukturen ausgebeutet zu werden empfinden wir als falsch und gefährlich. Diese nationalkonservative Perspektive mündet nicht selten in überspitzter Panikmache gegenüber der angeblichen Überfremdung und dem Unbekannten. Abseits dessen lehnen wir eine rein germanophile Zentrierung der Kritik, die nicht die bestehenden kapitalistischen Zustände ablehnt, sondern lediglich deutsche Interessen wahren möchte, ab.

40Kritik an TTIP als Plattform für Antiamerikanismus?

Zusätzlich verbirgt sich hinter einigen Rezensionen über das Freihandelsabkommen eine aufkeimend anti-amerikanische Haltung. Häufig wird auf ein mögliches Ungleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, zugunsten der USA, hingewiesen. Dies dient in in einigen Fällen dazu Skepsis und Antipathie gegenüber den USA zu streuen und ein gewisses Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Verhandlungspartnern zu implizieren. Durch TTIP erhoffen sich Unternehmen in den USA und der EU höhere Gewinne und mehr Einfluss. Beide Seiten verhandeln an dem Projekt und auf beiden Seiten gibt es Befürworter aus Wirtschaft und Politik wie auch starke Gegenstimmen. Der Vorwurf, die USA würden über die EU oder über das exportstarke Deutschland räuberisch herfallen ist daher falsch!

10Aber warum dann diese Behauptungen?

Während die USA mit Kapitalismus gleichgesetzt werden, welcher in den hohen Wolkenkratzern Manhattans sein Zuhause hat, sieht man in Deutschland die idyllische Heimat die mit ihrer Kultur einen Kontrast zum ungehemmten imperialistischen Kapitalismus der USA

bieten soll. Oft greift Kritik an TTIP, welche auch berechtigt ist, an der Ursache, nämlich den kapitalistischen Strukturen, vorbei und bedient sich nationalistischer, fremdenfeindlicher und anti-amerikanistischer Denkmuster.

Besonders deutlich wird das anhand des Beispiels der mittlerweile berühmt gewordenen Chlorhühner. Diese gelten mittlerweile als Inbegriff des als Verbraucherschutz getarnten Ressentiments gegenüber den USA und dem Neuen bzw. Fremden. Häufig wird Kritik an TTIP dazu genutzt, um vor vermeintlich gefährlichen amerikanischen Chlorhühnern zu warnen, die nach Inkrafttreten des Abkommens den heimischen Markt überschwemmen und die Gesundheit der deutschen BürgerInnen gefährden sollen. Der Name ergibt sich aus dem Chlorbad, in dem die Hühner für den Endverbrauch desinfiziert werden. Eine Praxis die in Deutschland bisher unüblich ist. In Deutschland ist währenddessen jedes fünfte Schlachthuhn mit Salmonellen belastet. Auch andere krankmachende Erreger wie Campylobacter werden nicht selten auf deutschem Geflügel beobachtet. Das Bundesinstitut für Risikobewertung kommt sogar zu dem Schluss: "Das Chlorhühnchen ist nach unserer Auffassung nicht gesundheitsschädlich für den Verbraucher. [...] Das deutsche Huhn ist auf keinen Fall gesünder als das US-Chlorhuhn. Ganz im Gegenteil: Wir müssen leider feststellen, dass wir ein massives Keimproblem auf deutschem Geflügel haben" (Lüppo Ellerbroek im Report aus Mainz, Das Erste, Juni 2014). Wieso wird dann die vermeintliche Gefahr einer Invasion chlorgetränkter Hühner heraufbeschworen, wenn doch die deutschen Hühner kaum gesünder, wenn nicht sogar schädlicher für den Endverbraucher sind? Die Erklärung könnte in einem tief sitzenden deutsch-nationalen Antiamerikanismus liegen, der auf die Chlorhühner, fern jeglicher Tatsachen, projiziert wird. Die Debatte um TTIP wird demnach zu oft instrumentalisiert um tief sitzende Ressentiments zu bedienen und zu legitimieren.

Abkehr des Internationalismus'?

Als internationalistischer Richtungsverband hört für uns Politik und die Wahrung elementarer Rechte nicht an willkürlich gezogenen Staatsgrenzen auf. Wir begrüßen die Vorteile eines internationalen Wechselspiels in kultureller und ökonomischer Hinsicht. Das Problem an TTIP ist nicht der fremde Einfluss der durch Abschottung außer Kraft gesetzt zu sein scheint, sondern die Logik eines Systems, welches auf Gewinnmaximierung orientiert ist. Staatsübergreifende Bündnisse und das Verschwinden national-autonomer Befugnisse sind an sich positive Entwicklungen, die nur durch die Zwänge des Kapitalismus' diese negativen Erscheinungen mit sich bringen. Wir bedauern nicht die fortschreitende Globalisierung, wir bedauern, dass diese durch kapitalistische Zwänge, Ausbeutung

und Leid exportiert und radikalisiert. Aus diesem Grund wird der Grundgedanke des Internationalismus' in seinem Ansehen geschwächt. Schnell verkriechen sich auch Linke in einem vermeintlichen Wohlgefühl heimatlicher Hegemonie. Abseits der durch Kapitalismus verstärkten Einschränkung von ArbeitnehmerInnen- und Umweltstandards sehen wir auch positive Aspekte staatsübergreifender Bündnisse: Die nationalen Denkstrukturen könnten langsam abgebaut werden und die politischen Beziehungen, besonders auch mit dem Fokus auf Friedenspolitik, könnten unter Wirtschaftspartnern ausgebaut werden.

Gefahr der verkürzten Kapitalismuskritik

Die konventionelle Kritik an dem Freihandelsabkommen enthält aber nicht nur gesellschaftliche Aspekte, die mit unseren Grundwerten in keinem Fall vereinbar sind, sondern auch eine ausgeprägte Form von verkürzter Kapitalismuskritik, beziehungsweise meistens erst gar keine, obwohl gerade diese der Hauptbestandteil der Kritik sein sollte. Umso negativer sehen wir es, dass gerade jene Kapitalismuskritik nur in stark verkürzter Form, oder meist überhaupt nicht in den herkömmlichen Rezensionen auftaucht, wobei es eigentlich offensichtlich ist, dass jeder kritikwerte Punkt, der sich auf Ökonomisches bezieht, auf den Kapitalismus zurückzuführen ist. Hierbei stellt sich die Frage ob TTIP an sich die Ursache der Missstände, oder eher das Resultat als Ergebnis kapitalistischer Logik ist. Würde ein Abwenden von TTIP die kapitalistische Verwertungslogik mit dem Streben der besten Standortvorteile und dem bestmöglichen Einfluss der Unternehmen auf Staat und Gesellschaft mindern oder gar abschaffen? Schafft dieses Wirtschaftssystem nicht immer Grundlagen und Anlass zu weitreichenden Maßnahmen um alle sozialen und ökologischen Aspekte auszuhebeln, sofern diese eine Gewinnmaximierung mindern? Sind nicht auch Staaten nur agierende Objekte im weltweiten Spiel um Erhalt der eigenen Macht- und Herrschaftsstrukturen? Der Ruf nach mehr Protektionismus mag den Menschen temporär ein berechtigtes Gefühl der Sicherheit geben, bietet jedoch dauerhaft keine sichere und abgeschirmte Oase vor der Wüste der kapitalistischen Regel: Gewinn über alles! Um den komplexen Kapitalismus in seinem Wesen zu verstehen, bedarf es ausreichender Lektüre der marxistischen Werke. Das System beherrscht den Alltag unseres Leben und wird jede Minute aufs neue am Leben erhalten. Diese Unwissenheit gepaart mit der Selbstverleugnung und Projektion kapitalistischer Logik auf einzelne Personengruppen oder Staaten ist der Kern verkürzter Kapitalismuskritik, die wir vehement ablehnen. Die USA sind nicht Hort des Kapitalismus', wie auch ein abgeschottetes Deutschland seine BürgerInnen nicht vor diesem schützen kann.

Fazit und Forderung

Wie wir in den oben genannten Punkten ausführlich erläutern, ist die Kritik an TTIP selbst zwar richtig und sogar erfreulich, vor allem, weil sie von so einer großen Masse der Bevölkerung getragen wird. Auf der anderen Seite wird das Freihandelsabkommen vermehrt auf der Grundlage nationalkonservativer und antiamerikanischer Denkstrukturen kritisiert. Zusätzlich ist in den seltensten Fällen eine umfassende Kapitalismuskritik erkennbar. Diese sollte für einen sozialistischen Richtungsverband essenziell sein. Wir fordern einen differenzierteren Umgang mit dem TTIP. Es sollte auf einer Ebene kritisiert werden, welche sich nicht auf xenophobische Grundeinflüsse beruft und die tatsächliche Kehrseite dieses Freihandelsabkommens in den Vordergrund rückt.

AntragstellerInnen: UB SZ

N 1:Neuregelung des Urheberrechts im Internet zugunsten des Verbrauchers

Die Jusos fordern, das Urheberrecht dahingehend zu verändern, dass nur diejenigen eine Urheberrechtsverletzung begehen, die urheberrechtlich geschützte Werke ohne rechtliche Grundlage Sanderen zur Verfügung stellen.

Begründung

Das Urheberrecht bietet eine rechtliche Grauzone, die derzeit von Rechtegesellschaften und Anwälten in betrügerischen Formen ausgenutzt werden.

Im großen Stil ermitteln Rechtegesellschaften auf rechtlich fragwürdige Art und Weise¹ IP-Adressen von Bürgern aus, die im Internet Streaming-Angebote genutzt haben sollen. Weiter werden dann Auskunftserteilungen bei Landgerichten beantragt. Diese dienen dazu die Internet-Provider zu zwingen Namen und Adressen zu den Personen hinter den IP-Adressen zu nennen. Abschließend verschicken nahestehende Anwälte Massenabmahnungen an diese Personen mit einer Aufforderung zur Unterlassung und Zahlung einer Abmahngebühr in Höhe von ca. 250€-1000€².

Bei den Streaming-Portalen handelt es sich um Internetseiten die Spielfilme, Erotikfilme oder Privatvideos direkt per Mausclick im Browser abspielen. Die Videos werden vom Seitenbetreiber selber oder von Nutzern der Seite zur Verfügung gestellt. Eine Kopie der Videos wird beim Abspielen nicht auf der Festplatte hinterlegt. YouTube ist auch ein Beispiel für ein solches Portal. Für den Verbraucher ist es hierbei selten ersichtlich, ob das aufgerufene Video vom Lizenzgeber lizenziert wurde oder nicht. Ebenso belegt die ermittelte IP-Adresse nur, dass der Verbraucher sich auf der Seite des einen Videos aufgehalten hat, nicht aber, dass er sich dieses auch angesehen hat.

In der analogen Welt würde das bedeuten, dass jeder Besucher der bei einer Veranstaltung, bei der die GEMA-Gebühr für Musik nicht entrichtet wurde, abgemahnt werden könnte, obwohl die Lizenzierung Sache des Veranstalters ist. In der realen Welt wären diese Abmahnungen jedoch nicht durchsetzbar, warum sind sie es scheinbar aber im Internet?

Ausgenutzt wird bei diesen Abmahnungen, dass sich die Verbraucher dagegen kaum zu Wehr setzen können. Anfechtungen gegen diese bieten das Risiko eines Zivilprozesses, in dem Kosten für Anwälte und Gutachten, die geforderten Abmahngebühren um ein Vielfaches übersteigen können. Egal wie er entscheidet (Geld an den Abmahnanwalt oder an den Eigenen), der Verbraucher hat verloren und die Anwälte in Deutschland gewonnen.

Um diese für den Verbraucher ungünstige Rechtesituation zu beseitigen, bedarf es einer Änderung der Urheberrechtsgesetze dahingehend, dass der reine Konsum von urheberrechtlich geschützten Materialien ohne Einschränkung straffrei bleibt.

Peer-To-Peer-Netzwerke(Tauschbörsen) sollen dagegen strafrechtlich relevant bleiben. Hier kann ein Verbraucher nicht einfach zufällig hineinstolpern. Bei jedem Klick auf eine Datei muss dem Nutzer hier klar sein, dass er diese auch an andere weiterverteilt. Hier ist es zumutbar, dass der Nutzer sich bzgl. der Rechtesituation jeder Datei informiert.

1<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Abmahnungen-wegen-Porno-Streaming-Ermittlung-der-IP-Adressen-im-Visier-der-Staatsanwaltschaft-2070275.html>

2<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/porno-seite-redtube-abmahnungen-gegen-viele-nutzer-a-938077.html>

AntragstellerInnen: UB SZ

N 2: Vereinfachung des Umsatzsteuergesetzes

Der Bezirk der Jusos Braunschweig möge beschließen:

Die SPD Salzgitter fordert, den ermäßigten und normalen Umsatzsteuersatz gerecht zu vereinfachen und verteilen.

Begründung

Seit Jahren wird angekündigt, dass das Umsatzsteuergesetz bzgl. des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7% und des normalen Umsatzsteuersatzes von 19% vereinfacht werden soll. So fällt beispielsweise auf eine normale Kartoffel 7% Umsatzsteuer, eine Süßkartoffel 19% Umsatzsteuer oder auf einen Kartoffelsalat 19% Umsatzsteuer an. Die Steuersätze sind so undurchsichtig, dass selbst das Finanzamt bei der Besteuerung oft Schätzungen vornehmen muss. Beispielsweise auf einem Wochenmarkt werden Steuersätze absolut undurchsichtig, vor allem für die Händler. (Beispiele: Küchenmajoran 7%/wilder Majoran 19%, Wasser ohne Kohlensäure 7%/Wasser mit Kohlensäure 19%)

15 Umverteilung geht auch durch die Umsatzsteuer

Wir fordern, dass der ermäßigte Steuersatz von 7% künftig für alle Grundbedürfnisse der Menschen erhoben wird (Lebensmittel und Getränke aller Art, etc.). Außerdem sollten Unternehmen aus Branchen, denen es wirtschaftlich eher schlecht geht und die evtl. den gesetzlichen Mindestlohn schwer finanzieren können, ebenfalls bei der Umsatzsteuer entlastet werden. Beispielsweise Restaurants, mit Ausnahme von Fastfood-Ketten³, oder Bäckereigewerbe, Fleischereien, Handwerk, Friseurgewerbe etc. Mit der Entlastung von mittelständischen Betrieben etc. könnte die SPD auch wieder mehr Zuspruch bei der Wirtschaftskompetenz bekommen.

Auf der anderen Seite wurden beispielsweise Hoteliers von der schwarz-gelben Regierung 2009 entlastet. Da sich diese Entlastung weder durch eine schlechte wirtschaftliche Situation des Hotelgewerbes, noch durch Aufschwung beim Tourismus begründen lässt, fordern wir für das Hotelgewerbe wieder den normalen Umsatzsteuersatz, anstatt des Ermäßigten.

Für die weitere Refinanzierung der bisher vorgeschlagenen Steuerentlastungen schlagen wir vor, den normalen Umsatzsteuersatz auf alle anderen Güter und Dienstleistungen um einen Prozent von 19% auf 20% zu erhöhen.

³Derzeit gilt für Restaurants bei Verzehr an Ort und Stelle der Umsatzsteuersatz von 19%. Bei Bringdiensten und Mitnahme von Speisen kommt der ermäßigte Steuersatz von 7% zum Tragen